

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Karl-Heinz Ruffmann

Schlüsseljahre im Verhältnis zwischen
dem Deutschen Reich und der Sowjetunion

Jürgen Förster

Fünfzig Jahre danach: Ein historischer Rückblick
auf das „Unternehmen Barbarossa“

Andrej N. Mercialov

Der 22. Juni 1941:
Anmerkungen eines sowjetischen Historikers

Peter Steinbach

Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion
Ein Beitrag zur deutsch-sowjetischen Beziehungsgeschichte

B 24/91
7. Juni 1991

Karl-Heinz Ruffmann, Dr. phil., geb. 1922; o. Professor für Osteuropäische Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg; emeritiert seit 1. 4. 1990.

Veröffentlichungen u. a.: Sowjetrußland 1917-1977. Struktur und Entfaltung einer Weltmacht, München 1981⁹; Fragen an die sowjetische Geschichte. 1918-1987, München 1987; (Mithrsg.) Osteuropa und die Deutschen, Berlin 1990.

Jürgen Förster, Dr. phil., geb. 1940; Studium der Geschichte und Anglistik in Nottingham und Köln; seit 1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg i. Br.; Mitherausgeber des „War and Society Newsletter“.

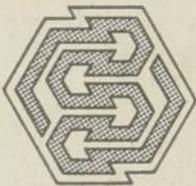
Veröffentlichungen u. a.: Stalingrad. Risse im Bündnis 1942/43, Freiburg 1975; (Mitautor) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983; New Wine in Old Skins? The Wehrmacht and the War of ‚Weltanschauungen‘, in: Wilhelm Deist (ed.), The German Military in the Age of Total War, Leamington - Spa 1985; Vom Führerheer der Republik zur nationalsozialistischen Volksarmee. Zum Strukturwandel der Wehrmacht 1935-1945, in: Deutschland in Europa. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber, Berlin 1990.

Andrej Nikolaevič Mercalov, geb. 1922; Kriegsteilnehmer, Oberst i. G. a. D.; Professor, Doktor der historischen Wissenschaften.

Veröffentlichungen u. a.: Auf der Suche nach der historischen Wahrheit, 1984; Der Große Vaterländische Krieg in der Historiographie der BRD, 1989; zahlreiche weitere Monographien und Zeitschriftenartikel zu militärgeschichtlichen Themen.

Peter Steinbach, Dr. phil., geb. 1948; Professor für historische und theoretische Grundlagen der Politik an der Universität Passau; nebenamtlicher Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen, Berlin 1981; (Mithrsg.) Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München 1985; (Mithrsg.) Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren, München 1986; Politisierung der Region, 2 Bde., Passau 1989; Die Zähmung des politischen Massenmarktes, 3 Bde., Passau 1990.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Schlüsseljahre im Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion

I.

Geschichtswissenschaft wird historisches Geschehen nur dann wirklich voll begreifen und würdigen können, wenn sie es einerseits in seinem Eingebundensein in die Zeit erfaßt, in der es stattgefunden hat, sie seine innergeschichtlichen Proportionen nach der Zeitalterbestimmtheit bemißt. Andererseits ist der Verzicht auf späteres, postumes Wissen weder möglich noch erlaubt. Denn erst im Rückblick sieht man die Ereignisse mit ihren Folgen, die Personen und Institutionen mit ihren Wirkungen, kurzum, sie alle mit der ihnen zugeordneten unvorhergesehenen und erst hernach zu Tage getretenen Zukunft. Es bleibt die Unmöglichkeit bestehen, die Folgen beim Urteil über vergangenes Geschehen, das immer auch vergangene Zukunft ist, außer Betracht zu lassen.

Mit einer solchen Doppelseinsicht als Maxime behandelt mein Beitrag 1922, vor allem aber 1933, 1939 und 1941 als Schlüsseljahre im Sinne grundlegender Weichenstellungen für das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. Dazu gehören auch gesamteuropäische Implikationen und Folgewirkungen.

Die erste grundlegende Weichenstellung, die sich keineswegs in wechselseitiger diplomatischer Anerkennung und Normalisierung des zwischenstaatlichen Verkehrs erschöpfte, war von beiden Mächten im April 1922 mit dem Abschluß des Rapallo-Abkommens vollzogen worden. Die Besonderheit bestand darin, daß der Vertrag in der gemeinsamen Ablehnung der Versailler Ordnung seinen Ursprung und seine Basis hatte. Gewiß schwächte sich dieses Sonderverhältnis in dem Maße ab, in dem beide großen Verlierer des Ersten Weltkrieges Anschluß an das internationale Staatensystem fanden, die Weimarer Republik bereits ab 1925/26 durch das Locarno-Abkommen und die Aufnahme in den Völkerbund, die Sowjetunion spätestens ab

Ende der zwanziger und bis zum Beginn der dreißiger Jahre durch intensive Mitwirkung bei multilateralen Abrüstungsverhandlungen und durch ein Netz von bilateralen Nichtangriffspakten, darunter 1932 sogar mit Frankreich und Polen. Gleichwohl haben Kreml und Wilhelmstraße die Rapallo-Politik fortgeschrieben im Berliner Vertrag vom April 1926, der beide Partner bei einem Angriff von dritter Seite auf einen von ihnen zu strikter Neutralität und Distanzierung von Boykottmaßnahmen, gleich welcher Art, verpflichtete.

Motive für den Abschluß des Vertrages, der ab 1931 zur Verlängerung anstand, waren

- auf sowjetischer Seite die Sorge vor einer zu starken Westorientierung Deutschlands und dessen Einbeziehung in eine mögliche antibolschewistische Einheits- und Einkreisungsfront der kapitalistischen Staaten;
- auf deutscher Seite das Bemühen, eine Balancepolitik nach West und Ost zu betreiben; sowie nicht zuletzt
- auf beiden Seiten das Streben nach Revision der durch bzw. im Anschluß an die Pariser Vorortverträge festgelegten Grenzen Polens im Westen wie im Osten. Bis 1933 hatten weder Deutschland noch die Sowjetunion diese Grenzen garantiert. Beide Mächte stimmten insoweit in ihrer Anti-Versailles-Frontstellung eindeutig und kontinuierlich überein.

Ihre auf Revision der Versailler Ordnung bedachte Politik wurde gleichsam flankiert durch militärische Kontakte zwischen Roter Armee und Reichswehr, die bereits im Winter 1920/21 angeknüpft worden waren und bis 1926 geheim gehalten werden konnten. Während die Rote Armee von den modernen Organisationsmethoden des deutschen Generalstabs und den technischen Errungenschaften der deutschen Rüstungsindustrie profitierte, erhielt die Reichswehr die Gelegenheit, in drei eigenen Schulen für die Flieger-, Panzer- und Gaskampftruppe sowie mit Hilfe entsprechender Zweigfabriken der deutschen Rüstungswirtschaft

Vorabdruck aus dem von Hans-Adolf Jacobsen und Boris Orlov herausgegebenen Band: Deutschland – Sowjetunion in Europa 1941–1991, der im v. Hase & Koehler Verlag, Mainz, erscheinen wird.

auf russischem Boden ihre Offiziere im Gebrauch solcher Waffen zu unterweisen, deren Herstellung und Besitz Deutschland durch den Versailler Vertrag untersagt war. Die Kooperation erreichte Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre ihren Höhepunkt.

Das galt erst recht für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, deren Umfang und Gewicht innerhalb der deutsch-sowjetischen Beziehungen vor 1933 wohl am höchsten zu veranschlagen ist. Immerhin war Deutschland im Durchschnitt des Jahrzehnts 1922 bis 1932 der wichtigste Handelspartner der UdSSR. Die Basis dafür bildeten Wirtschaftsabkommen von 1925 und 1931; als entscheidende Antriebskräfte erwiesen sich dann ab 1929 die Weltwirtschaftskrise und Stalins planökonomische „Revolution von oben“ mit agrarischer Zwangskollektivierung und forcierter Industrialisierung. Während das von der Reichsregierung durch Kredite geförderte und vom Ostausschuß der deutschen Wirtschaft betreute Rußlandgeschäft dem deutschen Partner einen gewissen Ausweg aus den Absatzschwierigkeiten im Ausland eröffnete, bestand auf sowjetischer Seite ein nahezu unbegrenzter Bedarf an industrieller Ausrüstung für alle Bereiche des Wirtschaftslebens. 1932 erreichte der deutsch-sowjetische Handel seinen bis dahin höchsten Stand; die UdSSR bezog – wie 1914 das russische Kaiserreich – 47 Prozent ihrer gesamten Importe aus Deutschland, gegenüber 25 Prozent im Jahr 1928, als der Erste Fünfjahrplan gerade anzulaufen begann. Bis zum Ende der Weimarer Republik haben die wirtschaftlichen Beziehungen darüber hinaus wechselseitig als Stütze und Bindemittel für das Gesamtverhältnis zwischen beiden Ländern gedient.

Dessen Kennzeichnung wäre, auch und gerade aus damaliger Sicht, unvollständig ohne die Einbeziehung der Tätigkeit der an Moskau gebundenen KPD bzw. der Wirkungen, die von ihr ausgingen.

Die inzwischen etwas mehr als ein Jahrzehnt währenden deutsch-sowjetischen Beziehungen schienen somit ohnehin an einer Wegkreuzung angelangt zu sein, als am 30. Januar 1933 die von den

1) Hans-Adolf Jacobsen, Primat der Sicherheit, 1928–1938, in: Dietrich Geyer (Hrsg.), Osteuropa – Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik I (1917–1955), Köln 1972, S. 229.

2) Gustav Hilger, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941, Frankfurt–Berlin 1955, S. 241.

Dafür hier nur zwei Belege: 1923 hatte ein von Sowjetmacht und Komintern nachhaltig geförderter kommunistischer Umsturzversuch in Sachsen und Thüringen, der gescheiterte „deutsche Oktober“, die Doppelbödigkeit sowjetischer Außenpolitik jener Zeit grell beleuchtet und das Verhältnis der Vertragspartner von Rapallo zumindest kurzfristig schwer belastet. Dauerhafter und verhängnisvoller waren die Folgen des Kampfes, den Komintern und KPD gegen die in ihrer Terminologie „sozialfaschistische“ SPD als „Hauptfeind“ der Arbeiterklasse führten. Moskau erlag damit einer fatalen Fehleinschätzung der Gefahr, die durch den Aufstieg rechtsradikaler Kräfte, insbesondere der Nationalsozialisten, in Deutschland drohte, während eben hier die Praktiken der KPD, zusammen mit alarmierenden Meldungen über die inner-sowjetische Entwicklung – darunter das Schicksal der Rußlanddeutschen – die antibolschewistische Strömung Anfang der dreißiger Jahre erneut anheizten.

Gewiß war zu diesem Zeitpunkt das offizielle Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetunion noch nicht durch krisenhafte Zuspitzung gekennzeichnet, wohl aber durch zunehmende Abkühlung des politischen Klimas und Unbestimmtheit hinsichtlich des künftigen Verhaltens beider Partner. Während „die sowjetische Außenpolitik einen Kurs der freien Hand eingeschlagen (hatte), der die grundsätzliche Offenheit für jede politische Option, je nach der gegebenen Lage, bedeutete“¹⁾, veranlaßte die zur Durchsetzung revisionistischer Ziele verstärkte Wertorientierung der deutschen Außenpolitik in der Zeit der Präsidialkabinette einen höchst sachkundigen Mitarbeiter an der damaligen deutschen Botschaft in Moskau, ebenfalls im historischen Rückblick festzustellen: „In Wirklichkeit... strebte Deutschland unter einer nach außen freundlichen Fassade von Rapallo weg.“²⁾

II.

Nationalsozialisten als „Machtergreifung“ bezeichnete Ernennung ihres Führers Adolf Hitler zum deutschen Reichskanzler erfolgte. Deshalb ist jetzt zu fragen: Was bedeutete dieser Vorgang für das Verhältnis zwischen beiden Ländern? Inwieweit prägte und bestimmte er es im weiteren Verlauf des Jahres 1933?

Als Antwort ist zunächst festzuhalten und nachdrücklich hervorzuheben: Hitler hat auch als

Reichskanzler von Anfang an seine lange vorher entwickelten und der Öffentlichkeit bekannten programmatischen Forderungen vertreten, das bolschewistische Rußland als entscheidenden machtpolitischen wie ideologischen Feind des Deutschen Reiches durch Krieg zu zerschlagen, damit einhergehend die „Judenfrage“ zu lösen und dem deutschen Volk den notwendigen „Lebensraum“ zu beschaffen. So erklärte er bereits am 3. Februar 1933 in einer Ansprache vor den ranghöchsten Offizieren der Reichswehr, das Ziel der Außenpolitik des Dritten Reiches müsse sein, „neuen Lebensraum im Osten“ zu erobern und diesen „rücksichtslos“ zu „germanisieren“; und seine in den folgenden Wochen unter der Losung „Der Marxismus muß sterben“ gehaltenen öffentlichen Reden schlossen die Vernichtung der Sowjetunion teils implizit, teils explizit ein. Schon deshalb markiert 1933 einen tiefreichenden Wendepunkt, eine Zäsur im Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Andererseits haben die Träger und Instrumente politischer Macht in beiden Ländern mit dem, wie sie 1933 agierten, erst ansatzweise eine neue Weichenstellung erkennen lassen und selbst scharfen zeitgenössischen Beobachtern höchst widersprüchliche Eindrücke vermittelt. So stimmte – um mit den deutschen Aktionen zu beginnen – die neue Regierung Hitler ganz rasch (am 25. Februar) durch Übernahme der Bürgschaft einem Kreditabkommen zwischen der Staatsbank der UdSSR und deutschen Bankkonsortien zu, das der Sowjetunion Kredite in Höhe von insgesamt 140 Millionen Reichsmark gewährte; sie duldet aber gleichzeitig Ausschreitungen von nationalsozialistischen Parteiorganen und Polizeibeamten gegen sowjetische Staatsbürger und Wirtschaftseinrichtungen in Deutschland und nahm bis Ende 1933 einen so drastischen Rückgang des beiderseitigen Handels hin, daß, wie die deutsche Botschaft am 30. Oktober aus Moskau meldete, „auch die Wirtschaftsbeziehungen in diesem Jahr keine politische Hilfestellung geben konnten“ – in (wie hinzuzufügen ist) einem inzwischen krisenhaft verschlechterten Gesamtverhältnis. Schon etwas früher hatte Hitler die sowjetische Initiative, die militärische Zusammenarbeit beider Länder in der bisherigen Form zu beenden, d. h. die deutschen Versuchsstationen auf russischem Boden aufzulösen, zur Anweisung an die Reichswehr benutzt, sämtliche Kontakte zur Roten Armee einzustellen.

Dennoch erhielt der neue deutsche Botschafter in Moskau, Rudolf Nadolny, für seine künftige Tätigkeit bis Mitte November von Hitler uneinge-

schränkt gebilligte positive Richtlinien des Auswärtigen Amtes, in denen die Sowjetunion als „wertvoller Faktor“ für Außenpolitik und die Beziehungen zu ihr als für das Verhältnis Deutschlands zu Polen „außerordentlich wichtig“ bezeichnet wurden – obwohl fast gleichzeitig (bis zum 20. November) die deutsche Seite den ersten Entwurf eines Abkommens zwischen Berlin und Warschau vorlegte, der auf Hitlers eindeutig antisowjetisch ausgerichteter Unterredung mit Józef Lipski, dem neuen polnischen Gesandten in Berlin, basierte und eine regelrechte Umkehrung der Grundlagen deutscher Ostpolitik signalisierte.

Den sowjetischen Reaktionen schien bis Ende 1933 ebenfalls eine klare und einheitliche Linie zu fehlen. Hitlers Bestellung zum Reichskanzler hat das offizielle Moskau zwar überrascht, aber nicht sonderlich beunruhigt. Abgesehen von einem gewissen Vertrauen in den Fortbestand der recht intensiven Handelsbeziehungen und offenkundiger russophiler Neigungen bestimmter Reichswehrkreise blieb man gemäß dem eigenen ideologischen Weltbild zunächst weiterhin fest davon überzeugt, die „kleinbürgerlich faschistische Massenbewegung“ NSDAP mit ihrem Führer sei nur ein abhängiges Werkzeug kapitalistischer oder militärischer Machtgruppen in Deutschland, mit denen eine Verständigung je nach ihren spezifischen Gruppeninteressen möglich oder unmöglich sein würde.

Als ernsthafte Belastung des bilateralen Verhältnisses wurde im Verlauf des Jahres 1933 von sowjetischer Seite weder die Zerschlagung der KPD nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 noch der Reichstagsbrandprozeß angesehen, wohl aber die praktizierte Nichtbereitschaft der neuen Regierung in Berlin,

- den handelspolitischen Interessen der UdSSR hinreichend Rechnung zu tragen;
- Verbindungen zwischen Reichswehr und Roter Armee in gelockerter Form weiterhin zuzulassen;
- sich vom expansionistischen antisowjetischen Programm der NSDAP offiziell zu distanzieren. Hinzu kam als wohl wichtigster Faktor Deutschlands schrittweise Annäherung an Polen.

Aufgrund des durch Japans Expansion im Fernen Osten wie durch die wirtschaftliche Anspannung im eigenen Land gesteigerten defensiven Sicherheitsinteresses steuerte die Sowjetunion einerseits – durchaus erfolgreich – den Ausbau bisheriger

Einzelverträge mit fast allen ihren Nachbarn zu einer multilateralen Nichtangriffskonvention an und unterzeichnete außerdem am 2. September 1933 einen Nichtangriffspakt mit dem faschistischen Italien, den die sowjetische Presse als Ausdruck des Wunsches der UdSSR interpretierte, mit allen Staaten – ohne Rücksicht auf deren politisches System – friedliche Beziehungen zu unterhalten; zugleich sollte mit dem Pakt, vom Wink in Richtung Berlin einmal ganz abgesehen, das zum Zwecke eigener Zusammenarbeit und gemeinsamer Friedenspolitik im Juli 1933 abgeschlossene, jedoch nie ratifizierte Viererabkommen zwischen Deutschland, Italien, Frankreich und England neutralisiert und damit der Gefahr einer Regelung europäischer Fragen ohne die UdSSR vorgebeugt werden. Andererseits sind gerade im zweiten Halbjahr 1933, als Hitler für eine weitere Verschärfung der Spannungen mit Moskau sorgte, mehrere – freilich informelle, aber von Stalin offensichtlich gebilligte – Schritte der sowjetischen Diplomatie zu registrieren, die darauf abzielen, einen Ausgleich mit dem nationalsozialistischen Deutschland herbeizuführen.

Desungeachtet wurde der Kurs der eigenen Annäherung an die Westmächte ostentativ fortgesetzt mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA und der Verstärkung politischer Kontakte zu Frankreich sowie vor allem mit der Vorbereitung des Eintritts der UdSSR in den Völkerbund. Ganz in diesem Sinne beschloß am 12. Dezember 1933 das ZK der bolschewistischen Partei, für ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu kämpfen, die Komintern erklärte fast gleichzeitig das Dritte Reich zum „Hauptkriegsbrandstifter“, gegen den es alle Kräfte zu mobilisieren gelte.

Trotzdem traten noch unmittelbar vor Jahresende, am 28. und 29. Dezember 1933, unterschiedliche offizielle Auffassungen über den künftigen Kurs sowjetischer Außen- und Deutschlandpolitik öffentlich zutage. Während sich Außenkommissar Litwinow vor dem zentralen Exekutivkomitee, dem damaligen obersten Staatsorgan der UdSSR, für eine kompromißlose weltweite, völlig am territorialen Status quo orientierte Friedenspolitik einsetzte, befürwortete vor demselben Gremium Regierungschef Molotow eher die traditionelle deutsch-sowjetische Zusammenarbeit, die aus der Opposition gegen die Versailler Vertragsordnung entstanden war.

Wie ist nun die offenkundige Zweigleisigkeit im soeben skizzierten Verhalten der Sowjetunion und Deutschlands zueinander während des Jahres 1933 zu erklären? Die Antwort liefert für beide Länder

ihr damaliger innenpolitischer Zustand; sie ergibt sich aus der Interdependenz von Außen- und Innenpolitik.

Bekanntlich ging es Hitler nach dem 30. Januar zunächst vor allem darum, seine Machtstellung im Innern zu festigen und auszubauen, die nationalsozialistische Diktatur zu errichten. Diese Zielsetzung, die von Anfang an einschloß, die innenpolitische Entwicklung des Dritten Reiches zur Grundlage und Funktion eines aggressiven Expansionismus zu machen, veranlaßte, ja nötigte ihn, in der Außenpolitik, und dabei insbesondere in der Politik gegenüber der Sowjetunion, vorerst den Anschein von Kontinuität zu wahren, d. h. der Fortsetzung jenes „revisionistischen“ Kurses, den das Auswärtige Amt mit dem weiter amtierenden Konservativen von Neurath an der Spitze betrieb und verkörperte. In dem Maße, in dem der Weg zur fast uneingeschränkten Macht erfolgreich zurückgelegt wurde, nahm jedoch Hitlers Rücksichtnahme auf das Auswärtige Amt ab, zeichneten sich die Konturen einer Sowjetunion-Politik zunehmend schärfer ab, die den Abbau der Beziehungen auf ein unentbehrliches Minimum verfolgte, ohne die Vernichtung des „Todfeindes“ als Endziel aus dem Auge zu lassen.

Bei der spätestens seit der Konzentration auf den „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ ohnehin unter dem Primat der Innenpolitik stehenden Sowjetunion hatte der ökonomische und soziale Umwälzungsprozeß, den Stalin ab 1928 in Gang gesetzt hatte, einerseits den Dualismus von revolutionärer und Koexistenz-Zielsetzung in der Außenpolitik drastisch reduziert zugunsten eines defensiv ausgerichteten Sicherheits- und wirtschaftlichen Kooperationsbedürfnisses gegenüber der kapitalistischen Umwelt. Andererseits ermöglichte – keineswegs nur, aber eben auch – der Umwälzungsprozeß 1933 das Entstehen eines neuen Dualismus hinsichtlich der Befriedigung dieses Bedürfnisses, weil Stalin in diesem Jahr (und auch noch 1934) als Folge seiner rücksichtslosen Agrar- und Industrialisierungspolitik gravierende innenpolitische Schwierigkeiten zu verantworten und sich innerhalb der bolschewistischen Partei Kritik zu regen begonnen hatte. Manches spricht dafür, daß deshalb

– Außenkommissar Litwinow einen gewissen Spielraum erhielt, sein außenpolitisches Konzept voranzutreiben, zumal es mit den Auffassungen der Vertreter eines innenpolitischen Versöhnungs- und begrenzten Demokratisierungskurses innerhalb der Parteiführung übereinzustimmen schien;

- Stalin hingegen sich im wesentlichen damit begnügte, über Mittelsmänner und seinen Paladin Molotow der prowestlichen Linie Litwinows entgegenzuwirken, und er im übrigen (wie zeitgenössische Beobachtungen von Diplomaten belegen) zögerte, endgültige Richtlinien für den künftigen Kurs sowjetischer Außen- und Deutschlandpolitik zu erteilen.

Wohl mögen die zuletzt gemachten Aussagen angesichts einer auch heute noch im Zeichen von Gorbatschows Glasnost leider immer noch unbefriedigenden Quellenlage nicht hinreichend gesichert sein. Soviel steht jedoch fest: 1933 ist nicht zuletzt deshalb ein Schlüsseljahr, weil erstmals und ganz offenkundig jene beiden Alternativen sowje-

tischer Außenpolitik – Kooperation mit den Westmächten *oder* Verständigung mit Deutschland – miteinander konkurrierten, die dann nacheinander und höchst folgenreich für alle Beteiligten zu verwirklichen versucht wurden. Freilich ist dem sofort hinzuzufügen: Verursacht und überhaupt erst ermöglicht hat diese Entwicklung das NS-Regime in Deutschland mit seiner aggressiv sowjetfeindlichen Politik, die zwar 1933 erst ansatzweise in Angriff genommen werden konnte, die aber mit ihrem hemmungslosen Antikommunismus und zutiefst irrationalen Bolschewistenhaß bereits umrißhaft Vernichtungsabsichten erkennen ließ, in die Polen als Handlanger und/oder Opfer mit einbezogen werden sollte.

III.

Unsere weiteren Darlegungen zum Fortgang der deutsch-sowjetischen Beziehungen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges dienen einerseits nochmals der Begründung der Schlüsselfunktion des Jahres 1933, bezwecken jedoch in erster Linie eine knappe, aber möglichst präzise Kennzeichnung des 23. August 1939 und des 22. Juni 1941 in ihrer ja nicht allein für unsere beiden Länder und deren Menschen schicksalhaft-epochalen Bedeutung. Sie konzentrieren sich, was zunächst erneut das nationalsozialistische Deutschland anbelangt, auf die Hervorhebung folgender Sachverhalte:

1. Mit dem im Laufe des Jahres 1933 zielstrebig vorbereiteten Nichtangriffsabkommen mit Polen vom 26. Januar 1934, das auf die Zeitgenossen allein schon wegen des radikalen Partnerwechsels in der deutschen Ostpolitik sensationell wirkte, durchbrach Hitler nicht nur eine drohende allgemeine Isolierung und die französische Umklammerung des Deutschen Reiches, sondern „leitete... bereits vergleichsweise deutlich sichtbar seine gegen Rußland gerichtete, weltanschaulich motivierte Expansionspolitik ein“³⁾.

2. Kaum zufällig 1936, dem Jahr des Übergangs von der Phase des inneren Aufbaus der NS-Diktatur zur schrittweisen Gewinnung der Vorherrschaft in Europa, wurde die antisowjetische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik ostentativ verstärkt durch

- Hitlers (Ende Juli) erneut betonte programmatische Absicht, wonach „der Riesenblock Ruß-

land wieder in seine ursprünglichen Teile zerlegt“ werden müsse;

- die (ab August/September) unter der Losung „Deutschland – das antibolschewistische Bollwerk des Abendlandes“ forcierte Propaganda des NS-Regimes gegen die Sowjetunion und den Weltkommunismus;
- den (am 25. November) mit Japan abgeschlossenen „Antikominternpakt“, dessen in einem geheimen Zusatzabkommen festgelegter Kern eine Koordinierung der deutschen und japanischen Politik gegenüber der Sowjetunion im Kriegsfall vorsah.

Die militärische Einmischung des Dritten Reiches in den Spanischen Bürgerkrieg (ab Ende Juli 1936) ist ideologisch wie machtpolitisch ebenfalls primär der programmatisch gegen die Sowjetunion gerichteten Politik Hitlers zuzuordnen.

3. Daß Hitlers Pakt mit Stalin vom 23. August 1939 überhaupt keine Revision seiner bisherigen antisowjetischen Grundhaltung und -zielsetzung bedeutete, belegt seine Äußerung zwölf Tage zuvor, am 11. August, in einem Gespräch mit dem damaligen Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl Jacob Burckhardt: „Alles, was ich unternehme, ist gegen Rußland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen, und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden. Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder wie im letzten Krieg aushungert.“

³⁾ Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München 1987³, S. 15.

(Von Polen war bezeichnenderweise überhaupt nicht mehr die Rede!) Spricht nicht schon deshalb alles dafür – was inzwischen ohnehin wissenschaftlich verlässlich entschieden ist –, daß Hitler am 22. Juni 1941 keinen Präventivschlag, sondern einen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die UdSSR begonnen hat?

Entsprechende Erläuterungen zur sowjetischen Politik bis zum deutschen Überfall lassen sich in ebenfalls drei Punkten so zusammenfassen:

1. Vom Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens im Januar 1934 bis zumindest Ende 1938 dominierte in Moskau die schon 1933 von Litwinow repräsentierte Linie, die mit eindeutig pro-westlicher Orientierung auf die Errichtung eines internationalen Systems kollektiver Sicherheit zur Eindämmung des Faschismus-Nationalsozialismus und der japanischen Aggression hinarbeitete sowie über Abrüstungsverhandlungen die Sowjetunion als Garanten des Status quo in die internationale Politik einzuführen trachtete. Im gleichen Zeitraum gab es jedoch daneben fortlaufend diplomatische Vorstöße, denen, ungeachtet der schroff antisowjetischen Politik des NS-Regimes, Verhandlungs- und Verständigungsbereitschaft mit Deutschland zugrunde lag und die als Gemeinsamkeiten beider Mächte das Interesse an intensiven Wirtschaftsbeziehungen *und* den Kampf gegen die Versailler Friedensordnung hervorhoben.

Mit Recht konnte daher Molotow im September 1939 bei seiner Rede vor dem Obersten Sowjet zur Ratifizierung des Nichtangriffspaktes vom 23. August feststellen, daß sich die sowjetische Regierung seit 1933 darum bemüht habe, normale wirtschaftliche und politische Beziehungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu unterhalten.

2. Beim Zustandekommen der sowjetischen Option im Jahre 1939 erscheint einmal bemerkenswert, daß Stalin jetzt seine außenpolitischen Vorstellungen uneingeschränkt durchsetzen konnte dank seiner gerade durchgeführten „Großen Säuberung“, die, wie im Partei- und sonstigen Staatsapparat, auch im Außenkommissariat nahezu den gesamten höheren Mitarbeiterstab beseitigt und durch eine neue Generation karrierebewußter, dem Diktator verpflichteter Kader ersetzt hatte. Zum anderen – und vor allem – ist vor diesem innersowjetischen Hintergrund zu beachten, daß Hitler Stalin den Wechsel von der bisher defensiven zu einer offensiven Sicherheitspolitik ermöglichte, Stalin Hitler hingegen den Angriff auf Polen aus dem Kalkül, damit einen sich im Sommer 1939 abzeichnenden großen und selbstzerfleischenden Krieg zwischen den kapitalistischen Hauptmächten in Europa „indirekt auszulösen“ (A. Hillgruber); einen Krieg, aus dem sich die Sowjetunion heraushalten, aber fortgesetzt Nutzen ziehen wollte.

3. Der deutsche Angriff am 22. Juni 1941 brachte Stalin genau in die prekäre Lage, „die er durch den Paktabschluß mit Hitler am 23. August 1939 *langfristig* hatte ausschließen wollen“.⁴⁾ Verantwortlich dafür waren, so paradox das klingen mag, sein dogmatisches ideologisches Weltbild ebenso wie seine zu rationale Einschätzung der praktischen Politik Hitlers, seine Vernachlässigung von sicherheitspolitischen Grundsätzen und Erfordernissen der Landesverteidigung zugunsten territorialer Machterweiterungsinteressen. Der deutsche Angriff traf die Rote Armee deshalb unerwartet und verwickelte die Sowjetunion insgesamt bei für sie äußerst ungünstigen militärischen Ausgangsbedingungen in einen überaus grausamen und verlustreichen Existenzkampf.

IV.

Dem aus diesem kurzen Überblick über die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu ziehenden Fazit sei das Wort eines polnischen Historikers vom Jahresbeginn 1988 vorangestellt: „Jeder muß für den Bereich der Geschichte der eigenen Nation einen moralischen Standpunkt einnehmen, erst dann mag er sich dafür interessieren, ob es woan-

ders ähnliche Phänomen gab“ (Jerzy Borejsza in der Wochenzeitung „Polityka“ vom 2. Januar 1988). Wer als deutscher Historiker bereit ist, diesem Leitmotiv zu folgen, hat beim hier behandelten Thema stets (mit) zu bedenken: Es hieße alle Gewichte in unzulässiger Weise verschieben, ja alles verderben, wenn man die Würdigung der geschilderten Ereignisse und Probleme von 1933 und der folgenden Jahre ohne das Wissen um das Grauen des Vernichtungs- und Ausrottungskrieges des Dritten Reiches gegen die Sowjetunion ab 1941 beginnen wollte. Der Schatten, den die Millionen

⁴⁾ Andreas Hillgruber, Der Hitler-Stalin-Pakt und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, in: Historische Zeitschrift, 230 (1980), S. 357.

Toten werfen, kann auf keine Weise getilgt werden. Jeder Versuch, eine Darstellung oder sein Urteil davon freizuhalten, käme einer Fälschung gleich.

Nur mit einer solchen Grundeinstellung werden wir Deutsche den 23. August 1939 und den 22. Juni 1941 als Eck- und Schlüsseldaten in unserer wie der sowjetischen und der gesamteuropäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts wirklich erfassen und angemessen würdigen können. Das Wissen darum, was nach 1933 kam und bis heute gekommen ist, prägt und bestimmt uns auch dann, wenn wir uns ganz von der Gegenwärtigkeit des damaligen Geschehens umfassen lassen, uns in sie hineinzusetzen versuchen. Heute wissen wir deshalb: Schon 1933 war für das deutsch-sowjetische Verhältnis ein Schlüsseljahr, weil in ihm in Deutschland ein Mann an die Macht gelangte, der sich von Anfang an die kriegerische Vernichtung des bolschewistischen Rußland und dessen weitgehende Umwandlung in eigenen, rücksichtslos zu germanisierenden Lebensraum zum Ziel setzte. Zugleich war dieses Ziel weder 1933 noch später zu rechtfertigen als Reaktion auf eine dieser Zielsetzung qualitativ entsprechenden Konzeption oder gar praktischen Politik des bolschewistischen „Todfeindes“ gegenüber Deutschland.

Ohne Abschwächung des keineswegs nur, aber eben auch hier manifesten Ausnahmecharakters der Diktatur des Dritten Reiches mit ihrem verbrecherischen Telos ist allerdings sofort danach auf den von der damaligen Kreml-Führung zu verantwortenden Anteil daran zu verweisen, daß Hitler die Verwirklichung seiner gegen die Sowjetunion gerichteten Zielsetzungen in Angriff nehmen konnte. Weil sich genau dazu – zu Stalins Außenpolitik vor Beginn des Zweiten Weltkrieges und den amtlichen Versionen über Vorgeschichte und Sinn des Nichtangriffspaktes vom August 1939 – seit 1988 immer mehr Publizisten und Historiker in der UdSSR mit kritischen Beiträgen für ein breiteres Publikum offen zu Wort melden, läßt sich erneut das für unser Fazit empfohlene Leitmotiv befolgen.

Schonungslos aufgeräumt wird zunächst einmal mit dem gängigen Argument von der im August 1939 für die Sowjetunion gewonnenen „Atempause“: Der Pakt habe vielmehr allein den Plänen Hitlers gedient, zunächst Polen zu zerschlagen, Nord- und Südosteuropa zu besetzen sowie sich gegenüber England und Frankreich Rückendeckung zu verschaffen, um sich dann gegen die UdSSR zu wenden. Hitler sei im Sommer 1939 gar

nicht in der Lage gewesen, die Sowjetunion anzugreifen; dagegen stand die Rote Armee dann 1941 einem Feind gegenüber, der jetzt über weit mehr Divisionen, bessere Bewaffnung und neue Mitstreiter verfügte sowie vor allem über das inzwischen eroberte westeuropäische Potential an Industrie und Arbeitskräften. Hätte nicht, so die nun ebenfalls häufiger aufgeworfene Frage, eine 1939 zur Rettung Polens rückhaltlos mit den Westmächten verbündete Sowjetunion Hitler sehr wahrscheinlich vom Krieg abhalten können?

Wie dem auch sein mag – selbst in Moskau wird unter den Vorzeichen von „Perestrojka“, „Glasnost“ und „Neuem Denken“ inzwischen als illegal bezeichnet, was Ribbentrop und Molotow an beiderseitigen „Interessensphären“ im geheimen Zusatzprotokoll zum Pakt nebst Korrekturen in einem „Freundschaftsvertrag“ vom 29. September 1939 festlegten und was für ostmittel- und südosteuropäischen Anrainerstaaten der beiden Großmächte eine politische wie menschliche Katastrophe zur Folge hatte.

Gerade daran läßt sich wiederum unschwer ablesen, daß und warum im Vordergrund der inzwischen endgültig vollzogenen Kursänderung – die Existenz des Zusatzprotokolls unumwunden anzuerkennen – weder in erster Linie noch gar ausschließlich das sowjetische Bemühen um historische Korrektheit steht. Mindestens zwei weitere Aspekte der gegenwärtigen Diskussion innerhalb der Sowjetunion werden durch die Aufarbeitung der Hintergründe des Stalin-Hitler-Paktes maßgeblich beeinflusst und mitbestimmt: Zum einen stellt er einen zentralen Dreh- und Angelpunkt für die Auseinandersetzung mit der Herrschaft Stalins und dem Stalinismus an sich dar; zum anderen bündeln sich in ihm die Bestrebungen der baltischen und anderer betroffener Völker, ihre eigene Geschichte und ihr künftiges Verhältnis zur Sowjetunion neu zu bestimmen. Der 23. August 1939 bezeichnet mithin ein europäisches Schlüsseldatum von nicht nur historischem Gewicht, sondern auch von aktueller politischer Qualität.

Freilich ist in einer Hinsicht die Bedeutung des Hitler-Stalin-Paktes zu relativieren: Seine offenkundige Funktion für den Kriegsausbruch 1939 sollte nicht dazu verführen, den Gesamtverlauf des Zweiten Weltkrieges ausschließlich vor dem Hintergrund der Abmachung des 23. August zu interpretieren. Die Absprache der Diktatoren machte den Weg zur ersten Phase der Auseinandersetzung, dem noch auf Europa beschränkten Krieg, endgültig frei. Dagegen ist die Ausweitung zum Weltkrieg in Hitlers „Programm“ und seiner Lage-

einschätzung nach der Niederwerfung Frankreichs angelegt; der deutsche Diktator und seine Erfüllungsgehilfen haben diese Ausweitung herbeigeführt und tragen dafür die alleinige Schuld und Verantwortung. Unmittelbar daran knüpft meine

Schlußfeststellung an: Ohne die grundstürzenden Weichenstellungen 1933, 1939 und 1941 gäbe es bis in unsere Tage nicht so schwere und nur langsam abtragbare historische Lasten im deutsch-sowjetischen Verhältnis.

Fünfzig Jahre danach: Ein historischer Rückblick auf das „Unternehmen Barbarossa“

I.

Das „Unternehmen Barbarossa“ – so lautete der Deckname für die militärische Operation zur Niederwerfung der Sowjetunion – war kein Feldzug wie die vorausgegangenen, sondern ein sorgfältig vorbereiteter Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Dieser Krieg war das für Deutschland und Europa wichtigste Phänomen des Zweiten Weltkrieges. Seine Folgen sind noch deutlich in der politischen Gegenwart spürbar. Sie führten zwar jetzt – fünfzig Jahre nach dem 22. Juni 1941 – zu der Vereinigung und Souveränität des getrennten Deutschland sowie zur Anerkennung der polnischen Westgrenze. Allerdings besteht noch immer keine Einigkeit über den Charakter des deutsch-sowjetischen Krieges. Die Bandbreite seiner Deutungen – von 1941 bis heute – reicht vom Präventivkrieg bis zum Weltanschauungskrieg; vom unvermeidbaren Entscheidungskampf zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus bis zum faschistischen Überfall auf den ersten sozialistischen Staat; von der Idee, London über Moskau zu schlagen, bis zu der eines europäischen Kreuzzuges gegen den Bolschewismus.

Der über vierzigjährige Kalte Krieg verhinderte bzw. erschwerte die notwendige Demontage der von den beiden Diktatoren aufgebauten Feindbilder. Auch in der Sowjetunion haben nun Historiker damit begonnen, der Bevölkerung die Vergangenheit unverzerrt vor Augen zu bringen. Wir sollten uns allerdings davor hüten, Hitlers Untaten ursächlich auf die Stalins zurückzuführen, deutsche Verbrechen mit sowjetischen zu verrechnen oder von Stalins mörderischer Innenpolitik einfach auf dessen Außenpolitik zu schließen. Historische Einsicht in das Vergangene ist notwendig, damit der Wandel im deutsch-sowjetischen Verhältnis endlich eine tragfähige Basis erhält¹⁾. Neue Einsichten, zu deren Vermittlung solche Gedenktage beitragen können, aber haben es schwer. Sie müssen sich nicht nur gegen den zähen Widerstand des

Überlieferten, sondern auch gegen fast noch schwerer überwindbare Mißverständnisse durchsetzen.

Als ein Ausgangspunkt für die Analyse der Ursachen des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion müssen das Weltbild und die politischen Ziele des Mannes gesehen werden, der der Hauptakteur des Jahres 1941 in Europa war: Adolf Hitler. Er dominierte die Kriegspolitik des nationalsozialistischen Deutschland. „Konstanten seines Weltbildes“ (J. Fest) bildeten axiomatische Vorstellungen, die um Lebensraum, Rasse, Judentum, Wirtschaftsahtarkie und Weltmachtstellung für Deutschland kreisten und die nur die Alternative Sieg oder Vernichtung zuließen. Sein außenpolitisches Kernziel – der große Krieg um Lebensraum im Osten – stellt eine Symbiose von Kalkül und Dogma, Strategie und Ideologie, von Welt- und Rassenpolitik dar²⁾. Gerade weil die „Konstanten seines Weltbildes“, einschließlich der radikalen Feindbilder Judentum und Bolschewismus, nicht ganz quer zur allgemeinen Stimmung in Deutschland lagen, konnte Hitlers Programmatik ihre katastrophale Wirkung erzielen.

Als ein weiterer Ausgangspunkt für die Analyse des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion ist die strategische Lage im Sommer 1940 zu nennen. Neun Monate nach Kriegsbeginn waren Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Luxemburg und die Niederlande besetzt, Frankreich niedergeworfen. Besonders der schnelle Sieg über den „Erbfeind“ Frankreich hatte in psychologischer, politischer und militärischer Hinsicht fundamentale Bedeutung für Hitler und die Deutschen. Die französische Niederlage bedeutete das Auslöschung eines Makels: der „Schmach vom November 1918“. Nun war der deutsche Ehrenschild wieder blank. Emotional überwältigt pries der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Walther von Brauchitsch, Hitler als den „ersten Soldaten des Reiches“, um den sich alle in „unermeßlichem Vertrauen“ schar-

¹⁾ Dazu trägt auch der neueste Sammelband des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes bei, in dem drei sowjetische Historiker vertreten sind: Bernd Wegner (Hrsg.), Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum Unternehmen „Barbarossa“, 1939–1941, München 1991.

²⁾ Vgl. das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 18–23.

ten³). Ein führender Kopf des deutschen Widerstandes, Botschafter z. D. Ulrich von Hassell, beurteilte die „unvorstellbar großen Erfolge“ der Wehrmacht so: „Man könnte verzweifeln unter der Last der Tragik, sich an den größten nationalen Erfolgen nicht wahrhaft freuen zu können.“⁴) Denn dadurch war auch den Bedenken der militärischen Führung gegen Hitlers Kriegskurs der Boden entzogen, seine unumschränkte Autorität in politischen und militärischen Fragen gesichert. Hitler war durch den vermeintlichen Triumph seiner Kriegführung aber nicht nur persönlich „sehr glücklich“⁵), sondern er schwamm auch auf einer Woge der Begeisterung in Deutschland. Sein Mythos als Führer des deutschen Volkes war bestätigt. In der Bevölkerung war man überzeugt, daß die Engländer in höchstens sechs Wochen nach Angriffsbeginn besiegt seien⁶). Dem deutschen Soldaten schien nichts mehr unmöglich.

Hitler erwartete von der militärischen Entscheidung im Westen einen politischen Erfolg. Dem ganzen Sieg sollte der volle Friede folgen. Er ging davon aus, daß Großbritannien angesichts seiner militärischen Schwäche „klein begeben“ würde, wie er sich gegenüber Brauchitsch am 23. Juni 1940 ausdrückte⁷). Dafür, daß sich London politisch vom europäischen Festland zurückzog und damit die deutsche Hegemonie anerkannte, wollte Hitler den Briten „Flotte und See“ lassen. Ihm war nicht an einer Zerstörung des Empire gelegen, allerdings an einer Zurückgewinnung der Kolonien und Mandatsgebiete sowie an einer Entschädigung für entgangene Gewinne und das Deutschland zugefügte „Unrecht“⁸). Der Erwartung, mit Großbritannien zu einem Ausgleich in weltumspannender

Dimension zu kommen, entsprach auch seine bereits während der laufenden Operationen geäußerte und am 14. Juni 1940 verfügte Absicht, 39 Divisionen sofort aufzulösen und das Heer stufenweise auf den Friedensstand zurückzuführen⁹). Der Rüstungswirtschaft wurde zehn Tage später versichert, sie könne mit der Entlassung von 500 000 Mann aus der Fronttruppe rechnen.

Auch nach dem britischen Schlag gegen Teile der französischen Flotte in Mers-el-Kébir am 3. Juli 1940, mit dem Churchill seine Durchhaltepolitik demonstrierte, wartete Hitler auf dem Obersalzberg weiter ab. Wunschdenken und ideologische Prämissen blockierten mehrere Wochen eine realistische Sicht der Dinge. London war nicht zu einem Einlenken bereit. Es kämpfte weiter in der Hoffnung auf die Unterstützung durch die USA und auf eine Änderung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. So hatte Hitler gegenüber dem Oberbefehlshaber des Heeres am 23. Juni 1940 zwar auch schon einmal die Möglichkeit einer kompromißlosen Haltung Großbritanniens erklärt, sie aber nicht wahrhaben wollen. Mitte Juli 1940 blieb ihm nichts anderes übrig, als die Situation so zu sehen, wie sie war: Der Friede war in weite Entfernung gerückt. Dies führte zu einem Umschwung in Hitlers Lagebeurteilung. Der letzte öffentliche „Appell an die Vernunft“ Londons am 19. Juli 1940 war deshalb mehr eine Schuldzuweisung für den nicht beendeten Krieg als ein Friedensangebot. Er diente damit der Einstimmung der deutschen Bevölkerung auf den weiteren Kampf¹⁰). Die Würfel waren schon längst gefallen, bevor Großbritannien durch Außenminister Lord Halifax am 22. Juli 1941 Hitlers Appell zurückgewiesen hatte.

Für die deutsche politische und militärische Führung stand die Frage im Vordergrund, wie der Krieg siegreich beendet werden konnte. Alle waren entschlossen, auch weiterhin das Gesetz des militärischen Handelns zu bestimmen. Vor den Spitzen von Heer, Marine und Luftwaffe nannte Hitler am 21. Juli 1940 als Pflicht der deutschen Führung, „die amerikanische und russische Frage stark zu erwägen“, wie sich Großadmiral Erich

³) Tagesbefehl vom 25. 6. 1940, Bundesarchiv-Militärarchiv (zit. BA-MA), Freiburg, RH 19 I/50.

⁴) Die Hassell-Tagebücher 1938–1944, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 195 (29. 5. 1940) und S. 199 (24. 6. 1940).

⁵) Tagebuch des Chefs des Stabes beim Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, Eintrag vom 23. 5. 1940, Imperial War Museum (zit. IWW), London, MI 14/981/1. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil 1, Bd. 4, S. 205 (16. 6. 1940): „Der Führer ruft an: ganz beglückt und begeistert.“ Und zwei Tage später notiert Goebbels: „Der Führer ruft an: er teilt mir die Kapitulation mit. Ganz bewegt und auf das Tiefste ergriffen.“ Ebd., S. 207.

⁶) Vgl. Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, hrsg. von Heinz Boberach, Neuwied–Berlin 1965, S. 79 (27. 6. 1940).

⁷) Notizen des Wehrmachtführungsamtes, BA-MA, RW 4/ v. 581.

⁸) Vgl. Goebbels-Tagebücher (Anm. 5), I/4, S. 121 (21. 4. 1940) und S. 218 (25. 6. 1940) sowie die Tagebuchnotizen General Felbers vom 2. 6. 1940, BA-MA, N 67/2.

⁹) Zu den Demobilmachungsplänen auf deutscher Seite vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (Anm. 2), Bd. 4, S. 259–261 (Beitrag Klink) und mit anderer Akzentsetzung den Beitrag Kroener, ebd., Bd. 5/1, S. 833–835.

¹⁰) Vgl. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. 2, Wiesbaden 1973, S. 1540–1559; vgl. auch Goebbels-Tagebücher (Anm. 5), I/4, S. 246–247 (19. 7. 1940) und S. 250 (24. 7. 1940).

Raeder notierte¹¹⁾). Wie aber sollte der langfristig angenommenen Bedrohung der deutschen Machtstellung in Europa durch die angelsächsischen Seemächte und die Sowjetunion begegnet werden? Den Zeitfaktor beurteilte Hitler – verglichen mit der Lage im Ersten Weltkrieg – nun günstiger als im Oktober 1939. Die Westfront sei weggefallen und Deutschland auf allen Gebieten auch für einen langen Krieg gerüstet. Abgesehen von der Tatsache, daß letztere Einschätzung objektiv falsch war, konnte Berlin der von den USA ausgehenden Bedrohung nur indirekt begegnen. Diesem Ziel diente der am 27. September zwischen Deutschland, Japan und Italien abgeschlossene „Dreimächtepakt“, der Washington von einer Kriegsausweitung abschrecken sollte. Zur schnellen Beendigung des Krieges mit Großbritannien schien nun auch Hitler eine Invasion das wirksamste Mittel zu sein. Den damit verbundenen Risiken war er sich durchaus bewußt. Als Voraussetzungen für das Unternehmen „Seelöwe“ nannte Hitler am 21. Juli 1940 die völlige Luftherrschaft und den Abschluß der Vorbereitungen für die Landung bis Ende September 1940. Sollten beide Bedingungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht zu erreichen sein, müßten „andere Pläne“ erwogen werden.

In welche Richtung Hitler dabei dachte, wurde deutlich, als er in derselben Besprechung Brauchitsch damit beauftragte, die Lösung des „russischen Problems“ planerisch in Angriff zu nehmen¹²⁾. Erst jetzt trat bei Hitler ein Krieg gegen die Sowjetunion in den Vordergrund seiner strategischen Überlegungen, und nicht schon ab Anfang Juni 1940¹³⁾. Grundlage für eine solche Interpretation sind die oft zitierten Äußerungen von Generalleutnant Georg von Sodenstern aus dem Jahre 1954. Hitler habe im Hauptquartier der Heeresgruppe A in Charleville am 2. Juni 1940 erklärt, nun habe er „endlich die Hände frei für seine große und eigentliche Aufgabe: die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus“. Diese Quelle muß deshalb als zweifelhaft eingestuft werden, weil andere Teilnehmer an der Besprechung in

Charleville – wie Generaloberst Wilhelm Ritter von Leeb und Generalleutnant Hans Felber – in ihren zeitgleichen Tagebüchern zwar Hitlers Kriegsziele gegenüber Großbritannien und Frankreich notierten, aber mit keinem Wort irgendwelche Intentionen in Richtung Osten¹⁴⁾. Sodenstern hat wohl frühere oder spätere ideologische Äußerungen Hitlers falsch datiert. Auch die Tagebücher von Goebbels enthalten für den Zeitraum Juni–Juli 1940 keine diesbezüglichen Überlegungen Hitlers. Die operativen Stäbe in den Oberkommandos des Heeres und der Wehrmacht reagierten also mit ihren Planungen für einen Krieg gegen die Sowjetunion nicht auf Äußerungen ihres obersten Befehlshabers, sondern sie wollten selber auf eine solche strategische Option vorbereitet sein.

Nach dem Waffenstillstand mit Frankreich hatte der Chef des Generalstabes des Heeres, General der Artillerie Franz Halder, in einer Ansprache vor Generalen und höheren Generalstabsoffizieren in Versailles lapidar festgestellt, daß es im Westen für das Heer auf lange Zeit nichts mehr zu siegen gäbe¹⁵⁾. Der Schwerpunkt der Kriegführung würde, solange die politische Lage so bliebe, bei Luftwaffe und Marine liegen. Unter „bestimmten Voraussetzungen“ sei es jedoch möglich, daß er wieder auf das Heer übertragen werde. Dabei dachte Halder weniger an eine Landung in England als an einen „militärischen Schlag“ gegen die Sowjetunion, um diese auf den Status einer zweit-rangigen Macht herabzudrücken und damit die deutsche Hegemonie in Europa abzusichern. Um die dafür notwendige „Schlagkraft im Osten“ aufzubauen, wurde nicht nur die von Hitler angeordnete partielle Demobilmachung des Heeres unterlaufen, sondern auch eine eigenständige Offensivplanung auf Generalstabs- und Armee-Ebene in Gang gesetzt¹⁶⁾. Deshalb konnte Brauchitsch in der Besprechung am 21. Juli 1940 Hitler bereits Detailliertes über eine Operation gegen die Sowjetunion vortragen, die auf die Besetzung der baltischen Staaten, Weißrußlands und von Teilen der Ukraine abzielte. Die Heeresführung stellte 50

¹¹⁾ Vgl. Kriegstagebuch der Seekriegsleitung, Teil A, S. 236, BA-MAS, RM 7/14.

¹²⁾ Vgl. Franz Halder, Generaloberst Halder. Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 2, Stuttgart 1963, S. 32 (22. 7. 1940), zit. Halder KTB.

¹³⁾ Dies meint Gerd R. Ueberschär, „Der Pakt mit dem Satan, um den Teufel auszutreiben“. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt und Hitlers Kriegsabsicht gegen die UdSSR, in: Der Zweite Weltkrieg. Analysen – Grundzüge – Forschungsbilanz, hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1990², S. 576.

¹⁴⁾ Vgl. Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb, Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen. Aus dem Nachlaß hrsg. und mit einem Lebensabriß versehen von Georg Meyer, Stuttgart 1976, S. 233 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 16). Zu Felber, der – wie Sodenstern – Chef des Stabes einer Heeresgruppe war, vgl. Anm. 8.

¹⁵⁾ Am 28. 6. 1940. Siehe Stichwortprotokoll bzw. Notizen, BA-MA RH 19 III/141 und 18. Armee, 17 562/2.

¹⁶⁾ Vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (Anm. 2), Bd. 4, S. 9–10 (Beitrag Förster), S. 202–210 und 259–262 (Beitrag Klink) sowie Bd. 5/1, S. 833–836 (Beitrag Kroener).

bis 75 „gute“ sowjetische Divisionen in Rechnung. Auf deutscher Seite wurden 80 bis 100 Verbände für „nötig“ erachtet, deren Aufmarsch vier bis

sechs Wochen dauern würde. Doch Hitler nahm zu diesem Vorschlag für einen begrenzten Angriffskrieg gegen die Sowjetunion nicht Stellung¹⁷⁾.

II.

Der Befund autonomer militärischer Planungen könnte zu zwei Mißverständnissen Anlaß geben: Hitler nur als einen gleichgewichtigen Faktor neben den militärischen Oberkommandos anzusehen oder deren operative Vorarbeiten als rein militärfachliche Vorbereitung auf eine Eventualität einzustufen. Sie waren aber zugleich aus politischer Übereinstimmung in Grundfragen geprägte Mit- und Zuarbeit. „Denn letztlich handelte es sich nicht um eine offensiv zu führende Defensive im Rahmen eines laufenden Feldzuges, sondern um einen Akt, der die Kriegseröffnung bedeutete.“¹⁸⁾ Unzweifelhaft ist auch, daß die deutsche Kriegspolitik im Entscheidungsjahr 1940/41 von Hitlers machtpolitischem Kalkül und ideologischen Fixierungen bestimmt wurde. Er war, besonders nach dem Triumph über Frankreich, die beherrschende Figur in der deutschen Führung: „Alles wartet(e) auf die Entscheidungen des Führers.“¹⁹⁾ Ende Juli 1940 hatte das Warten ein Ende; Hitler hatte sich entschieden. Auf dem Obersalzberg eröffnete er seinen obersten militärischen Beratern seinen „bestimmten Entschluß“, Rußland im Frühjahr 1941 zu „erledigen“²⁰⁾.

Auffällig an dieser entscheidenden Besprechung der Gesamtkriegslage ist dreierlei. Erstens gab es weder während noch anschließend ein mit der Vorgeschichte des Krieges gegen Frankreich „vergleichbares Ringen um die Grundentscheidung und danach um den Operationsplan als Ganzes“²¹⁾. Dies ist deshalb erstaunlich, weil einen Tag zuvor Brauchitsch und Halder noch die Fortsetzung der deutsch-sowjetischen Kooperation im Weltmaßstab erwogen hatten. Der Wille Hitlers, sich die Herrschaft in Europa über die Zerschlagung der Sowjetunion zu sichern, traf allerdings

auch auf ähnliche Überlegungen der Heeresführung. Übereinstimmung herrschte in der Einschätzung der sowjetischen Absichten. Eine offensive Verwendung der im grenznahen Raum dislozierten Verbände der Roten Armee gegen Deutschland wurde ausgeschlossen. Ganz im Gegenteil: Generalmajor Erich Marcks, der Bearbeiter des ersten Operationsentwurfes nach Hitlers Auftrag vom 21. Juli 1940, sprach bedauernd davon, daß die Russen den Deutschen „nicht den Liebesdienst eines Angriffs erweisen“ würden²²⁾.

Damit ist auch offenkundig, daß die von der Sowjetunion im Sommer 1940 vorgenommene Erweiterung ihres strategischen Glacis nach Westen und Südwesten – das ein Jahr zuvor geschlossene Interessenbündnis mit dem weltanschaulichen Gegner bildete dafür die Basis – nicht die Ursache für die deutschen militärischen Planungen war. Hier wirkten vielmehr ältere Vorstellungen nach über die Gewinnung und Nutzung Rußlands, von einer deutschen Hegemonie in Europa sowie über das Fernhalten des Bolschewismus von diesem Raum.

Auffällig an der Besprechung vom 31. Juli 1940 ist zweitens, daß Hitler seinen Entschluß zu einem Angriffskrieg gegen die Sowjetunion strategisch und nicht ideologisch begründete. Halder notierte sich: „Englands Hoffnung ist Rußland und Amerika. Wenn (Englands) Hoffnung auf Rußland wegfällt, fällt auch Amerika weg ... Rußland (ist) ostasiatischer Degen Englands und Amerikas gegen Japan ... Rußland (ist der) Faktor, auf den England am meisten setzt ... Ist aber Rußland zerschlagen, dann ist Englands letzte Hoffnung getilgt. Der Herr Europas und des Balkans ist dann Deutschland!“²³⁾ Diese weltpolitische Begründung und das „Festlanddegen“-Argument sollten jedoch nicht dazu verleiten, die Symbiose von Kalkül und Dogma, Strategie und Ideologie, Welt- und Rassenpolitik in Hitlers Kriegspolitik zu übersehen. Das machtpolitische Interesse, den Gesamtkrieg erfolgreich zu bestehen, war in Hitlers Strategie untrennbar verknüpft mit seiner langfristigen Lebensraumprogrammatur gegenüber der

17) Vgl. Halder KTB II (Anm. 12), S. 32–33. Erstaunlich ist, daß Esmonde M. Robertson in seinem Aufsatz *Hitler Turns from the West to Russia, May–December 1940*, in: *Paths to War. New Essays on the Origins of the Second World War*, ed. by Robert Boyce/Esmonde M. Robertson, Basingstoke–London 1989, S. 373, diesen Operationsplan immer noch Hitler zuschreibt.

18) *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* (Anm. 2), Bd. 4, S. 210 (Beitrag Klink).

19) *Goebbels-Tagebücher* (Anm. 5), I/4, S. 237 (12. 7. 1940).

20) Halder KTB II (Anm. 12), S. 49 (31. 7. 1940).

21) Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940/41*, München 1982², S. 211.

22) Der „Operationsentwurf Ost“ des Generalmajors Marcks vom 5. August 1940, hrsg. und eingel. von Ingo Lachnit/Friedhelm Klein, in: *Wehrforschung*, (1972) 4, S. 116.

23) Halder KTB II (Anm. 12), S. 49 (31. 7. 1940).

Sowjetunion. Diese bestand wiederum aus einem Amalgam von wirtschaftlichen, rassischen, geopolitischen wie machtpolitischen Vorstellungen, das auch die Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“ einschloß. Das Ausgreifen nach Osten, das Ziel seit den zwanziger Jahren, erschien Hitler nun auch als Mittel, Deutschland aus der strategischen Situation offensiv zu befreien, in die es durch seine Kriegseröffnung 1939, das unerwartete Weiterkämpfen Großbritanniens 1940 sowie die globalen Interessen Roosevelts geraten war.

Das Risiko eines neuen Krieges schien erträglicher als das Abwarten einer gemeinsamen Reaktion der angloamerikanischen Mächte auf die Festigung der deutschen Hegemonie in Europa. Vor dem Hintergrund seiner sozialdarwinistischen Alternative für die Führung des Lebenskampfes des deutschen Volkes – entweder klarer Sieg oder restlose Vernichtung – wollte Hitler die Verantwortung für die Sicherung des notwendigen Lebensraumes nicht einer späteren Generation überlassen. Im Sommer 1940 setzte Hitler auf die „Gunst des Augenblicks“ gegenüber der auch nun wieder drohenden Konstellation des Ersten Weltkrieges. Erst für 1942 schätzte er die USA als kriegsfähig ein. Seiner Ansicht nach waren bis 1941 Deutschlands Rücken und Flanken noch frei für den Gewinn des „russischen Raumes“. Dieses alte Ziel erschien nun zugleich als Grundvoraussetzung für eine entscheidende Wende des Gesamtkrieges, denn für einen jahrelangen Abnutzungskrieg wie 1914–18 war die bis 1940 gewonnene wirtschaftliche Basis des Reichs noch zu schwach. Hitler hielt es für notwendig und möglich, die Sowjetunion vor einem Eingreifen der USA auf britischer Seite zu zerschlagen. Der Entschluß zum „Unternehmen Barbarossa“ fiel also nicht wegen, sondern trotz der kompromißlosen Haltung Londons²⁴). Gerade die rüstungswirtschaftlichen Weichenstellungen unterstreichen, daß die Entscheidung für einen Krieg im Osten nicht erst im November²⁵), sondern schon im Juli 1940 getroffen wurde.

Es ist kritisch eingewandt worden, daß es keine zeitgleichen Belege für eine direkte Verbindung von Programm und Politik bei Hitler im Sommer 1940 gebe²⁶). Diese Kritik müßte dann auch für die Interpretation von Hitlers Weisungen für die Ver-

nichtung des „jüdischen Bolschewismus“ vom Frühjahr 1941 gelten, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Es gibt aber keinerlei Belege dafür, daß Hitler seinen ideologischen Intentionen mit Stalins politischem Verhalten in jener Zeit begründete. Wenn also dafür allein Hitlers axiomatische Ziele bestimmend waren, so ist es wenig wahrscheinlich, daß er seine Lebensraumprogrammatik im Sommer 1940 vergessen und sich erst im Frühjahr 1941 wieder daran erinnert hat. Außerdem belegen nun die Tagebücher von Goebbels, daß Hitler auch zu jener Zeit den Bolschewismus als den „Weltfeind Nr. 1“ betrachtete²⁷). Gerade weil Hitlers Programm eine Symbiose von Strategie und Ideologie darstellt, ist es müßig, eine Rangfolge zwischen den einzelnen Motiven oder ihrer temporären Priorität herstellen zu wollen.

Auffällig an der Besprechung vom 31. Juli 1940 ist drittens – und das ist neu –, daß die Entscheidung über die Erhöhung des Kriegsheeres auf 180 Divisionen bereits einige Tage zuvor gefallen war, und zwar ohne Beteiligung der „operativen“ Heeresführung! Am 28. Juli 1940 waren der Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fritz Fromm, und sein Chef des Stabes, Oberst Kurt Haseloff, zum Vortrag bei Hitler auf dem Obersalzberg. Ihnen verkündete Hitler, daß das Heer, „unabh(ängig) v(on) d(en) Operationen des Jahres, falls Krieg nicht beendet, nächstes Jahr so stark als möglich“ sein müsse. 180 Divisionen seien „notwendig“. Bis zum 1. Mai 1941 sei „viel Zeit zur Vorbereitung“ vorhanden. „Ab Ende Sept(ember könne) begonnen werden – also acht Monate!“ stünden zur Verfügung, um 25 Panzer-, 12 motorisierte Divisionen und 143 Infanteriedivisionen bis „Ende April angriffsbereit“ aufzustellen und auszustatten. Hitler sprach davon, 50 Divisionen auf „Arbeitsurlaub“ in die Rüstungswirtschaft zu schicken und zwischen Ende März und Mitte April 1941 wieder einzuberufen. Die Soldaten sollten ihre eigenen Waffen und Munition produzieren! Fromm äußerte zu den personellen Auswirkungen dieser Hitler-Entscheidung „keine Bedenken“ und zu den Konsequenzen auf dem materiellen Sektor: „wird gehen!“ Allerdings hielt er einen „rücksichtslosen Eingriff“ in die Wirtschaft im Frühjahr 1941 für „nötig“²⁸). Durch

²⁷) Goebbels-Tagebücher (Anm. 5), I/4, S. 273 (9. 8. 1940). Allerdings zeigen diese Eintragungen auch, daß Goebbels von den militärischen Planungen entweder nichts wußte oder sie für zu geheim hielt, um sie in seinem Tagebuch zu erwähnen.

²⁸) Tagebuch des ChdSt (Anm. 5), Eintrag vom 28. 7. 1940, IWM, MI 14/981/1. Es scheint so, als ob Brauchitsch an dieser Besprechung nicht teilgenommen hat. Sie fand auch keinen Niederschlag im Halder KTB.

²⁴) Die Ansicht, daß Hitler London über Moskau besiegen wollte, vertritt Hartmut Schustereit, Vabanque, Herford-Bonn 1988.

²⁵) So E. M. Robertson (Anm. 17), S. 378, der sich auf H. W. Koch und M. L. van Creveld stützt.

²⁶) So Bernd Stegemann, Hitlers Ziele im ersten Kriegsjahr 1939/40. Ein Beitrag zur Quellenkritik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 27 (1980), S. 93–105.

diese neue Quelle und ihren Hinweis auf die Beurteilung von Soldaten für die Kriegswirtschaft ab Ende September finden nun ältere Belege ihre Bestätigung, daß Hitler bereits Ende Juli von einem endgültigen Verzicht auf das Unternehmen „Seelöwe“ ausging²⁹). Als frühester Termin für eine Landung in England war nämlich der 15. September 1940 vorgesehen.

Die rüstungsmäßige Umsetzung der Entscheidung Hitlers verdeutlicht – vielleicht noch stärker als die operative Planung –, daß die deutsche politische und militärische Führung der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion von Anfang an eine andere Strategie als gegen Frankreich zugrundelegten. Vor der Westoffensive hatte die Heeresführung noch unter Hinweis auf die mangelhafte Rüstung gewarnt. Unter der Hybris des Siegers und der Fehleinschätzung des anvisierten Gegners protestierte der verantwortliche Chef der Heeresrüstung nicht gegen die von Feldmarschall Wilhelm Keitel am 17. August 1940 konkretisierte Aufgabe, bis zum 1. April 1941 180 Divisionen mit Zuschlägen (für Heeres- und Korpstruppen; Rechenatz 20 Divisionen) und mit einem „größtmögliche[n] Vorrat“ aufzustellen. Das „Endziel“ einer „volle(n)“ personellen und materiellen Ausstattung der 180 Divisionen mit „alle(n) Zuschläge(n)“, d. h. 50 Divisionen, sollte erst in drei Jahren erreicht sein³⁰).

Aufgrund dieser Vorgaben erarbeitete Fromm einen Vorschlag, den er Hitler im Beisein des Oberbefehlshabers des Heeres am 26. August 1940 vortrug. Da sich dieser, außer in zwei kleineren Punkten, „einverstanden“ erklärte, konnte Fromm den entsprechenden Befehl für das Rüstungspro-

gramm B am 28. August erlassen³¹). Damit waren drei Monate nach der französischen Kapitulation die Würfel für den Krieg gegen die Sowjetunion gefallen. Dem Blitzsieg im Westen sollte der Blitzkrieg im Osten folgen. Auf eine volle Ausstattung des geplanten Kriegsheeres von 180 Divisionen (Feld- und Ersatzheer nebst Landeschützeneinheiten) mit einer Gesamtsollstärke von 141 352 Offizieren, 35 653 Beamten, 646 562 Unteroffizieren und 3 911 838 Mannschaften zum 1. Mai 1941³²) wurde von vornherein verzichtet. „Das sollte sich als die entscheidende Wende der Heeresrüstung im Dritten Reich erweisen.“³³)

Auch die Entscheidungen im Verteilungskampf um den „Sparstoff Mensch“ (W. Keitel) zwischen Wehrmacht und Rüstungsindustrie ab Sommer 1940 – etwa 260 000 Metallarbeiter aus Verbänden des Feldheeres wurden in Rüstungsbetriebe beurlaubt und fehlten bei der notwendigen Ausbildung des in ‚Zellteilung‘ befindlichen Heeres – offenbart eine politische und militärische Führung, die vom Erfolg ihrer strategischen Planung überzeugt war. Der offenkundige Rückstand in der Heeresrüstung und die angespannte Ersatzlage wurden als ein tragbares Risiko angesehen, weil bei „Barbarossa“ keine überdurchschnittlichen personellen und materiellen Verluste eingeplant wurden. Bereits ein halbes Jahr vor Beginn des Krieges im Osten wurde der Marine- und Luftrüstung die Priorität zu Lasten des Heeres eingeräumt. Der Führer-Befehl vom 20. Dezember 1940 nahm auf dem Sektor der Personalbewirtschaftung eine Entwicklung voraus, die dann am 14. Juli 1941 – im Gefühl des sicheren Sieges über die Sowjetunion – generell beschlossen wurde³⁴).

III.

Wenngleich Hitlers Wendung nach Osten im Sommer 1940 keineswegs als „point of no return“ eingestuft werden kann, so folgten ihr doch sofort

²⁹) Vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (Anm. 2), Bd. 5/1, S. 836–837 (Beitrag Kroener).

³⁰) Vgl. Eintrag vom 17. 8. 1940 (Anm. 5). über die Besprechung Keitel–Haseloff.

³¹) Ebd., Eintrag vom 25. 8. 1940. Vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (Anm. 2), 5/1, S. 513 (Beitrag Müller) und S. 837–838 (Beitrag Kroener).

³²) Vortragsnotiz des Allgemeinen Heeresamtes für das Oberkommando der Wehrmacht vom 9. 9. 1940, IWM, MI 14/982/2. Um die Sollzahl von 180 Felddivisionen zu erreichen, mußten 37 Divisionen neu aufgestellt werden.

³³) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (Anm. 2), Bd. 5/1, S. 513 (Beitrag Müller).

³⁴) Vgl. den Beitrag von Bernhard R. Kroener in: B. Wegner (Anm. 1).

rüstungswirtschaftliche und operative Entscheidungen, die eine Eigendynamik auslösten. Unverkennbar ist auch ein Umschwung in der Außenpolitik des Reiches. Der geplante Krieg gegen die Sowjetunion führte zu einer Neubewertung von Staaten, die nach Geist und Buchstaben des Hitler-Stalin-Paktes zur Interessenssphäre Moskaus gehörten. Nun galt es, in Finnland und Rumänien deutsche strategische Interessen gegenüber gleichgelagerten sowjetischen Einflußnahmen zu sichern. Hitler zeigte sich entschlossen, dafür das machtpolitische Gewicht Deutschlands in die Waagschale zu werfen und eine tiefe Verstimmung Stalins zu akzeptieren. Beide Länder wurden als willkommene Mitstreiter im Kampf gegen den Bolschewismus angesehen, während Hitler auf die

Hilfe Japans und Italiens zu verzichten können glaubte³⁵).

Die operative Planung des Krieges gegen die Sowjetunion überließ Hitler den Generalstäben. Er selbst war im Herbst 1940 einerseits mit einer politischen Blockbildung Westeuropas gegen Großbritanniens beschäftigt. Sie stand eindeutig unter dem „Primat der Ostpolitik“ (M. Bormann). Der Versuch, Spanien und Vichy-Frankreich für eine antibritische „kontinentale Koalition“ zu gewinnen, scheiterte nicht nur an den französischen und spanischen Gegensätzen sowie an den italienischen Ansprüchen, sondern auch daran, daß Großbritannien noch nicht besiegt war und Hitler Madrid und Vichy keine positive Zukunft im Rahmen der Neuordnung Europas unter deutscher Hegemonie aufzeigen konnte. Andererseits bot der Besuch des sowjetischen Außenministers V. M. Molotov am 12. und 13. November 1940 in Berlin Hitler die Gelegenheit zu demonstrieren, daß Deutschland und die UdSSR eher „Brust an Brust“ als „Rücken an Rücken“ standen³⁶).

Das Konzept einer Herrschaftsteilung im Weltmaßstab zwischen Deutschland, Italien, Japan und der Sowjetunion auf Kosten des britischen Empire muß vor dem Hintergrund der deutschen Planungen für „Barbarossa“ als ein taktisches Manöver bewertet werden. Am 4. November 1940 hatte Hitler vor der Heeres- und Wehrmachtführung betont, daß Rußland „das große Problem Europas“ bleibe. Alles müsse getan werden, um zur „großen Abrechnung“ bereit zu sein³⁷). Deshalb hatte er noch vor seinem ersten Gespräch mit Molotov die „Weisung Nr. 18“ unterzeichnet, in der es unter der Ziffer „5.) Rußland“ klar hieß, daß, gleichgültig, welches Ergebnis die deutsch-sowjetischen Besprechungen haben würden, die bisher nur mündlich befohlenen Vorbereitungen für den Krieg im Osten fortzuführen seien. Auch die von Molotov genannten Voraussetzungen für einen Beitritt der Sowjetunion zum „Dreimächtepakt“ seien eher als taktische Maximalforderungen für spätere Verhandlungen denn als „Kriegszielprogramm Stalins“³⁸) zu bewerten. Diesen Schluß

legen die zehn Tage später schriftlich übermittelten moderateren Bedingungen nahe. Sie blieben aber unbeantwortet. Die von Molotov mündlich vorgebrachten Wünsche wurden allerdings von deutscher Seite als Erpressung und als langfristige Bedrohung der Machtstellung des Reiches in Europa aufgefaßt. Diese galt es auszuschalten. Deshalb fand Raeder Hitler „immer noch geneigt, die Auseinandersetzung mit Rußland zu betreiben“³⁹).

Hitler hatte seit Ende Juli 1940 für den von ihm gleichermaßen als Kriegsziel und Kriegsmittel eingeschätzten Krieg gegen die Sowjetunion optiert. Die Beherrschung des „russischen Raumes“ sollte auch die entscheidende Wende im Krieg gegen Großbritannien herbeiführen. Hitler fühlte sich gezwungen, „1941 alle kontinentaleuropäischen Probleme lösen (zu) müß(en), da ab 1942 (die) USA in der Lage wären, einzugreifen“⁴⁰).

Militärisch entschied sich Hitler am 5. Dezember 1940 für den von der Heeresführung erarbeiteten Operationsplan, mit dem die Sowjetunion in einem schnellen Feldzug niedergeworfen werden sollte. In seiner strategischen Analyse trug Hitler die gleichen Argumente wie am 31. Juli vor: „Die Entscheidung über die europäische Hegemonie fällt im Kampf gegen Rußland.“⁴¹) Die Operationsabsichten der Heeresführung billigte er pauschal, obwohl sie in wesentlichen Punkten von seinen abwichen. Übereinstimmung herrschte darüber, zunächst die Masse der Roten Armee westlich der Dnepr-Dvina-Linie zu vernichten und den Rückzug kampfkraftiger Teile nach Osten zu verhindern. Die deutlichen Auffassungsunterschiede über den Ansatz der zweiten Operationsphase wurden allerdings nicht ausdiskutiert. Für Hitler stand immer die Gewinnung kriegswirtschaftlicher Basen im Norden und Süden der Sowjetunion im Vordergrund – einerseits, um die eigene Versorgung aus dem Lande zu erleichtern und andererseits, um dem Gegner die Grundlagen für einen personellen und materiellen Neuaufbau seiner Kräfte zu entziehen. Die Heeresführung wollte dagegen die Kriegsentscheidung durch einen konzentrierten Stoß auf Moskau herbeiführen. Die spätere Auseinandersetzung um die Vorrangigkeit der sowjetischen Hauptstadt als Operationsziel – gegenüber Leningrad und dem Besitz des ukrainischen und kaukasischen Potentials – war damit

³⁵) Vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (Anm. 2), Bd. 4, S. 333–347 und S. 367–371 (Beiträge Förster und Ueberschär).

³⁶) Ebd., S. 29–32 (Beitrag Förster). Vgl. aus sowjetischer Sicht Dimitri Wolkogonow, Stalin, Triumph und Tragödie, Düsseldorf 1989, S. 500f. und 535–536.

³⁷) Vgl. Halder KTB II (Anm. 12), S. 165 und Tagebuch ChdSt (Anm. 5), Eintrag vom 7. 11. 1940, IWM, MI 14/981/1.

³⁸) Klaus Hildebrand, Krieg im Frieden und Frieden im Krieg. Über das Problem der Legitimität in der Geschichte der Staatengesellschaft 1931–1941, in: Historische Zeitschrift, (1987) 244, S. 24.

³⁹) Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, hrsg. von Gerhard Wagner, München 1972, S. 154 (14. 11. 1940). Hervorhebung J. F.

⁴⁰) Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945, hrsg. von Percy Ernst Schramm, Bd. 1, München 1965, S. 996 (17. 12. 1940).

⁴¹) Halder KTB II (Anm. 12), S. 212 (5. 12. 1940).

vorprogrammiert⁴²). Dies auch deshalb, weil der Gegner sich nicht in der gewünschten Weise verhielt, nachdem er schon der Wehrmacht den „Liebesdienst“ verweigert hatte, selbst anzugreifen. Im Dezember 1940 herrschten allerdings weder bei Hitler noch bei der Heeresführung irgendwelche Zweifel darüber, daß es gelingen würde, die Sowjetunion in einem Blitzkrieg zu besiegen und die Linie Wolga-Archangelsk innerhalb von wenigen Wochen zu erreichen.

Wie beurteilte die deutsche Führung den anvisierten Gegner? Am 5. Dezember 1940 erklärte Hitler: „Der Russe ist uns waffenmäßig unterlegen wie der Franzose. . . Der russische Mensch ist minderwertig. Die Armee ist führerlos. Ob die in letzter Zeit gelegentlich festgestellten richtigen Erkenntnisse der (sowjetischen) Führung in der Armee ausgewertet werden, ist mehr als fraglich. Die innere Neuorientierung der russischen Armee wird im Frühjahr noch nicht besser sein. Wir haben im Frühjahr einen sichtlichen Höchststand in Führung, Material, Truppe, die Russen einen unverkennbaren Tiefstand. Wenn diese russische Armee einmal geschlagen ist, dann ist das Desaster unaufhaltsam.“⁴³) Auch in der Einschätzung des deutschen Generalstabes hatte die Rote Armee, das „riesige Kriegsinstrument“, seit dem Sommer 1940 damit begonnen, deutsche taktische Erfahrungen aus dem Frankreichfeldzug zu übernehmen und sich damit zu einer modernen Armee zu entwickeln. Der Masse fehlte aber noch die Qualität der Wehrmacht. Da die Rote Armee noch nicht zu einer weiträumigen Großoffensive fähig war, wurde eine akute Bedrohung des Reiches auch für 1941 ausgeschlossen. Die Anspruchslosigkeit, Härte und Tapferkeit des einzelnen sowjetischen Soldaten wurde dagegen positiv hervorgehoben, die Rote Armee in der Verteidigung als besonders leistungsfähig beurteilt⁴⁴).

Sowjetische Maßnahmen im März 1941 – wie die Durchführung einer Teilmobilmachung und das Aufschließen von Truppen zur Grenze mit dem

⁴²) Vgl. die Interpretation von Ernst Klink in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (Anm. 2), Bd. 4, S. 235–241.

⁴³) Halder KTB II (Anm. 12), S. 214. Vgl. die Denkschrift des Chefs des Stabes der 4. Armee, Oberst. i. G. Günther Blumentritt, „Über den inneren Wert und die Kampfarmee des russischen Gegners“ vom 29. 12. 1940, abgedruckt bei Olaf Groehler, Zur Einschätzung der Roten Armee durch die faschistische Wehrmacht im ersten Halbjahr 1941, dargestellt am Beispiel des AOK 4, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, (1968) 7, S. 729–733.

⁴⁴) Vgl. Dienstschrift des Generalstabes des Heeres, Abteilung Fremde Heere Ost vom 15. 1. 1941, Die Kriegswehrmacht der UdSSR; vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (Anm. 2), Bd. 4, S. 191–202 (Beitrag Klink).

Reich – wurden als defensive Reaktion auf den erkannten deutschen Aufmarsch eingeschätzt⁴⁵). Aufgrund der bisherigen politischen Haltung der Sowjetunion hielt Halder Anfang Juni 1941 eine Großoffensive der Roten Armee für „wenig wahrscheinlich“ und beurteilte ihre Dislozierung als defensiv. Darum sei sie in den vorgeschobenen Räumen um Lemberg und Bialystok besonders stark, wie der Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres, Oberst i. G. Rudolf Heusinger, auf der großen Besprechung mit den Heeresgruppen-, Armee- und Panzergruppenchefs ergänzte⁴⁶).

Da Stalin keine Angriffsabsicht unterstellt wurde, waren Hitler und die militärische Führung auch nicht durch die *Kriegsfähigkeit* der Roten Armee beunruhigt. Hitlers größere Sorge war es, daß Stalin ihm durch eine Geste des Entgegenkommens noch das Konzept verderben könnte. Hitler wollte das strategische Dilemma Deutschlands durch einen weiteren kriegerischen Akt lösen und zugleich „Lebensraum im Osten“ erobern. Für die weiterhin versuchte Deutung von „Barbarossa“ als Präventivkrieg fehlen also die unabdingbar notwendigen *subjektiven* Voraussetzungen, denn Bedrohtheitsgefühle auf deutscher Seite lassen sich aktenmäßig nicht konkretisieren. Über die *objektiven* Tatsachen – also über den Stand der militärischen Vorbereitungen der Sowjetunion im Frühjahr 1941 und die polnischen Absichten Stalins – wissenschaftlich zu streiten, ist aufgrund der noch immer undurchsichtigen sowjetischen Quellenlage legitim. „Nicht legitim erscheint uns freilich, die hier genannte Problematik mit der logisch wie empirisch ganz anders gearteten Frage nach den Motiven des *deutschen* Angriffs vom Juni 1941 zu verquicken, wie dies in der öffentlichen Diskussion um den angeblichen deutschen ‚Präventivkrieg‘ wiederholt geschehen ist.“⁴⁷)

Trotz aller detaillierter Warnungen der Westmächte und der eigenen Aufklärungsorgane vor einem deutschen Angriff hielten Stalin und Molotov an ihrem Kalkül fest, daß Deutschland keine zweite Front im Osten eröffnen würde und daß der deut-

⁴⁵) Vgl. Lagebericht Nr. 1 der Abteilung Fremde Heere Ost des Generalstabes des Heeres vom 15. 3. 1941, BA-MA, RH 19 III/722.

⁴⁶) Vgl. die übereinstimmenden Notizen von mehreren Teilnehmern an der Besprechung in Zossen am 4. Juni 1941, ebd., RH 20-17/23, RH 20-18/17 und RH 21-3/v. 46.

⁴⁷) B. Wegner (Anm. 1), S. XIII. Zur wissenschaftlichen Kontroverse, ob es möglich und gerechtfertigt ist, von der Art der sowjetischen Truppendislozierung und ihrer Einsatzdoktrin auf offensive Motive Stalins und Molotows zu schließen, vgl. die Beiträge von Gorodetsky, Hoffmann und Kirsin im selben Band.

sche Aufmarsch nur einem politischen Zweck diene. Deshalb ging Stalin auch auf den Vorschlag der militärischen Führung vom 15. Mai 1941, einen präventiven Schlag gegen die aufmarschierende Wehrmacht zu führen, nicht ein⁴⁸⁾. Die erkannte Massierung der Roten Armee in den Räumen um Lemberg und Bialystok löste also auf deutscher Seite keine Beunruhigung aus. Im Gegenteil, sie kam ihren Absichten in zweifacher Hinsicht entgegen: Zum einen erleichterte sie das operative Konzept der Umfassung und Einkesselung, zum anderen diene sie der deutschen Propaganda dazu, den deutschen Angriff „dahin auszunutzen . . . , daß der Russe ‚sprungbereit‘ aufmarschiert war und somit das deutsche Vorgehen eine absolute militärische Notwendigkeit gewesen sei“⁴⁹⁾. Hier, im Juni 1941, liegt der Ursprung aller Thesen vom deutschen Präventivkrieg! Dabei diene die sowjetische Politik nur zur propagandistischen Rechtfertigung eines längst aus ganz anderen Gründen beschlossenen Angriffskrieges.

Als Beispiel für die damalige Einschätzung des sowjetischen Gegners und des eigenen Leistungsvermögens seien die Ausführungen Blumentritts anlässlich einer Generalstabsbesprechung beim Armeeoberkommando 4 am 18. April 1941 zitiert: „Vielleicht hat (der Russe) doch die Absicht, sich zwischen Westgrenze und dem Dnjepr dem deutschen Angriff zu stellen, was sehr wünschenswert ist . . . Schon die kaiserliche Armee kam gegen die deutsche Führung nicht auf, um wieviel weniger

die heutigen russischen Führer. Die mittlere Führung ist noch mangelhafter . . . Der Nimbus der deutschen Waffen, jetzt durch den Krieg gegen Jugoslawien noch gesteigert, wird sich bald auswirken! Es wird 14 Tage schwerer blutiger Kämpfe geben. Wir hoffen, es dann geschafft zu haben.“⁵⁰⁾ Auch Generaloberst Halder erwartete nach schweren Grenzkämpfen ein „Vakuum“ beim Gegner, in das die Panzergruppen hineinstoßen sollten.

Da allerdings die Panzerdivisionen des Jahres 1941 mit denen des Frankreichfeldzuges nicht zu vergleichen waren, empfahl der Chef des Generalstabes den Truppenführern das „Ausschöpfen aller Behelfsmöglichkeiten“ im eigenen Bereich⁵¹⁾. Ein System von Aushilfen sollte ermöglichen, mit der rauen Wirklichkeit zu leben, daß nur zwanzig Prozent des Ostheeres für den anvisierten schnellen und weiträumigen Bewegungskrieg geeignet waren! Auch die Lösung des Versorgungsproblems – weiter Raum – weite Ziele – keine Bahnen – mit Lkws als einzigem Nachschubmittel, offenbart die Hybris des Siegers über Frankreich. Die Strecke bis zur Dnepr-Dvina-Linie, also rund 500 km, wurde einfach mit der zwischen Luxemburg und der Loire-Mündung gleichgesetzt! Wieder wurden Aushilfen, diesmal zwischen Heer und Luftwaffe, und eine geschmeidige Organisation empfohlen, damit die auf eine schnelle Zerschlagung der Roten Armee angelegte Operation nicht ins Stocken geriet⁵²⁾.

IV.

Das „doppelte Gesicht“ des deutschen Angriffskrieges gegen die Sowjetunion, von dem Feldmarschall Erich von Manstein als Zeuge vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg gesprochen hatte – nämlich das militärische und das weltanschauliche – enthüllt sich allerdings erst, wenn neben der strategischen Zielsetzung und der operativen Planung auch die ideologische Prägung in den Blick genommen wird. Wie aber gelang es Hitler, dem „Unternehmen Barbarossa“ den Stempel eines Vernichtungskrieges gegen Bolschi-

wismus und Judentum aufzudrücken? Hitler war nicht nur der „Führer“ des deutschen Volkes in seinem „Lebenskampf“ und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht, sondern er hatte sich bereits im Februar 1939 auch zum obersten weltanschaulichen Führer der Wehrmacht ernannt. Auch in dieser Eigenschaft seien ihm die Offiziere auf Gedeih und Verderb verpflichtet. Da der nächste Krieg ein „reiner Weltanschauungskrieg, d. h. bewußt ein Volks- und Rassenkrieg“ sein werde, müsse der Offizier sowohl taktischer als auch weltanschaulicher Führer seiner Soldaten sein⁵³⁾.

Das Endziel aus Hitlers Sicht in dem im September 1939 „ausgebrochenen Rassenkampf“, nämlich die

⁴⁸⁾ Vgl. D. Wolkogonow (Anm. 36), S. 547f.

⁴⁹⁾ Weisung des Wehrmachtsführungsstabes, Abteilung Landesverteidigung an die Abteilung Wehrmachtpropaganda vom 21. 6. 1941, BA-MA, RW 4/v. 578.

⁵⁰⁾ Ebd., RH 20-4/114; vgl. O. Groehler (Anm. 43).

⁵¹⁾ Besprechung vom 4. 6. 1941 (s. Anm. 46).

⁵²⁾ Vgl. Halder KTB II (Anm. 12), S. 181 (15. 11. 1940), S. 258 (28. 1. 1941 und S. 269 (2. 2. 1941) sowie den Beitrag von Klaus F. Schüler in: B. Wegner (Anm. 1).

⁵³⁾ So in seiner Rede vor den Truppenkommandeuren des Heeres am 10. 2. 1939, Bundesarchiv Koblenz, NS 11/28. Abgedruckt in: Jost Dülffer/Jochen Thies/Josef Henke, Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich, Köln 1978, S. 289–313.

rassische Umgestaltung Europas, bestimmte zwar von Anfang an auch die Mittel, d. h. die Kriegsführung, aber erst im Vernichtungskrieg gegen den „jüdisch-bolschewistischen Todfeind“ waren Ziel und Mittel identisch. Militärische Operationen zur Eroberung von Lebensraum und politisch-polizeiliche Maßnahmen zur endgültigen Beseitigung des rassistischen Gegners waren für Hitler nur verschiedene Seiten eines einzigen großen Krieges. Im harten Kampf für die eigene und damit gegen fremde Rassen konnte es auch keine gesetzlichen Einschränkungen geben: Dem Stärkeren gehöre die Zukunft. Im Unterschied zum Feldzug in Polen war das Vernichtungskonzept von Beginn an integraler Bestandteil der Operationen. Hitler betrachtete das „Unternehmen Barbarossa“ eben nicht als einen bloßen „Kampf der Waffen“, sondern auch als die entscheidende Auseinandersetzung mit dem „jüdischen Bolschewismus“. Die „jüdisch-bolschewistische Intelligenz (müsse) beseitigt werden.“⁵⁴) Die Offiziere mußten ihre soldatischen Bedenken überwinden und ihre Truppe auch weltanschaulich führen. Im „Vernichtungskampf“ gegen die feindliche Weltanschauung könne es keine traditionelle Kriegsführung geben. Das zielbewußte rassenpolitische Vorgehen seiner „Weltanschauungstruppe“ – die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD⁵⁵) – gegen den „jüdisch-bolschewistischen Todfeind“ sollte dadurch unterstützt werden, daß das Heer mit äußerster Rücksichtslosigkeit und größtem Vernichtungseffekt gegen die Rote Armee, ihre Kommissare, gegen bolschewistische Funktionäre, Juden und Freischärler vorging.

Weltanschaulicher und militärischer Kampf konnten von Hitler miteinander verschmolzen werden, weil seine ideologischen Intentionen von hohen Offizieren und Juristen im Frühjahr 1941 in Befehle gegossen wurden: „Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbands des Heeres“ vom 28. April 1941, „Erlaß über die Ausübung der Krieggerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa‘ und über besondere Maßnahmen der Truppe“ vom 13. Mai 1941, „Richtlinien über das Verhalten der Truppe in Rußland“ vom 19. Mai 1941 und die „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“ vom 6. Juni 1941. Die befohlene Erschießung der Truppenkommissare in der Roten Armee war im Rahmen des Weltanschau-

ungskrieges zwar konsequent, aber ebenso rechtswidrig wie das Erschießen von Zivilisten bei bloßem Verdacht der Freischärlerei. Deshalb wurde mit dem Erlaß vom 13. Mai 1941 über die Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit eine präventive Amnestie für Verbrechen von Soldaten an Sowjetbürgern verfügt, die auch für die rechtswidrige Erschießung von Kommissaren nach ihrer Gefangennahme galt.

Das Hitlersche Vernichtungskonzept konnte deshalb integraler Bestandteil der Operationen werden, weil die Heeresführung bereit war, die Truppe auch den „weltanschaulichen Kampf mit durchfechten“ zu lassen⁵⁶). Sie und andere höhere Truppenführer – darunter spätere Angehörige des Widerstandes – waren wie Hitler davon überzeugt, daß zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der bolschewistischen Sowjetunion eine unüberwindbare Kluft bestand, rassistisch wie weltanschaulich. Die rasche Ausschaltung wirklicher und potentieller Gegner im Operationsgebiet, sei es durch die Einsatzgruppen oder die Truppe, sollte „deutsches Blut sparen“ helfen. Im Unterschied zu den Morden in Polen stießen weder die geplanten „Maßnahmen“ der SS noch die Einbindung des Heeres in die nationalsozialistische Vernichtungspolitik auf scharfe Kritik in der höheren Führung. Die bewußte Verzahnung von ideologischen und militärischen Gesichtspunkten in den relevanten Erlassen trug erheblich dazu bei, ihre Rechtswidrigkeit zu verschleiern. Weil Hitler im Krieg gegen die Sowjetunion auch als weltanschaulicher Führer akzeptiert wurde, konnten „Befehle in Weltanschauungen“ zu „Befehlen in Dienstsachen“ werden, konnte auch das Heer – wie Partei und SS – zu einer „kämpferischen Truppe einer Weltanschauung“ werden⁵⁷).

Eine „Aufklärung“ der Soldaten an der Ostfront über Sinn und Ziele des Krieges setzte erst mit dem Angriffstag ein. Ein Tagesbefehl Hitlers, die erwähnten Richtlinien für das eigene Verhalten und Merkblätter über die zu erwartende „heimtückische“ Kriegsführung der Roten Armee sollten den Soldaten auf den speziellen Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion einstimmen. Auch die Truppenführer versuchten mit Hilfe von Tagesbefehlen, ihre Soldaten zu motivieren. Hierzu einige Beispiele:

„Mit dem heutigen Tage hat uns der Führer vor neue Aufgaben gestellt. Wie in Polen, Holland und

⁵⁴) Notizen Halders von Hitlers Rede am 30. 3. 1941, Halder KTB II, S. 336–337. Vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 413–447 (Beitrag Förster).

⁵⁵) Vgl. Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges, Stuttgart 1981 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 22).

⁵⁶) Halder KTB II (Anm. 12), S. 399 (6. 5. 1941).

⁵⁷) Vgl. das bis heute unübertroffene Gutachten von Hans Buchheim über Befehl und Gehorsam, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 1, Olten–Freiburg 1982³, S. 222–231.

Frankreich werden wir getreu unserem Fahneid unsere Pflicht tun nach unserem Wahlspruch: Vorwärts denken, vorwärts sehen, vorwärts reiten“ (1. Kavalleriedivision); „Die 1. Gebirgsdivision holt den Teufel aus der Hölle. Der Teufel steht vor uns! Wir werden ihn vernichten! Es lebe das Edelweiß! Heil dem Führer!“; „Die Stunde des Einsatzes ist gekommen! In verräterischer Zusammenarbeit mit England brach die Sowjetunion, trotz Nichtangriffspakt, dieses Abkommen. Nach den vernichtenden Schlägen im Westen und Süden gilt es jetzt, ein für alle Mal Deutschland und Europa vor den bolschewistischen Horden zu schützen! Wir werden uns unserem Fahneid getreu in höchster Pflichterfüllung und vollstem Einsatz für Führer, Volk und Vaterland bis zum Endsieg schlagen! Dieser Kampf wird zum Sieg! Heil unserem Führer!“ (97. Infanteriedivision); „Durch und vorwärts!“ (XXIV. Pan-

zerkorps); „Wir treten morgen zum großen Kampfe an, den wir Germanen gegen das bolschewistische Slawentum führen müssen, um unser deutsches Volk und unsere Nachkommen zu erhalten. Ich vertraue auf unser soldatisches Können und Euren Draufgängergeist. Der Herrgott sei mit Euch!“ (Panzergruppe 4); „Kameraden! Wir treten zum letzten Entscheidungskampf an! Daß am Ende dieses Kampfes der Sieg und damit ein glorreicher deutscher Friede steht, dafür verbürgt sich jeder Einzelne der 11. Armee. Mit uns kämpft Schulter an Schulter die rumänische Wehrmacht unter dem Kommando ihres Staatschefs Armeegeneral Antonescu. Sie wird in gleich heiliger Verpflichtung und Kameradschaft ihr Bestes hergeben. Kameraden, unsere Parole ist: Wo die 11. Armee ist, ist der Sieg! Es lebe der Führer und sein Deutschland!“ (11. Armee)

V.

Am 22. Juni 1941 begann der von Hitler herbeigeführte Krieg mit dem Gegner im Osten. Daß das „Unternehmen Barbarossa“ aber eine besondere Qualität bekam, lag nicht nur an dem entsprechenden Vorgehen von Wehrmacht und SS, sondern auch an der spezifischen sowjetischen Reaktion auf den deutschen Einmarsch. Zum einen definierte auch Stalin den Kampf gegen die Invasoren nicht als einen „gewöhnlichen Krieg“ zwischen zwei Armeen, sondern als einen von der Partei angeleiteten erbarmungslosen Volkskrieg des Sowjetstaates gegen den „deutschen Faschismus“. Diesen Aufruf vom 3. Juli 1941, auch den deutschen Soldaten durch sowjetische Flugblätter in deutscher Sprache bekannt, begriff Hitler wiederum als willkommene Gelegenheit, „auszurotten, was sich gegen uns stellt“ (16. 7. 1941). Nun konnte das Vernichtungskonzept gegen den „jüdischen Bolschewismus“ noch wirkungsvoller als militärische Notwendigkeit drapiert und das Sicherheitsbedürfnis der Truppe gegen „feige“ Angriffe in ihrem Rücken ausgenutzt werden⁵⁸).

Zum anderen wandte auch die sowjetische Seite von Anfang an völkerrechtswidrige Methoden an. Die Exzesse gegen deutsche Kriegsgefangene und die Massenerschießungen politischer Gefangener durch die Sondertruppen des sowjetischen Innenministeriums in den baltischen Republiken, der Ukraine und in Weißrußland verliehen dem auf

deutscher Seite gemalten Bild von der „asiatischen“ Kriegführung der Roten Armee grelle Farben. Das Vorgehen der sowjetischen Sondertruppen ließ darüber hinaus die Vernichtungsaktionen der deutschen Einsatzgruppen als Vergeltung erscheinen, z. B. im Falle Lemberg. Ein Grund zur Rechtfertigung und Aufrechnung liegt darin aber nicht. Denn die deutschen Verbrechen können nicht als bloße Reaktion auf sowjetische Greuel erklärt werden. Sie bewirkten allerdings eine Eskalation des deutschen Vorgehens.

Eine solche Art von völkerrechtswidriger Kriegführung der Truppen gegeneinander setzte trotz des Versuchs von militärischen Führern auf beiden Seiten, Eigenmächtigkeiten ihrer Soldaten zu unterbinden und die Disziplin zu wahren, irrationale Leidenschaften und Rachebedürfnisse frei, die den besonderen Charakter des deutsch-sowjetischen Krieges mitbestimmten⁵⁹).

Diese besondere Qualität des Krieges im Osten spiegelt sich auch in Briefen deutscher Soldaten wider. Hier drei Beispiele:

„... Das deutsche Volk hat eine gewaltige Verpflichtung unserem Führer gegenüber, denn wenn diese Bestien, die hier unsere Gegner sind, nach Deutschland gekommen wären, wäre ein Morden eingetreten, wie es die Welt noch nicht gesehen hätte

⁵⁸) Vgl. Theo Schulte, *The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia*, Oxford 1989.

⁵⁹) Vgl. hierzu *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* (Anm. 2), Bd. 4, S. 1035 ff. und 781 ff. (Beiträge Förster und Hoffmann).

... Und wenn man in Deutschland den ‚Stürmer‘ liest und die Bilder sieht, so ist das nur ein ganz kleines Zeichen von dem, was wir hier sehen und was hier vom Juden verbochen wird ...“ (10. 7. 1941); „... Alles, was an Kommissaren usw. gefangen oder geschnappt wird, wird gleich erschossen. Die Russen machen es nicht anders. Ein grausamer Krieg hier ...“ (16. 7. 1941); „Das mit dem Krieg hier stellst Du Dir zu einfach vor! Du meinst, wir sind nur zur Besatzung hierher gekommen ... Es ist hier vor allem mit Banditen- und Kleinkrieg zu rechnen. Erst gestern wurde in einem Nachbarort ein deutscher Offizier von Russen in Zivil erschossen. Dafür wurde dann das ganze Dorf in Brand gesteckt. Es ist in diesem Ostfeldzug gar vieles anders als im Weltkrieg ...“ (23. 10. 1941)⁶⁰).

Anders war vor allem, daß sich das Heer bei der Behandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung auch vom Feindbild des „jüdischen Bolschewismus“ leiten ließ. Damit wurde von vornherein der Unterschied zwischen militärischen Notwendigkeiten und Ausrottungspraktiken verwischt. Unter dem Eindruck, daß sie zunächst in den westlichen Gebieten der Sowjetunion als „Befreier vom Bolschewismus“ begrüßt worden war, reagierte die Truppe auf ungeklärte Sabotageakte anfangs nicht sofort mit kollektiven Repressalien, sondern lastete diese Vorkommnisse vornehmlich Juden, Kommunisten und Russen an. Sie wurden eo ipso als „deutschfeindliche Elemente“ eingestuft. Durch diese Sündenbockmethode glaubte die Truppe, sich das Vertrauen der Masse der Bevölkerung zu erhalten und sie nicht in das „bolschewistische Lager“ zurückzutreiben.

Am 22. Juni 1941 zweifelten weder Hitler noch die militärischen Führer daran, daß die Sowjetunion in einem Blitzfeldzug niedergerungen werden könnte. Die großen Erfolge der ersten Tage entsprachen diesen Erwartungen. Das hohe Selbstwertgefühl des deutschen Soldaten wurde ein weiteres Mal bestätigt. Halder und Hitler sahen den Feldzug bereits nach zwei Wochen für gewonnen an. Doch schon wenige Tage später zeigte sich, daß die „Masse des russischen Heeres“ nicht westlich der Dnepr-Dvina-Linie hatte vernichtet werden können, Moskau eine wirksame Verteidigung organisiert und kampffähige Teile der Roten Armee über die ‚magische‘ Linie nach Osten abgezogen hatte. Die deutsche Lagebeurteilung mußte nun den tatsächlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Die Auseinandersetzung zwischen Hitler und der Hee-

resführung im Sommer 1941 über das Ziel und die Art der Durchführung der zweiten Operationsphase spiegelt bereits die wachsende Erkenntnis in der militärischen Führung wider, daß das „Unternehmen Barbarossa“ gescheitert, der „Koloß Rußland“ militärisch, wirtschaftlich und organisatorisch unterschätzt worden war. Zeit und Kräfte reichten nicht aus, die Sowjetunion in einem Blitzfeldzug vor Beginn des Winters niederzuwerfen. Die von Anfang an gefürchtete „Weite des russischen Raumes“ stellte die Wehrmacht bei abnehmender eigener Angriffsfähigkeit vor immer schwerer zu lösende Probleme.

Auch im riesigen Besatzungsgebiet erweiterte sich die Kluft zwischen dem Auftrag und der geringen Zahl der Ordnungskräfte. Das angestrebte Ziel, „Befriedung“ und Ausnutzung des Landes, hatte Vorrang vor der Rechtmäßigkeit der Mittel. Terror wurde seit Ende Juli 1941 zur gängigen Methode. Die Truppe wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine vorherige Festnahme von Geiseln zur Haftung für „zukünftiges Unrecht“ nicht erforderlich sei. Ad hoc zu befehlende „Sühnemaßnahmen“, d. h. summarische Hinrichtungen und Zerstörungen ganzer Ortschaften, wurden zur Regel gemacht. Die deutschen Befehlshaber, Kommandeure und Kommandanten registrierten genau, daß sie sich keiner bewaffneten Volks-, sondern einer von politischen und staatlichen Stellen gelenkten Partisanenbewegung gegenübersehen. Um so unnachsichtiger wurden diese tatsächlichen oder vermeintlichen „Träger der feindlichen Einstellung“ und deren Helfer bzw. Sympathisanten verfolgt. Dabei waren, anders als noch während des Westfeldzuges, SS-Einheiten zur Beseitigung der „gefährlichen Elemente“ im Rücken der Front willkommen. Besonders die Landbevölkerung wurde zwischen dem sowjetischen Hammer und dem nationalsozialistischen Amboß (A. Dallin) eingeklemt. Während die Partisanengruppen von ihrer materielle und personelle Unterstützung erwarteten und gegen Kollaborateure rücksichtslos voringen, forderte die Besatzungsmacht von der Bevölkerung Loyalität und Hilfestellung bei der Bekämpfung der Partisanen.

Die Selektion bestimmter Gruppen und ihre Hinrichtung bei unaufgeklärten Sabotageakten, die Diskrepanz zwischen den Zahlen getöteter „Freischärler“, „Partisanen“, „Rotarmisten“ und den eigenen Verlusten sowie der geringe Unterschied zwischen festgenommenen und später erschossenen Personen in den Berichten der eingesetzten Sicherungskräfte und in denen der Kampfverbände lassen sich mit dem Sicherheitsbedürfnis der Truppe allein nicht rechtfertigen. Dieses Vorgehen

⁶⁰) Zitiert nach: Das Andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939–1945, hrsg. von Ortwin Buchbender und Reinhold Sterz, München 1982.

macht vielmehr den ideologischen Hintergrund unübersehbar. „Allgemein war die Vorverurteilung ohne individuellen Schuld nachweis eine beabsichtigt bequeme Methode, um die potentiellen Gegner und alle unerwünschten Bevölkerungssteile zu dezimieren.“⁶¹⁾ Es ist eben ein Zerrbild der Wirklichkeit, daß nur die Einsatzgruppen, Polizeibataillone und Brigaden der SS den Todesstoß gegen das Wahnbild des „jüdischen Bolschewismus“ führten. Die Verschmelzung von Bolschewismus, Judentum und Widerstand, in vielen anderen Befehlen nur latent vorhanden, ist in denen Reichenaus, Mansteins und Hoths manifest geworden. Solche Befehle, in denen die Aufgaben des deutschen Soldaten im „Ostraum“ nicht mehr nur militärisch, sondern auch weltanschaulich definiert wurden, hatten natürlich Konsequenzen, die die Truppenführer seit September 1939 kannten. Da nutzten auch von Mansteins Appell an die Manneszucht und die Warnung vor Eigenmächtigkeiten wenig⁶²⁾.

Natürlich gab es auch Truppenführer, die eine differenziertere Haltung einnahmen und dafür eintraten, den Völkern der Sowjetunion außer der Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“ auch eine positive Zukunft aufzuzeigen. Ihre Argumente für eine politische Kriegführung konnten Hitler immerhin dort zu gewissen Abstrichen von seinen Axiomen bewegen, wo sie militärischen oder wirtschaftlichen Nutzen versprachen und die Widerstandskraft des Gegners schwächten. Aus akutem Mangel an Arbeitskräften im Reich und an Sicherungseinheiten in den besetzten sowjetischen Gebieten durften ab Herbst 1941 Landeseinwohner und Kriegsgefangene angeworben werden. Hitler stimmte auch einer Revision der sowjetischen Kollektivwirtschaft und der Kommissarrichtlinien zu.

In der Nachkriegsdiskussion über die beiden rechtswidrigen Erlasse hat die Durchführung der Kommissarrichtlinien vom 6. Juni 1941 eine weit aus größere Rolle gespielt als der sogenannte Führererlaß vom 13. Mai 1941, obwohl die durch ihn und seine Ergänzungen erlaubten „besonderen Maßnahmen“ der Truppe gegenüber der sowjetischen Zivilbevölkerung bedeutend mehr Opfer kosteten. Dies hängt damit zusammen, daß bei der angeordneten Erschießung der Kommissare der Bruch des Völkerrechts offensichtlicher war, sich ihre Ausschaltung nicht als militärische Notwendigkeit zur Befriedung des Landes verschleiern ließ. Daß der besondere Charakter des deutsch-

sowjetischen Krieges von vielen ehemaligen Soldaten und Zeitgenossen noch immer verdrängt wird, mag auch damit zusammenhängen, daß sich der Rußlandkrieg nicht auf die Aktionen von Millionen nur „braver Vaterlandsverteidiger“ reduzieren läßt. „Die Apologie ist der Feind echter Tradition.“⁶³⁾ Es ist auch unredlich, den Historikern, die die Beteiligung der Wehrmacht am Vernichtungskrieg im Osten herausgearbeitet haben, zu unterstellen, sie verträten eine „Kollektivschuldthese“, „schmähten“ die Soldaten, die guten Glaubens ihre Pflicht getan hätten, und leugneten deren Leistungen, sie wollten der Anklage in Nürnberg neue Argumente liefern oder eine „zweite Welle der Entmilitarisierung“ auslösen. „Aufklärung als Methode“, die Legenden und damit falsche Tradition zerstört, ist eine notwendige Aufgabe der Geschichtswissenschaft.

Hitler ging bereits Ende August 1941 davon aus, daß der Krieg gegen die Sowjetunion bis Jahresende nicht mehr zu gewinnen sei. Er wollte deshalb die Kampfkraft der Roten Armee in engen Einschließungen vernichten, die sowjetischen Energieressourcen sowie gute strategische Ausgangspositionen für 1942 gewinnen. Halder glaubte weiterhin, das Ende des Krieges durch eine Eroberung Moskaus herbeizwingen zu können. Der unerwartete Gegenstoß der Roten Armee am 5. Dezember 1941 traf nicht nur auf deutsche Verbände, die physisch und psychisch an einem Tiefpunkt angelangt waren, sondern auch auf eine deutsche Führung, die über die Ursachen der „gegenwärtigen Krise“ und über die Maßnahmen zu ihrer Überwindung gespalten war, weil sie zunächst nicht wahrhaben wollte, daß das Gesetz des Handelns auf den Gegner übergegangen war. Die operative Krise weitete sich zu einer Führungskrise zwischen Hitler, dem Oberkommando des Heeres und den Frontbefehlshabern aus. Am 19. Dezember übernahm Hitler selbst den Oberbefehl über das Heer.

Nach den immensen personellen und materiellen Verlusten beim „Unternehmen Barbarossa“, die in absehbarer Zeit nicht auszugleichen waren, wurden die operativen Möglichkeiten für 1942 nüchtern eingeschätzt. Die gesamte Angriffskraft des Ostheeres sollte am Südflügel der Front konzentriert werden, um die Ölgebiete im Kaukasus zu gewinnen, das Rüstungszentrum Stalingrad auszuschalten und durch das Erreichen der Wolga Moskau von einer der beiden Verbindungslinien mit

⁶¹⁾ Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/1, S. 200 (Beitrag Umbreit).

⁶²⁾ Vgl. ebd., Bd. 4, S. 1049 ff. (Beitrag Förster).

⁶³⁾ Manfred Messerschmidt, Wehrmacht, Ostfeldzug, Tradition, in: Der Zweite Weltkrieg (Anm. 13), S. 325.

den Angloamerikanern abzuschneiden⁶⁴). Die Winterkrise bedeutete zwar das Ende der „friedensmäßigen Kriegswirtschaft“, doch noch wagte es das Regime nicht, den Deutschen ähnliche Lasten aufzulegen wie die Sowjetunion, die bereits seit dem Sommer einen „totalen Krieg“ führte. Neben einer Strukturreform der Rüstung entschied sich das Dritte Reich lieber für eine stärkere Ausnutzung der personellen und materiellen Ressourcen in den besetzten Gebieten.

Das Scheitern der deutschen Blitzkriegsstrategie gegen die Sowjetunion und das Wiederentstehen der übermächtigen Konstellation des Ersten Weltkrieges durch den Kriegseintritt der USA führten auf deutscher Seite nicht zu dem Entschluß, einen Verhandlungsfrieden zu erreichen, obwohl ihn einzelne Militärs und Zivilisten Hitler vorschlugen. Dies nicht etwa wegen der realistischen Einschätzung, daß die gegnerische Koalition nicht mit ihm verhandeln würde, sondern weil für Hitler die sozialdarwinistische Alternative des „Alles oder Nichts“ bestimmend blieb. Seine kompromißlose Haltung in der Führung des Lebenskampfes des deutschen Volkes hatte Hitler schon vor dem Beginn des Krieges mit einem Zitat von Clausewitz untermauert: Es sei oft zweckmäßiger und richtiger, im Namen der Ehre selbst zugrundezugehen, als im Namen einer sogenannten Klugheit zu kapitulieren.

Im „Unternehmen Barbarossa“ wird wie in keinem anderen Feldzug die unauflösbare Verbindung von

⁶⁴) Vgl. den Beitrag von Bernd Wegner in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 6, Stuttgart 1990.

ideologischen und machtpolitischen Zielen mit den sozialdarwinistischen Wertvorstellungen des Dritten Reiches deutlich. Die Realisierung des Lebensraumkonzepts verlief zwar eher evolutionär als dogmatisch, aber dennoch war es Hitler, der die entscheidenden Befehle im Sommer 1940 sowie im Frühjahr und Sommer 1941 gab. Die Transformation von langfristigen Vorstellungen wie Lebensraum, Vernichtung der Juden und Rassenkrieg sollte nicht aus einer Nach-Barbarossa-Perspektive gesehen werden. „Nazi radical policy was radicalized in quantum jumps“⁶⁵) zwischen 1939 und 1941, wobei der Krieg als Stimulans wirkte. Er schuf nicht nur günstige Gelegenheiten für ideologisch fixierte Ziele, sondern veränderte sie auch durch seine eigene Dynamik. Die Verbindung zwischen Strategie und Massenmord wurde nicht schon 1939, sondern erst 1941 erreicht. Durch die Vision des Sieges über den „jüdischen Bolschewismus“ im Juli 1941 erfuhr nicht nur Hitlers ursprüngliche Lebensraumprogrammatik eine Ausweitung, sondern auch für die „Lösung der Judenfrage“ wurde nun die radikalste Antwort gefunden⁶⁶).

⁶⁵) Christopher Browning, *Nazi Resettlement Policy and the Search for a Solution to the Jewish Question*, in: *German Studies Review*, 9 (1986), S. 497–519. Wie Browning nehme ich im Streit der „Funktionalisten“ und „Intentionalisten“ eine mittlere Position ein. Vgl. Jürgen Förster, *La campagne de Russie et la radicalisation de la guerre: strategie et assassinats de masse*, in: François Bédarida (Ed.), *La Politique Nazie d'Extermination*, Paris 1989, S. 192f.

⁶⁶) Vgl. ebd., S. 519.

Der 22. Juni 1941: Anmerkungen eines sowjetischen Historikers

Der Überfall des faschistischen Blocks auf die UdSSR war einer der Wendepunkte der neueren Geschichte. Es prallten „zwei der kolossalsten Armeen, wie sie die Weltgeschichte bis dahin nicht gekannt hatte“, aufeinander, und der Ausgang dieses Zusammenstoßes bestimmte „die neuen politischen Kräfteverhältnisse in der ganzen Welt bis in unsere Tage hinein“¹⁾. Bei den Worten „22. Juni“ drängen sich Fragen auf: Warum geschah dieser Angriff? Welchen Stellenwert hatte er für den Verlauf des Krieges? Wie hat er sich auf die Entwicklung der UdSSR und Deutschlands

ausgewirkt? Bislang ist all dies von der internationalen Geschichtsschreibung in unzureichendem Maße erforscht worden. Die westdeutsche Historiographie war da in der Regel in einer glücklicheren Lage, denn das offizielle politische Prinzip der kritischen Vergangenheitsbewältigung war ihren wissenschaftlichen Aufgaben förderlich. Ein relativ freier Meinungswettstreit führte dazu, daß objektive Einschätzungen über die Genese des Krieges sich schließlich durchsetzten. In der sowjetischen Geschichtsschreibung hingegen dominierte die apologetische Herangehensweise²⁾.

I.

Wie kam es zum Krieg Deutschlands und seiner Verbündeten gegen die UdSSR? Bereits am 22. Juni 1941 tauchte in den Reden Hitlers und seiner Helfershelfer die These vom „präventiven“ und folglich auch gerechten Angriff auf Deutschland sei unmittelbar vom „aggressiven Kommunismus“ und von „slawischen Horden“ bedroht gewesen und gezwungen, sich durch einen Angriff zu verteidigen. Diese Version bewies außerordentliche Zählebigkeit. Sie wird nicht nur in der neofaschistischen Publizistik, sondern mitunter auch von professionellen Historikern aufgegriffen. So bemühten sich etwa Ernst Nolte und seine Kollegen, sie in den achtziger Jahren im Zusammenhang mit der bekannten Diskussion, in der sie die Verbrechen der Faschisten mit dem Hinweis auf die „Verbrechen der Bolschewiken“ zu relativieren bzw. zu erklären suchten, wiederzubeleben. In letzter Zeit

kam auch ihre subtilste Variante, die von zwei „Präventivkriegen“ (von Seiten Deutschlands als auch der UdSSR), auf. Zu Ehren der westdeutschen Geschichtsschreibung muß jedoch gesagt werden, daß diese Deutungsversuche eine starke negative Reaktion ausgelöst haben. Alles in allem ist der Versuch, den Faschismus mit Hinweisen auf den Stalinismus zu rechtfertigen, bei Historikern und anderen Gesellschaftswissenschaftlern auf Ablehnung gestoßen³⁾.

In der Bundesrepublik und in den westlichen Ländern begann man in den fünfziger Jahren, der Legende vom „Präventivkrieg“ den Boden zu entziehen. Es waren vor allem die Arbeiten von H.-A. Jacobsen, die aufzeigten, daß dieser Krieg eine unverhohlene Aggression war, und die UdSSR im Sommer 1941 keinen Angriff auf Deutschland plante. Der Autor äußerte dabei den Vorbehalt, daß es ungewiß bleiben werde, wie Stalin sich im Falle eines ersten Mißerfolgs Hitlers im Krieg mit den Engländern verhalten hätte. Im nachhinein wurde Jacobsens Einschätzung in verschiedenen westdeutschen Publikationen, die die wahren Ziele der Faschisten im Osten Europas aufdeckten, untermauert. Ein Teil der sowjetischen Fachleute unterstützte aktiv diese Haltung. Die Mehrheit der

Übersetzung aus dem Russischen: Olga Löwen, Köln.

1) Axel Kuhn, Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1977, S. 639.

2) Die Arbeiten des Verfassers waren da keine Ausnahme. Radikale Konservative in der UdSSR kritisieren z. B. A. M. Samsonov und andere Historiker, die in ihrer Kritik des Stalinismus von einigen ihrer früheren Positionen abgerückt sind. Ist es aber nicht die Pflicht eines Wissenschaftlers, sein Wissen ständig zu vervollkommen und sich entschlossen von Irrtümern und sich als falsch erwiesenen Konzeptionen zu trennen?

3) Vgl. die Dokumentation: Historiker-Streit, München 1987; Ulrich Hörster-Philipps/Reinhard Kühnl, Hitlers Krieg?, Köln 1989; Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (1989)4, S. 673–715; Novaja i novejšaja istorija, (1990) 1, S. 171–184.

Militärhistoriker mit P. A. Žilin an der Spitze wollte diese neue Tendenz in der westdeutschen Historiographie jedoch nicht zur Kenntnis nehmen und widmete sich mit unangemessen großer Aufmerksamkeit der Zurückweisung der erwähnten Legende. Dies war darauf zurückzuführen, daß man der Stalinschen Diplomatie in der sowjetischen Militärhistoriographie stets vorbehaltlos begegnete und der nichtmarxistischen Literatur gegenüber eine distanzierte Haltung einnahm.

Der Angriff auf die UdSSR ist ein Teil des Zweiten Weltkrieges. Die Ursachen und die Verantwortung dafür sind organisch miteinander verbunden. Die Lage in Europa kurz vor dem 1. September 1939 sah der französische Wissenschaftler H. Michel durchaus begründet als ein Dreieck Berlin-London-Moskau, wobei jedes Land auf Kosten des anderen einen Ausweg aus der Krise zu finden bestrebt war. Deutschland beabsichtigte, sich die Welt zu unterwerfen. Das war neu, denn bis zu diesem Zeitpunkt erstreckten sich hegemoniale Pläne auf bestimmte Regionen, und diesen Zielen entsprachen die Mittel. Die neuen Eroberer wurden durch keinerlei ethische oder rechtliche Normen gezügelt. Der deutsche Faschismus, der radikale Formen von Imperialismus, Militarismus, Rassismus und moderne militärtechnische Errungenschaften in sich vereinte, verfügte über eine beispiellos starke Kriegsmaschinerie. Seine Diplomatie hatte die Widersprüche der Gegner geschickt in ihre Strategie einzusetzen verstanden. Seiner Propaganda war es gelungen, die tatsächliche Stärke der Wehrmacht nicht nur in den Augen der Bürger, sondern auch vieler Staatsmänner des Westens und des Ostens um ein Vielfaches aufzubauschen.

Nach Ansicht der meisten Historiker aller Länder und aller Einstellungen ist Deutschland der Hauptschuldige des Krieges. Darum nimmt man heute von der These der drei „Kriegsherde“ Abstand. Italien wandelte sich bald vom Verbündeten Deutschlands zu seinem Satelliten. Japan führte im gewissen Grade einen „autonomen Krieg“, knüpfte den eigenen Erfolg allerdings an den erwarteten Sieg Deutschlands. Es liegt bislang kein Dokument vor, welches das Globalprogramm des faschistischen Deutschland in seiner Gesamtheit wiedergäbe. Offenbar kann man in der Kette der Wehrmacht-Raubzüge auch Improvisation nicht ausschließen. Aber einzelne Dokumente und viele Geschehnisse bestätigen die Schlußfolgerung von der allen Völkern der Welt drohenden Gefahr. Ein besonderer Platz kam in diesem Programm der Eroberung Osteuropas zu, der Vernichtung der UdSSR wie übrigens auch jeden anderen Staatsge-

füges, der Schaffung einer starken Basis für den Kampf mit den USA und die Unterwerfung der übrigen Welt. Es waren in erster Linie westdeutsche Wissenschaftler, die nicht nur die Ziele des Faschismus, sondern auch die Kontinuität dieser Ziele von Bismarck bis zu Hitler, die Interessen der Großindustriellen sowie anderer Machtelitegruppen an der Aggression und die vielfältigen Kriegsvorbereitungen offengelegt haben.

Großbritannien und sein wichtigster Verbündeter Frankreich hatten mit ihrer Taktik der Kompromisse wohl noch zu Beginn der dreißiger Jahre in Asien begonnen. Danach kamen Äthiopien, Spanien, Österreich und München. Was lag dieser Politik, die unkorrekt als „Appeasement“ bezeichnet wird, zugrunde? In dieser Politik sind gewisse Züge des britischen Kurses des „Gleichgewichts“ auf dem Kontinent und die Furcht vor radikal-demokratischen Bewegungen zu erkennen. Als Gegengewicht dazu sollte der Faschismus gestärkt werden, was dieser erfolgreich für sich auszunutzen wußte. Diese Politik berücksichtigte die Stimmung von Millionen von Menschen, die keinen neuen Krieg wollten. In diese Politik gingen auch einfache Fehler von Menschen, die in der Politik nicht sonderlich versiert waren, ein. In dieser Politik lag aber auch zynische Berechnung: Wenn „Große“ schachern, dienen Völker als Wechselgeld.

England und Frankreich waren nichtaggressive Mächte. Nach ihrem Sieg im Ersten Weltkrieg richtete sich ihr Streben lediglich darauf, ihren Status quo zu wahren. Die Ansprüche der „revisionistischen“ Mächte versuchten sie auf Kosten der UdSSR und dritter Länder zu befriedigen, was durchaus auch ideologischen Überlegungen entgegenkam. Die meisten Forscher sehen die „Appeasement“-Mächte als am Kriege mitschuldig an. Apologeten sind hierbei ebenso selten wie Verfasser, die die Verantwortung allein bei Deutschland sehen. Die Schuld Deutschlands wird nur in der neofaschistischen Publizistik in Abrede gestellt. Bisweilen werden auch die kleinen Staaten irrtümlich mit den großen in dieselbe Verantwortung gestellt. Man kann jene wohl nicht nur als Statisten betrachten, allerdings waren sie es auch nicht, die das europäische Orchester dirigiert haben.

Die Haltung der USA in den Jahren 1939–1941 findet bei einigen Autoren vorbehaltlose Zustimmung, andere sehen dieses Land ebenfalls mitverantwortlich für München, aber alle Extreme sind wenig brauchbar. Roosevelt war ohne Zweifel ein großer Politiker. Früher als andere hatte er begrif-

fen, daß die Interessen der westlichen Demokratien sich mit denen der UdSSR – ungeachtet ideologischer Gegensätze – deckten. Er hatte mehr als irgend jemand sonst zum Zusammenschluß der Kräfte im Namen allgemeinemenschlicher Interessen beigetragen. Es ist bezeichnend, daß Stalin, der sonst nicht dazu neigte, Unterschiede zwischen bürgerlichen Fraktionen und ihren Führern wahrzunehmen, noch vor dem Krieg Roosevelt „die mächtigste Gestalt“ in der modernen kapitalistischen Welt genannt hatte. Normalerweise rechnete er den Präsidenten der USA nicht denen zu, welche Aggressoren gegenüber Nachsicht übten. Allerdings erübrigt sich damit nicht die Frage, ob die amerikanische Regierung rechtzeitig alle für die Bildung einer antifaschistischen Koalition und somit zur Kriegsabwendung möglichen Schritte unternommen hatte, ob diese Alternative überhaupt vorlag oder die Völker erst die Erfahrungen von Coventry, Brest und Pearl Harbor machen mußten, um sich von der Notwendigkeit eines geschlossenen Auftretens überzeugen zu lassen.

Man sollte sich jetzt aber auch der dritten Spitze des Mächte-Dreiecks zuwenden. Im Westen wird manchmal auch der Sowjetunion Schuld am Krieg gegeben. Einige Worte und Handlungen Stalins und seiner Umgebung bestätigen dies mehr oder minder. Die sowjetische Außenpolitik wurde von Lenin und seinen Kampfgefährten nach Beendigung des Bürgerkriegs und der Intervention geprägt. Ende 1920 verzichtete Lenin, entgegen der Meinung der Mehrheit in der Partei, auf die These, die Welt befände sich kurz vor Ausbruch der Revolution und formulierte den Gedanken von der friedlichen Koexistenz zweier Gesellschaftssysteme. Er sah diese Koexistenz nicht nur als eine Atempause, sondern als eine langwährende Entwicklungsphase. Noch zu Lebzeiten Lenins wurde dieser Gedanke beispielsweise im Auftreten der sowjetischen Delegation auf der Konferenz von Genua und im Abschluß des Rapallo-Vertrages 1922 mit Deutschland praktiziert. Diese Politik der Koexistenz hatte organische Verbindung zur Neuen Ökonomischen Politik (NEP): Die Wechselbeziehungen zweier Systeme wurden nicht nur auf den Bereich der Politik eingeschränkt, sie sahen auch Handel, Konzessionen, konvertierbare Währung u. a. vor. Nicht von ungefähr wurde die Politik der Koexistenz und NEP den fundamentalen Gesetzen der Epoche zugerechnet.

Stalin und seine Umgebung jedoch interpretierten diese Prinzipien auf ihre Art bzw. verwarfen sie einfach, obwohl sie in der Außenpolitik sonst mehr Umsicht walten ließen. Stalin, der seine Despotie mit der Flagge des Marxismus-Leninismus tarnte,

konnte nicht offen militaristische Positionen beziehen. Nach dem Weltkrieg und dem Blutvergießen der Jahre 1914–1922 war der Gedanke an Krieg in der sowjetischen Bevölkerung wenig populär. Zu alledem gab es außerhalb des Landes sehr vieles, worauf Stalin keinen Einfluß zu nehmen vermochte und hier also nicht den „großen Umschwung“ bewerkstelligen konnte. Die Leninsche Tradition dominierte in der sowjetischen Außenpolitik; Čičerin und Litvinov waren es, die sie unmittelbar umsetzten. Sie konnten mit der Unterstützung Bucharins, Rykows und in Militärkreisen mit der Tuchačevskijs rechnen. Ihre Bemühungen waren auf die Zusammenarbeit mit allen Staaten und gesellschaftlichen Kräften, die den Frieden wahren wollten, gerichtet. Mit dem Erscheinen der „have-nots“ auf der Weltbühne wurde der Aufbau kollektiver Sicherheit zur Hauptaufgabe der UdSSR. Zu ihren Aktivposten zählen hier ihr Beistandspakt mit Frankreich, der Tschechoslowakei u. a.

Diese Realpolitik hat durch den Kurs Stalins stark gelitten. Seine Ausgangspunkte waren die Thesen von der Unvermeidlichkeit eines weiteren Weltkrieges, einer neuen antisowjetischen Intervention, dem nahen Ende des Kapitalismus und dem Sieg der Revolution in anderen Ländern. Seinen Weg der forcierten, mit brutalen Methoden durchgeführten Industrialisierung rechtfertigte Stalin mit der drohenden Kriegsgefahr. Sie bestand tatsächlich, aber nicht permanent. Die UdSSR war zwar von kapitalistischen Staaten umgeben, aber sie waren ihr nicht alle gleichermaßen feindselig gesinnt. Noch Lenin rief dazu auf, sich auch an pazifistischen bürgerlichen Kreisen zu orientieren. Aber das Leninsche Geschick für politische Blockbildungen und Kompromisse (der Frieden von Brest-Litovsk mit Deutschland, der Friede von Riga mit Polen) mußte allmählich dem primitiven und erfolglosen Schema „Wer nicht mit uns ist, der ist unser Feind, der muß fallen“ weichen.

Stalin und seine Berater hatten nicht die Gabe, die Welt so zu sehen, wie sie tatsächlich war. Da sie von der Beschaffenheit des modernen Kapitalismus falsche Vorstellungen hatten, sprachen sie ihm generell den Friedenswillen ab. Wunschbilder wurden als Realität ausgegeben, Erfolge der UdSSR und der Befreiungsbewegungen übertrieben. Informationen, vor allem ausländische, wurden nach diesen Vorstellungen „aufbereitet“ und verloren damit an Objektivität. Die Suche nach neuen Wegen und entsprechende politische Initiativen galten als ketzerisch. Viele Alternativen, die sich in der Vorkriegszeit anboten, wurden ausgeschlagen.

Von großem Nachteil war auch, daß man die Spezifik des Faschismus nicht begriff: Stalin hielt die falsche These Zinovevs von der Identität des Faschismus als der gefährlichsten Form des Imperialismus mit der Sozialdemokratie aufrecht und verpflichtete ihr im Prinzip alle Kommunisten. Im September 1924 bezeichnete Stalin die Sozialdemokraten als den „gemäßigten Flügel des Faschismus“. Neben diese „Zwillingsbrüder“ stellte er die Pazifisten, denen er alle humanitären Möglichkeiten absprach. Er warf den Parteien der II. Internationale vor, sie seien „Sklaven des Imperialismus“. In seiner Rede zur internationalen Lage auf dem 18. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) machte Stalin selbst zwischen der Politik der Westmächte und der Achsenmächte keinen wesentlichen Unterschied.

Mit einigen seiner Reden gab Stalin zu Vorwürfen Anlaß, daß er die ausländischen Staaten gegeneinander aufhetzen wollte, so 1925 mit der These vom „entscheidenden Gewicht“, das er im kritischen Moment eines Krieges zwischen Imperialisten in die Waagschale werfen wollte, um als Sieger hervorzugehen. Dabei erwähnte er beiläufig die Friedenspolitik der UdSSR. Sein Hauptgedanke war jedoch ein anderer: „Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden auftreten müssen, allerdings zuletzt auftreten.“ In Wirklichkeit hatte Stalin nur eines damit erreicht, nämlich daß diese These seit Jahrzehnten erfolgreich gegen die Sowjetunion verwendet wird. So behauptete A. Hillgruber – eingedenk der Worte Stalins über „das entscheidende Gewicht“ –, daß der „Diktator“ bestrebt gewesen wäre, die „nichtrevisionistischen kapitalistischen Mächte als folgsame Ausführer seines Willens“ gegen die faschistischen Mächte auszuspielen. Daher, folgerte der Autor zu Recht, rührte das Mißtrauen gegenüber der UdSSR.

Entgegen Stalins unverantwortlichen Überlegungen spielten die Rolle des „lachenden Dritten“ im Zweiten Weltkrieg leider andere. Mein Land hatte bei Kriegsausbruch, hauptsächlich durch Stalins Schuld, keinen einzigen Verbündeten und geriet daher sofort in eine ausgesprochen schwierige Lage. Es hatte die Hauptlast der später entstandenen Anti-Hitler-Koalition zu tragen. Die Wehrmacht mußte an der Ostfront mehr als 70 Prozent ihrer Verluste hinnehmen.

Natürlich ließ es Stalin nicht nur bei Überlegungen bewenden, die hier teilweise schon vorgestellt worden sind. Er unternahm auch Schritte, die man losgelöst von diesen Überlegungen nicht zu begreifen vermag. Die Positionen von friedliebenden

Kräften in der ganzen Welt wurden durch die Aktivitäten Stalins und seiner (nicht nur sowjetischen) Anhänger in der Komintern stark geschwächt. Nach dem Tode Lenins fand eine ungerechtfertigte Einmischung in innere Angelegenheiten von Parteien statt; eine fremde politische Linie wurde ihnen aufgezwungen. Stalin und seine Mitäter haben sich der Repressionen gegen viele Aktivisten der kommunistischen Bewegung und sogar gegen ganze kommunistische Parteien schuldig gemacht. Er ist auch schuld daran, daß man den 1935 auf dem VII. Komintern-Kongreß verurteilten Dogmatismus in der Praxis nur zu langsam ausmerzte. Dieses Verhalten wiederum stand der Entstehung einer Volksfront im Wege. Stalin hatte den größten Teil des Apparats der Komintern in sein Werkzeug verwandelt. Aber die Komintern waren in erster Linie ausländische Parteien, die sich durchaus nicht alle Stalins Diktat gebeugt hatten. Es sei an dieser Stelle an gemeinsame Aktionen von Kommunisten Österreichs und Frankreichs mit den Sozialisten, an die Beschlüsse des VII. Komintern-Kongresses und an den Beitrag der Kommunisten – zusammen mit anderen Demokraten – zur Vernichtung des Faschismus erinnert.

Stalin war außerstande, sich grundsätzlich Gedanken von Marx, Engels und Lenin über die Dialektik des Allgemeinmenschlichen mit dem Klassenbedingten anzueignen. Der humanitäre Bereich war nahezu in Vergessenheit geraten, so daß so wichtige Kampfmittel gegen den Krieg wie die Abscheu vor Gewalt, Angst vor neuem Gemetzel, die in Europa nach dem Weltkrieg noch vorherrschten, sowie die pazifistischen Bewegungen ignoriert wurden. Sehr bezeichnend sind in diesem Zusammenhang die Aussagen herausragender Schriftsteller und Humanisten. Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges schrieb Romain Rolland in sein Tagebuch über die UdSSR: „Dort hat sich ein Regime absoluter, unkontrollierter Gewalt, ohne auch nur eine Spur von Garantien der elementarsten Freiheiten etabliert... Ich unterdrücke in mir das Bedürfnis, darüber zu reden und zu schreiben... , damit meine Worte Irrsinnigen in Frankreich und in der ganzen Welt nicht als vergiftete Waffen für die schlimmsten verbrecherischen Ziele dienen.“ Thomas Mann notierte am 23. November 1941 in seinem Tagebuch: „Man sah der neuen, irgendwie kommunistischen Welt, wie sie sich andeutete, mit Sympathie entgegen. In die Hände welches Halunken ist ihre Bewerkstelligung geraten!“ Zugleich sprach Thomas Mann in seinen Radiosendungen mit großer Achtung vom Heldenmut des sowjetischen Volkes.

II.

Von allen Handlungen Stalins in der Vorkriegszeit sind sein Pakt mit Hitler vom 23. August 1939 und die damit verbundenen Aktivitäten die umstrittensten. Dieses Thema steht nach wie vor auf der Tagesordnung vieler internationaler politischer und wissenschaftlicher Konferenzen. Besondere Bedeutung kommt dem Streit darüber zu, ob die geheimen Zusatzprotokolle tatsächlich existierten. Eigentlich ist er scholastisch, denn die Quintessenz der Protokolle war noch im September 1939 in der Presse offengelegt worden. Die Dokumente über die Demarkationslinie zwischen sowjetischen und deutschen Truppen an den Flüssen Pissa, Narew, Weichsel und San wurden in der Sowjetunion sofort nach dem Einrücken der Roten Armee in die westlichen Gebiete der Ukraine und Weißrußlands veröffentlicht. Direkt oder indirekt zeugten auch zahlreiche andere Fakten der Geschichte von der Existenz des Geheimabkommens, so z. B. der Abzug der deutschen Armee aus den von ihr besetzten Gebieten (Brest u. a.) und Einmarsch der Roten Armee dort. All dies hindert einige sowjetische Historiker jedoch nicht daran, die Existenz der geheimen Zusatzprotokolle zu leugnen, wie auch den Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR zu dieser Frage zu mißachten⁴⁾.

Wie schon damals Stalin behaupten diese Autoren, daß sich der Sowjetunion 1939 außer den Verträgen mit Deutschland keine annehmbare Alternative bot, obwohl sich eigentlich niemand bislang ausschließlich mit dieser Frage befaßt hat. Es hat bis heute auch niemand den Beweis erbracht, daß die Sowjetunion ihre Verhandlungsmöglichkeiten mit England und Frankreich – sogar bei gleichzeitiger Fortführung der Gespräche mit Deutschland – voll ausgeschöpft hätte; daß ohne Zustimmung der polnischen Regierung zum Durchmarsch der sowjetischen Truppen eine militärische Übereinkunft mit diesen Staaten ausgeschlossen war; daß die UdSSR bei Verzicht auf ein Abkommen mit Deutschland sofort von den faschistischen oder sogar den vereinten bürgerlichen Staaten überfallen worden wäre; daß der Nichtangriffspakt mit Deutschland sich unbedingt zu dem odiosen Freundschaftsvertrag auswachsen mußte; daß eine vollständige Neutralität der UdSSR nicht möglich war.

Im Lichte der neuen Erkenntnisse klingen die alten Behauptungen, Stalin sei „gezwungen“ gewesen, sich für ein Abkommen mit Hitler zu entscheiden, naiv – es war ein Vertrag gleichberechtigter

Partner. Einseitig oder schlicht falsch sind auch die Aussagen über „Sondierungen“ und Hitlers „Ultimatum“. Der sowjetische Wissenschaftler Dašičev hat aufgezeigt, daß unmittelbar nach dem Münchener Abkommen beide Diktatoren begannen, aufeinander zuzustreben. Es ist auch absurd, Stalins These wieder aufzugreifen, der Krieg sei vom Weltimperialismus mit England an der Spitze „ursprünglich als Krieg gegen die Sowjetunion“ geplant worden. Den Zweiten Weltkrieg hat der faschistische Block, angeführt von Deutschland, vorbereitet und ausgelöst; der Krieg richtete sich nicht ausschließlich gegen die UdSSR.

Die sowjetisch-deutschen Pakte von 1939 stehen in einer Reihe mit dem Münchener Abkommen. Stalin hat den „Appeasement“-Kurs aufgenommen und fortgesetzt. Sowohl in München als auch in Moskau sind nichtaggressive Großmächte – auf Kosten der Unabhängigkeit von kleineren Staaten und einander zum Nachteil – mit dem Aggressor handelseinig geworden. Was nicht dahingehend ausgelegt werden kann, daß der Pakt vom 23. August 1939 Hitler grünes Licht für den Krieg gab. In Deutschland sind wichtige Materialien veröffentlicht worden, die zeigen, daß Hitler den Angriff auf Polen spätestens zum 1. September – lange vor der Unterzeichnung des Paktes und unabhängig davon – festgelegt und gebilligt hatte. Diese Entscheidung erfolgte nach Gewährung der britischen Garantien für Polen, denen Hitler nach München keinen allzu großen Wert beimaß. Außerdem war die Sowjetunion in die regionalen Kriege, die dem Weltkrieg vorausgingen und ihn vorbereiteten, nicht verwickelt.

Die Bedeutung der sowjetisch-deutschen Verträge wird tendenziös überbewertet. Man stellt zwischen ihnen und der gesamten Geschichte – angefangen mit dem Stalinschen konterrevolutionären Umsturz an der Wende zu den dreißiger Jahren bis zum Fall der Berliner Mauer 1989 – eine künstliche Verbindung her. Diese tendenziöse Haltung wird noch dadurch bestärkt, daß Stalin und seine Nachfolger die Verträge in Politik und Historiographie verfälscht haben. Bis heute wird dieses unzureichend erforschte Thema von Gegnern der Union der Sowjetrepubliken und ihres sozialistischen Wegs mit Bedacht ausgenutzt. Es scheint zumindest zweifelhaft, eine direkte Verbindung zwischen den Stalin-Hitler-Verträgen und der Wiedereingliederung Lettlands, Litauens und Estlands in die UdSSR herstellen zu wollen. Ohne die stalinistischen Verbrechen gegen die Bevölkerung dieser

⁴⁾ Vgl. z. B. Voenno-istoričeskij žurnal, (1990) 12, S. 42.

Länder beiseite schieben zu wollen, bin ich dennoch der Ansicht, daß 1918 die Regierungskreise dort – als sie unter deutscher Okkupation den Austritt aus Rußland vollzogen – auf die Meinung ihrer Völker genauso wenig Rücksicht nahmen wie 1940, als sie den Ultimaten Molotovs Folge leisteten.

Es gibt zwei extreme Standpunkte: den traditionellen Stalinschen und den nicht minder einseitigen der Separatisten. Unter der Flagge der Volksverbundenheit lassen sie Jahrhunderte gemeinsamen Lebens der Völker in Rußland/UdSSR völlig außer acht. Das Gesagte gilt auch für die Wiedervereinigung Bessarabiens. Bislang sind diese Probleme von extrem ideologischen Gesichtspunkten aus behandelt worden; ihre wissenschaftliche Erforschung, frei von politischen Ambitionen, steht noch aus. Ein präziseres Urteil kann man bereits heute über die Wiederangliederung der ehemaligen westlichen Gebiete der Ukraine und Weißrußlands, die 1920 von Polen annektiert wurden, abgeben, die viele Historiker und Politiker verschiedener Orientierung in der ganzen Welt für gerecht erachten. Von der „Teilung“ Polens kann nur dann gesprochen werden, wenn man die von Ribbentrop und Molotov festgelegte Abgrenzung der beiden Armeen voneinander durch die Weichsel meint. Tatsächlich verlief die Demarkationslinie aber im September 1919 den Bug entlang, d. h., eine ethnische Grenze zwischen Polen einerseits und der Ukraine mit Weißrußland andererseits wurde wiedererrichtet. Mit derselben Sicherheit ist andererseits die Feststellung zu vertreten, daß der „Winterkrieg“ Stalins gegen Finnland eindeutig ein ungerechter Krieg war.

Auch in der Erforschung anderer Aspekte der Verträge von 1939 steht die Historiographie ebenfalls am Anfang. Wem waren sie von Nutzen? Nach Stalin dienten sie ausschließlich der Sowjetunion; aber bereits jetzt steht fest, daß dem nicht so war. Die Konservativen in der UdSSR verteidigten besonders eifrig die These, die Verträge hätten die Bildung der Anti-Hitler-Koalition vorbereitet. Allerdings kann so ein Gedanke nur autoritärem Denken entstammen, daß man mit dem Faschismus eine Übereinkunft erzielt, um sich mit Antifaschisten zu verbünden. Die Entstehung der Koalition 1942 ist vor allem auf Widersprüche zwischen zwei Gruppierungen in der kapitalistischen Welt zurückzuführen. Es gab keinen „glänzenden Sieg unserer Diplomatie“ am Vorabend des Krieges. Diese These hat der sowjetische Wissenschaftler N. G. Pavlenko mit Recht als „Dummheit“ bezeichnet.

Man wiederholt ferner Stalins Worte, daß der Anschluß von Gebieten die UdSSR Zeit gewinnen ließ. Ja, die Möglichkeit bestand, ebenso aber auch die Gefahr, daß man Aufmerksamkeit, Kräfte und Mittel auf die neu erworbenen Gebiete anstatt auf die Befestigung der alten Grenzen konzentrierte. Der Pakt hat die UdSSR nicht vor dem Angriff „gerettet“. Objektiv gesehen, hat er Hitler gestattet, den für die Aggression geeigneten Augenblick frei zu wählen. Der Pakt wirkte sich nicht nur auf die Genese des Krieges, sondern auch auf seinen Verlauf aus. So hat er eindeutig nicht dazu beigetragen, daß England und Frankreich ihre Positionen festigen konnten; ferner hat er keinesfalls die Widersprüche, die zum Krieg führten, verschärft. Ohne den Pakt wäre nach dem deutschen Überfall auf Polen das Eintreten der Westmächte in den Krieg sogar noch wahrscheinlicher gewesen.

Auf den ersten Blick scheinen einige andere Aktivitäten Stalins und seiner Umgebung für aggressive Absichten zu sprechen. So gab Stalin der Armee öffentlich die Parole aus, im Falle eines Krieges ausschließlich offensiv vorzugehen. Diesen Gedanken hat er auch in seiner Rede beim Treffen mit Absolventen von Militärakademien im Kreml am 5. Mai 1941 nachdrücklich betont. Ob das nun ein auf Hitler gemünzter Bluff war oder den realen Plänen entsprach, ist schwer zu sagen. Aber Historikern ist Genaueres bekannt. V. M. Kuliš und N. G. Pavlenko berichten davon, daß der angesehene Militär A. V. Chrulev im Verlaufe einer Begegnung in der Redaktion der Zeitschrift „Voenno-istoričeskij žurnal“ zu Beginn der sechziger Jahre folgendes erzählte: „Oben“ wurde der Vorschlag geprüft, die strategischen Reserven an die Wolga zu verlegen; es war ein vernünftiger Vorschlag. Mechlis (Chef der politischen Hauptverwaltung), der darin beinahe Defätismus zu sehen vermeinte, sprach sich entschieden dagegen aus. Seine Ansicht fand Stalins Unterstützung, und die Reserven wurden in Grenznähe untergebracht (gleich in den ersten Kriegstagen fielen sie in die Hände des Gegners). Spricht das für Präventivschlagpläne gegen Deutschland oder ist das nur ein banales Beispiel für militärische Ignoranz und Dogmatismus?

Dasselbe ist auch über die Dislozierung der Truppen in den westlichen Bezirken, worauf in der Regel Anhänger der Präventivschlaglegende verweisen, zu sagen. Man könnte tatsächlich einige wichtige Elemente dieses nicht vollendeten Aufmarsches der Truppen als offensiv auslegen. Ein Großteil der Truppen war im operativ-taktischen

Bereich entlang der Grenzen stationiert worden. An die Grenzen wurde ein Großteil der Waffen verlegt. Aber schon die ersten Kriegstage zeigten, daß die Armee weder zur Offensive noch zur Abwehr bereit gewesen war. In den letzten Jahren haben D. A. Volkogonov, V. V. Karpov und andere Historiker unter Hinweis auf Archive von Žukovs „Vorschlag“ berichtet, einen Präventivschlag gegen die in der Nähe der sowjetischen Grenze stationierten deutschen Truppen auszuführen. Dieser Gedanke läßt sich auch aus den Erinnerungen einiger sowjetischer Heerführer wie z. B. A. I. Eremenko herauslesen. Der Entwurf eines solchen Dokuments existiert tatsächlich; er trägt aber nicht die Unterschrift des Generalstabschefs, und es bleibt ungewiß, ob diese Idee Stalin vorgetragen worden war. Man muß offenbar von der Ausarbeitung verschiedener Varianten ausgehen; das ist die Aufgabe eines jeden Generalstabs. Gleichwohl betrieb, insgesamt gesehen, der absolute Herrscher Stalin im Sommer 1941 zweifelsohne Defensivstrategie.

Des weiteren darf man nicht von strategischen Überlegungen für Kampfhandlungen und anderen rein militärischen Faktoren auf politische Ziele eines Staates schließen. Der deutsche Historiker M. Messerschmidt unterstreicht: „Aus der Dislozierung der Roten Armee kann allein nicht auf Angriffsabsichten 1941 geschlossen werden.“⁵⁾ Theoretisch läßt sich dieser Gedanke bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Einer der größten Militärhistoriker, H. Jomini – der in der Schweiz, Frankreich und Rußland gewirkt hatte –, widmete ein Kapitel seines Hauptwerks den „Verteidigungskriegen im politischen, jedoch Angriffskriegen im militärischen Sinne“. Die Schlußfolgerungen über die Art des Krieges, ob gerecht oder verbrecherisch, zog der Autor aus den politischen Zielen, nicht aber aus der Art des militärischen Handelns⁶⁾.

Die am 22. Juni 1941 von Hitler begonnene Aggression kann nicht damit gerechtfertigt werden, daß Stalin irgendwann einmal Deutschland hätte angreifen können. Die faschistische Aggression hatte tiefe imperialistische Wurzeln. Von diesem Standpunkt aus kann man die Ansicht K. Hildebrands, daß die militärischen Ziele der UdSSR und Deutschlands in den Jahren 1939–1941 jeweils „autonom und doch zwillingshaft gleich“⁷⁾ waren,

5) In: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1989) 9, S. 1073.

6) Vgl. A. Žomini, *Kratkoe načertanie voennogo iskusstva*, St. Peterburg 1840, S. 33 und 38.

7) In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, (1986) 2, S. 89.

nicht so stehen lassen. Waren die annexionistischen Ziele Hitlers nicht nur weithin bekannt und in vielen Bereichen auch bereits verwirklicht worden (Eroberung von nahezu ganz Europa), so konnte man Stalins Ziele 1939–1941 lediglich erahnen.

In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, daß in der sowjetischen Publizistik der letzten Jahre die These aufgetaucht ist, der Krieg sei „nicht ums Überleben des sowjetischen Volkes, sondern um die Wahrung und Festigung der diktatorischen Macht Stalins“ geführt worden. Real gesehen, war der Faschismus weit mehr als nur eine Bedrohung für Stalin, sein Leben und seine Macht. Der Krieg gegen den Faschismus ist daher ganz gewiß zu Recht zum „Vaterländischen Krieg“ erklärt worden. Die Ziele Stalins und des Volkes stimmten unter jenen konkreten Bedingungen noch überein, aber die Vernichtung des Faschismus wendete eben nicht nur die Gefahr der Abhängigkeit ab, sondern brachte auch die Festigung der Tyrannei in der Sowjetunion mit sich.

Die Verfasser der aufgeführten These – Stalin habe den Krieg zur Festigung seiner Macht gebraucht – betrachten das Phänomen, entgegen den Forderungen der Dialektik, statisch. Stalins Ziele wechselten jedoch – von panischer Angst über die Bereitschaft zum schändlichen Separatfrieden im Jahre 1941 bis zur Forderung nach bedingungsloser Kapitulation und imperialen Ambitionen 1945. Diese Autoren bringen nicht die Gabe mit, Widersprüche zu vereinbaren. Denn die Taten Stalins dürfen nicht die heroische Tat von Millionen von Menschen in den Schatten stellen.

Begründeter erscheinen da die Einschätzungen H.-A. Jacobsens. Zur Erinnerung: Er lehnte die These von Eroberungsplänen Stalins im Sommer 1941, allerdings mit Vorbehalt, ab. Die neueste Kritik am Stalinismus verleiht diesem Vorbehalt durchaus Gewicht, obwohl anhand der Quellenlage nicht mit letzter Sicherheit behauptet werden kann, daß Stalin Deutschland bei erstbestener Gelegenheit überfallen hätte. Zum jetzigen Zeitpunkt kann lediglich davon gesprochen werden, daß die unkluge, verbrecherische Politik Stalins, Molotovs und der anderen politischen und militärischen Berater die faschistische Aggression provoziert und beschleunigt hatte. Der Überfall wäre nicht – zumindest nicht im Sommer 1941 – erfolgt, wenn Stalin und seine Helfershelfer nicht kurz vorher die Rote Armee und die Rüstungsindustrie ihrer Spitze beraubt hätten und das Abenteuer Stalins in Finnland Hitler nicht endgültig im Glauben bestärkt hätte, die Kampffähigkeit sowjetischer

Truppen habe stark nachgelassen. Als Ermunterung diente Hitler auch, daß Stalin selbst ein Mindestmaß an Vorkehrungen unter der Devise „kei-

nen Anlaß zu geben“ untersagte, ebenso wie andere direkte und indirekte Konzessionen gegenüber den Faschisten.

III.

Der 22. Juni 1941 nimmt in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs eine Schlüsselposition ein. Eine neue Phase des Krieges begann, obwohl sie nicht sofort als solche zu erkennen war. In den ersten Monaten verlief der Ostfeldzug der Wehrmacht nach dem üblichen Schema; sie befolgte wie immer ihr Konzept der Blitzkriege. Gerade auf sie setzte man die größten Hoffnungen, da Deutschland wegen knapper wirtschaftlicher und menschlicher Ressourcen für einen langen Krieg nicht gerüstet war. Vertreter der deutschen militärischen Führung, die gesunden Menschenverstand besaßen, hatten bereits während der ersten Kämpfe begriffen, daß die Wehrmacht es im Osten mit einem vollkommen andersgearteten Gegner zu tun hatte. Nichtsdestoweniger begleitete die Deutschen auch hier zunächst ein schwindelerregender Erfolg. Womit läßt sich dies erklären? Meiner Meinung nach vor allem mit dem überraschenden Angriff.

Vorab sollten wir uns jedoch auf Definitionen einigen. Stalin war bestrebt, dem Volk den Gedanken des Überraschungsangriffs zu suggerieren. Als er jedoch den Begriff „Überraschung“ in seiner herkömmlichen Bedeutung benutzte, um seine Kapitalfehler zu rechtfertigen, log er. Apologeten des Stalinismus betonen auch heute noch vor allem die wortbrüchige und überraschende Art des Überfalls⁸⁾ (als ob man von Faschisten eine in der zivilisierten Welt übliche Kriegserklärung hätte erwarten können!). Genauso wie Stalin vermeiden sie, präzise zu definieren, was unter „Überraschung“ zu verstehen ist. Nach Ansicht einiger Autoren waren sowjetische Führer durchaus nicht dem Irrtum verfallen, zu glauben, ein Krieg mit Deutschland ließe sich vermeiden; Stalin bezweifelte allerdings, daß Hitler es wagen würde, einen Krieg zu beginnen. Andere wiederum meinen, daß Stalin fest daran glaubte, das Unheil abwenden zu können. Es gibt auch den Standpunkt, daß von Überraschung keine Rede sein konnte, da die UdSSR allseitige Abwehrvorkehrungen traf. Es kam auch die Behauptung auf, die nicht einmal Stalin für sich in Anspruch zu nehmen wagte, daß die „Geschichte“ der UdSSR zu wenig Zeit gelassen hätte.

⁸⁾ Vgl. z. B. Voenno-istoričeskij žurnal, (1991) 2, S. 10.

In Wirklichkeit verhielt es sich damit jedoch so, daß sehr viele – von Stalin bis zu Millionen von Rotarmisten und friedlichen Bürgern in den westlichen Grenzbezirken – nicht nur um die allgemeinen politischen Ziele Hitlers in Osteuropa, sondern auch um die direkt auf die Sowjetunion zielenden Absichten der Wehrmacht wußten. Es war allerdings nicht erlaubt, daran zu glauben, und Äußerungen darüber wurden geahndet. Wie dem auch sei, der Überfall war eine Überraschung mit der man gerechnet hatte. Der wirkliche Überraschungseffekt lag woanders: Ein Großteil der Truppen war nicht gefechtsbereit. Der Kriegsausbruch überraschte die Armee in Kasernen oder Zeltlagern, zum Zeitpunkt des Überfalls schliefen viele ganz einfach. Das war die beste Methode, die Truppen in den Tod oder die Gefangenschaft zu schicken. Die Überraschung lag darin, daß sich Stalin und seine Gruppe am Vorabend des Überfalls und danach im Schockzustand befanden. Alles in allem waren sie außerstande, die militärische Lage, den Gegner und seine Absichten adäquat einzuschätzen.

Darüber legen zahlreiche, der Wissenschaft bereits bekannte Fakten Zeugnis ab. So war es der Wehrmacht gelungen, die sowjetische Führung hinsichtlich ihrer Angriffsschwerpunkte und darüber, daß sie hier über eine sechs- bis achtfache Überlegenheit verfügte, zu täuschen. Das konnte jedoch nur geschehen, weil Stalin die rechtzeitige und zutreffende Lagebeurteilung des Generalstabs verwarf, die davon ausging, daß der Hauptstoß im Westen erfolgen würde. Stalin und seine Berater haben vor dem Angriff nicht das erforderliche Mindestmaß an Vorkehrungen getroffen, und sie zeigten sich danach vollkommen verwirrt. Es sei beispielsweise nur an die absurde Weisung Nr. 2 vom 22. Juni 1941 erinnert, die Grenzüberschreitungen untersagte. Die Rote Armee zog sich beinahe an der ganzen Frontlinie zurück, die Wehrmacht war auf dem Vormarsch, und Moskau bewegte nach wie vor die Sorge, „keinen Anlaß zu geben“. Erst gegen Mitternacht des 22. Juni 1941 erhielten die Militärbezirksstäbe den Mobilisierungsbefehl des Generalstabes. Aber auch hier erging die Warnung, „sich nicht provozieren zu lassen“. Von oben kamen jedoch auch ganz anderslautende Anordnungen. Am 22. Juni 1941 um 21.15 Uhr unter-

schrieb der Volkskommissar für Verteidigung die Weisung Nr. 3, die lautete, der Feind sei zu vernichten und die Kampfhandlungen auf sein Territorium zu verlegen.

Die Berichte über Stalins Verhalten in den ersten Kriegstagen sind widersprüchlich. Meiner Ansicht nach hat I. S. Isakov das zutreffendste Urteil abgegeben; der Admiral berichtet über Stalin, daß dessen Zustand an hochgradige Erschöpfung begrenzt habe. Andere Augenzeugen beschreiben eine seelische Erschütterung oder sogar einen ganz gewöhnlichen Trinkexzeß. Die Armee war im Untergang begriffen, und der „Große Feldherr“ wartete in der Sicherheit seiner Datscha in Kunccevo ab. Das ganze Hauptquartier, erinnert sich Chrulev, konnte sich in den ersten Wochen nicht von seinem Lähmungszustand befreien. Diese Eindrücke versucht man mit Hinweisen auf Stalins Besucherheft für den 21.–28. Juni 1941 zu widerlegen. Dazu sei angemerkt, daß dieses von Stalins Sekretär geführte „Heft“ nicht als zuverlässige Quelle gelten kann, da darin Eintragungen fehlen. Und das Allerwichtigste ist – viele Entscheidungen, die in der „Kunccevo“-Woche fielen, sind, weil sie unbrauchbar waren, nicht zur Ausführung gekommen oder einfach verworfen worden. So verfuhr man etwa mit dem Beschluß des Rates der Volkskommissare der UdSSR und des ZK der VKP(B) vom 23. Juni 1941 über die Ernennung S. K. Timošenkos zum Leiter des Hauptquartiers des Oberkommandos der Streitkräfte. Bereits am 10. Juli übernahm Stalin persönlich die Leitung des Hauptquartiers. Dem „Führer“ fiel es offensichtlich schwer, seinen Platz innerhalb der militärischen Führung zu finden. Darin zeigt sich ebenfalls die Überraschung des Angriffs. Ein anderes Beispiel: Die am 24. Juni festgelegte Zusammensetzung des Rates für Evakuierung wurde schon am 16. Juli wesentlich abgeändert⁹⁾.

Sehr plastisch werden die „Niedergeschlagenheit“ und die Hilflosigkeit Stalins und seiner Umgebung am Vorabend sowie zu Beginn des Krieges in den Erinnerungen des Generals L. M. Sandalov, der Marschälle N. N. Voronov, K. S. Moskalenko und K. K. Rokossovskij gezeichnet. Vor kurzem sind Angaben veröffentlicht worden, nach denen die meisten Befehlshaber der westlichen Grenzbezirke über den Plan zur Verteidigung der Staatsgrenze und den Aufmarsch der Truppen vor Beginn der Kriegshandlungen nicht informiert waren. Aufschlußreich ist eine ganze Serie von Befehlen, die in den ersten Kriegsmonaten aus der Feder von

Stalin, Timošenko, Žukov und den anderen Berater Stalins kamen. Da ist der berühmt-berüchtigte Befehl Nr. 270 über in Gefangenschaft geratene Rotarmisten. Er verletzte elementare Prinzipien des Völkerrechts, die in der zivilisierten Welt geltenden Kriegskonventionen. Ähnlich kritisch war der Zustand des „Führers“ im Oktober/November 1941 während der Schlacht um Moskau. Žukov schreibt: „Stalin sah so verwirrt aus wie nie zuvor.“¹⁰⁾

Die unmittelbaren Folgen des Überraschungsangriffs waren katastrophal. Dem Gegner das Überraschungsmoment abzutreten, war schon immer ein Geschenk für ihn. Aber etwas dem 22. Juni 1941 Vergleichbares kannte die Kriegsgeschichte bis dahin nicht. Es handelt sich nicht nur darum, daß der Gegner mit dem Erstschlag die Initiative an sich riß. Er hatte innerhalb einiger Monate fast 90 Prozent der in den westlichen Bezirken stationierten Truppen, d. h. die Basis der Kaderarmee, vernichtet. Ihm fielen ungeheure Mengen an militärischer Ausrüstung und Reserven in die Hände¹¹⁾, er eroberte Raum, das Kräfteverhältnis wandelte sich radikal. Im Unterschied zum Jahre 1812 fand sich im Land kein Heerführer, der einen mit geringen Verlusten verbundenen Rückzug hätte veranlassen und die Armee vor dem Untergang retten können. Die unzähligen Anstrengungen des Volkes für die Landesverteidigung waren damit fast völlig vergeblich geworden. Einen Überraschungsangriff des Gegners zuzulassen, bedeutet eigene Positionen aufzugeben, die Schlüssel zur belagerten Festung zu überreichen, den Feind ins Landesinnere zu lassen. Eben das führte zu gigantischen Verlusten in der Zivilbevölkerung der UdSSR (nach meinen Berechnungen ca. 13 Millionen). Manche Gebiete des Landes wurden zweimal, sogar viermal von der schrecklichen Walze des Kriegsgeschehens überrollt. Den Faschisten bot sich die Gelegenheit, zur Verwirklichung ihres „Generalplans Ost“ zu schreiten.

Die Folgen der „Überraschung“ blieben nicht nur auf die Phase des Angriffs beschränkt. Ihre schreckliche Spur zog sich über den ganzen Krieg hinweg, war noch Jahrzehnte später bemerkbar. Die Überraschung und ihre Folgen blieben auf die Stalinsche Kriegsführung nicht ohne Wirkung. Unsachgemäße Amtsführung, Dogmatismus, Abenteuerismus, Bürokratismus und Grausamkeit waren nicht allein Stalin und nicht nur bis zum Herbst 1942 eigen, was einige Militärgeschichtler nachzu-

⁹⁾ Vgl. Izvestija CK KPSS, (1990) 6, S. 196–197, S. 216; Izvestija CK KPSS, (1990) 7, S. 213.

¹⁰⁾ 1418 dnei vojny, Moskau 1990; Voenno-istoričeskij žurnal, (1989) 3, S. 62–69.

¹¹⁾ Vgl. Voenno-istoričeskij žurnal, (1990) 3, S. 15.

weisen trachteten. All dies führte zu gigantischen Gefechtsverlusten, die vier bis fünf Mal größer waren als die deutschen. Das wirkte sich für die

weitere Entwicklung der Sowjetunion in den Bereichen Wirtschaft, Demographie, Psychologie, Politik und Verteidigung unheilvoll aus¹²⁾.

IV.

Ganz natürlich stellt sich da die Frage, wer die Verantwortung für die „Überraschung“ trägt. Stalin wies die Schuld – Gebote des gesunden Menschenverstandes mißachtend – der Niedertracht der Faschisten, der Gutmütigkeit des sowjetischen Volkes und desgleichen mehr zu. In Wirklichkeit kann es ohne Fehlkalkulationen bei der Führung der sich verteidigenden Seite eigentlich zu keiner Überraschung kommen. In einer demokratischen Gesellschaft wäre sie zweifellos vor Gericht gestellt worden; in der sowjetischen Autokratie jedoch hatte die Sache mit der Erschießung der Befehlshaber der Westfront ihr Bewenden. Mit der grausamen Bestrafung zweitrangiger Personen wollten Stalin und seine Clique sich eine Rechtfertigung verschaffen. In einem Land ohne jedwede Opposition, das sich in einer schwierigen Kriegslage befand, wurde die Frage nach den Hauptschuldigen nicht einmal gestellt. Wie die böse Ironie des Schicksals es wollte, standen sie weiter an der Spitze des kämpfenden Volkes und der Armee. Wer aber sind denn nun die Schuldigen?

Ich kann die Meinung des Dichters K. M. Simonov von „der Verantwortlichkeit der Gesellschaft, unserer eigenen Verantwortlichkeit“ nicht teilen. Verantwortlichkeit kann nicht allgemein und verschwommen sein. Wenn alle verantwortlich sind, gibt es keine Schuldigen! Die Hauptschuld für die verbrecherischen Fehleinschätzungen und Handlungen liegt bei Stalin, Molotov und den anderen engsten Beratern des „Führers“. Die „sorglose Gelassenheit“, die Stalin sowjetischen Menschen zum ersten Male am 3. Juli 1941 vorwirft, war in erster Linie ihm selbst eigen. Ein Anteil der Schuld fällt auf Timošenko und Žukov, die Stalin vom Ausmaß der Gefahr und von der Unzulänglichkeit seiner Haltung nicht zu überzeugen vermochten. Ebenso kann eine gewisse Verantwortung den Befehlshabern des sowjetischen Geheimdienstes und der westlichen Grenzbezirke nicht abgesprochen werden. Auch unter der Herrschaft von Willkür und Terror haben sie die vorhandenen Möglichkeiten – wie das Beispiel der baltischen und der Schwarzmeerflotte zeigt – nicht voll genutzt.

Es ist bekannt, daß alle Militärs, insbesondere nach den Repressionen 1937/1938, vor Stalin und seinen Günstlingen in der Armee wie Ždanov und Mechlis Angst hatten. In der Antike pflegte man zu sagen, daß es den allergrößten Mut beweise, dem Satrapen die Wahrheit zu sagen. Kann man einem Menschen zum Vorwurf machen, daß er einer Heldentat nicht fähig war? In diesem Fall stand aber die Existenz eines ganzen Volkes auf dem Spiel, und ich kann mich nicht der Ansicht Volkogonovs und einiger anderer Autoren anschließen, daß es „schwer ist, Schuldzuweisungen vorzunehmen“¹³⁾. Bislang ist es noch niemandem gelungen, irgendwelche überzeugenden Argumente zugunsten dieses Gedankens beizubringen. Auch die von Stalins Vertrauten gelieferten Argumente stehen auf schwachen Füßen¹⁴⁾. Žukov z. B. erwähnt seinen Glauben an die Unfehlbarkeit Stalins. Hatte sich denn aber das „militärische und politische Genie“ Stalin nicht schon vor dem 22. Juni, vor allem während des sowjetisch-finnischen Krieges, blamiert? Übrigens hat Žukov bis zu seinem Tode seinen „Patron“ fast vergöttert¹⁵⁾.

Zu der Last der Verantwortung für den Überraschungsschlag der Deutschen Wehrmacht kommt noch ein weiterer Umstand erschwerend hinzu: Das Problem des Erstschlags ist so alt wie Kriege selbst, wie die Literatur darüber. Darauf, daß im 20. Jahrhundert Kriege nicht mehr erklärt, sondern überraschend begonnen werden, hatte schon Lenin aufmerksam gemacht, als dessen Erben Stalin sich fortwährend apostrophierte. „Was ist ein Führer wert, der die Wachsamkeit seiner Armee einschläfert“, hatte Stalin selber ausgerufen¹⁶⁾. Dieser Gedanke fand in den dreißiger Jahren seinen Niederschlag in den sowjetischen Armeedienstvorschriften, er wurde von Militärwissenschaftlern in Arbeiten, auch anhand von Erfahrungen der Wehrmacht 1939–1941 und sogar der Roten Armee, z. B. in den Kämpfen am Chasan-See, entwickelt. Für alle militärischen Führer lag

¹³⁾ Zitiert nach: Urok daet istorija, Moskau 1989, S. 289.

¹⁴⁾ Vgl. z. B. Delo Berija. Plenum CK KPSS, 2–7 ijulja 1953 g., in: Izvestija CK KPSS, (1991) 2.

¹⁵⁾ Vgl. Maršal Žukov. Kakim my ego pomnim, Moskau 1988, S. 96; Pravda vom 20. 1. 1989.

¹⁶⁾ Zitiert nach: I. Stalin, Voprosy leninizma, Moskau 1935, S. 609.

¹²⁾ Ausführlicher dazu: Andrej Mercialov, in: Kommunist, (1990) 6.

die Bedeutung einer verschenkten Überraschung vollkommen klar auf der Hand.

Einer der zur damaligen Zeit angesehenen Parteifunktionäre, V. A. Trofimov, betonte in seinem militärstrategischen Buch „Kontury grjaduščej vojny“: „Mit den allerneuesten Kriegsmitteln sind mächtige Waffen für Luft- und Bodenangriffe geschaffen worden, wobei die Leistungskraft dieser Waffen bei Überraschungsangriffen um das Hundertfache steigt. Es muß übrigens festgestellt werden, daß alle bei uns in Anbetracht der gegenwärtigen Situation unumstritten einräumen, daß Faschisten die Sowjetunion plötzlich und unerwartet angreifen werden, daß daraus jedoch beileibe nicht alle die richtigen Schlüsse ziehen. Viele betrachten diese Schlußfolgerungen mit unheilvoller Gutmütigkeit und verharren aus irgendeinem Grunde bei der Überzeugung, daß sie sich in bezug auf irgendwelche anderen Staaten, aber nicht auf die UdSSR bewahrheiten wird. Diese seltsamen Menschen weigern sich zu glauben, daß es vor allem und gerade sie sein könnten, die der Donner einschlagender Bomben eines Tages aus dem Schlaf reißen wird.“ Im Jahre 1937 schickte der Autor sein Buchmanuskript an Stalin und wurde bald darauf erschossen¹⁷⁾.

Wußte denn Stalin überhaupt, daß ein Angriff vorbereitet wurde? Aufgrund zahlreicher Quellen kann man heute diese Frage eindeutig positiv beantworten. Die Versuche, die Haltung Stalins mit dem Hinweis auf widersprüchliche Informationen zu rechtfertigen, sind von vornherein vergeblich. Es gab objektive Meldungen aus den verschiedensten Quellen. Obwohl Stalins Repressionen dem sowjetischen Geheimdienst einen schweren Schlag versetzt hatten, tat dieser seine Pflicht. Leopold Trepper aus Paris, Richard Sorge aus Tokio, Harro Schulze-Boysen aus Berlin, H. Kegel aus der deutschen Botschaft in Moskau und viele andere Agenten haben beizeiten durchaus vollständige Informationen über die faschistischen Pläne geliefert. Stalin und seine Gruppe hatten zum mindesten ein halbes Jahr Zeit, die durchaus starke Armee gefechtsbereit zu machen. Mitteilungen desselben Inhalts gingen bei Stalin auch von den sowjetischen Botschaftern in Berlin, London und Washington, von Churchill, Roosevelt, Mao Zedong, ja sogar vom deutschen Botschafter in Moskau, Schulenburg, ein. Im April/Mai 1941 kamen Nachrichten über die bevorstehende Aggression aus allen mit Deutschland verbündeten Ländern. Bei seinem Besuch in Moskau im August 1942 erinnerte Churchill Stalin an sein Telegramm vom

¹⁷⁾ Zitiert nach: Moskovskaja pravda vom 26. 8. 1988.

April 1941. Er hätte keiner Warnungen bedurft, entgegnete Stalin. Er hätte gewußt, daß ein Krieg beginnen würde, allerdings damit gerechnet, noch ungefähr sechs Monate Zeit zu gewinnen.

Vor Kriegsbeginn hatte der „Große Strategie“ jedoch noch etwas anderes von sich gegeben. Am 17. Juni 1941 unterrichtete der sowjetische Geheimdienst NKGB Stalin: „Die Quelle im Stab der deutschen Luftwaffe teilt mit: Deutschland hat die militärischen Maßnahmen für einen bewaffneten Angriff auf die UdSSR vollständig abgeschlossen, der Schlag kann jederzeit erfolgen.“ Stalins Verfügung dazu: „An Genossen Merkulov. Kannst eure ‚Quelle‘ aus dem Stab der deutschen Luftwaffe zum Teufel schicken. Das ist keine ‚Quelle‘, sondern ein Desinformant, I. St.“¹⁸⁾ Was kann es Schlimmeres als eine vorgefaßte Meinung, dazu noch im militärischen Bereich, geben? Das starre Befolgen eines ein für allemal verinnerlichten Dogmas, auch wenn die realen Bedingungen dagegen sprechen, erwies sich als eines der Merkmale des Stalinismus. Einige Autoren geraten hingegen angesichts der darauf folgenden Katastrophe in unkluge Begeisterung: „Noch nie zuvor war es einem anderen Staat beschieden, eine derartig schwierige Aufgabe zu erfüllen.“¹⁹⁾ Allerdings hatte auch nie zuvor ein Staatsoberhaupt Fehler begangen, die Verrat oder Irrsinn derart nahekamen. Keineswegs in der Absicht, das sachkundig – insbesondere in der Desinformation – betriebene Handwerk der deutschen Wehrmacht schmälern zu wollen, möchte ich gern die Worte eines deutschen Memoirenschreibers paraphrasieren: „Nicht Hitler war es, der gewann, aber Stalin erlitt eine Niederlage.“

In der Geschichtsschreibung herrscht keine einheitliche Meinung darüber, wo genau in der Reihe der Ursachen für die im Juni und in den folgenden Monaten des Jahres 1941 erlittenen Niederlagen der Roten Armee die „Überraschung“ einzuordnen ist. „Die Überraschung ist bei weitem nicht die Hauptursache“, behaupten einige Historiker. Wie schon seinerzeit Stalin verweisen sie auf eine gewisse militärisch-technische Überlegenheit der Wehrmacht gegenüber der Roten Armee. Tatsächlich hatte sie aber der Wehrmacht in nichts nachgestanden, wenn nicht sogar diese in einigen Kennziffern übertroffen. Es wird ferner erklärt, im Ostfeldzug habe sich die Wehrmacht auf das gesamte Rüstungspotential der bereits eroberten europäi-

¹⁸⁾ Zitiert nach: Izvestija CK KPSS, (1990) 4, S. 221. Siehe auch: Izvestija CK KPSS, (1990) 5, S. 206–210.

¹⁹⁾ Sovetskij tyl v pervyj period Velikoj Otečestvennoj vojny, Moskau 1988, S. 96.

schen Länder stützen können. Demnach entstände ein seltsames Bild: Solange die Wehrmacht sich hauptsächlich auf die Kraft des eigenen Landes verließ, war sie erfolgreich, sobald sie jedoch fremdes Potential herangezogen hatte, begann sie – ab 1943 – Niederlagen zu erleiden. Stalins Nachfolger haben sein Erklärungsschema ausgebaut und die These von den „objektiven“ (hauptsächlichen) und den „subjektiven (nebensächlichen) Faktoren für die Niederlage aufgestellt.

Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, daß alle „objektiven“ Faktoren in Wirklichkeit ihren Ursprung in den subjektiven Fehleinschätzungen Stalins und seiner Gruppe hatten. Es gab keine objektiven Gründe für die Niederlagen. Die eingleisige Denkweise Stalins machte es ihm unmöglich, alle Komponenten der schwierigen Situation in der Welt von damals zu erfassen. Unter seiner Alleinherrschaft und Willkür fand sich niemand, der die Entscheidungen in die richtige Bahn hätte lenken können. Gab es auch militärische Alternativen? Ja, zweifellos! Wäre die Rote Armee mit ihrer Stärke und ihren Mitteln beizeiten in sofortige Gefechtsbereitschaft versetzt worden, so hätte der Krieg, auch bei Fehlern in der Abwehr-

planung, von Anfang an einen ganz anderen Verlauf genommen. Es sei ganz klar, daß „die Macht geschlafen hat“, schrieb am 23. Juni 1941 der bekannte Wissenschaftler V. I. Vernadskij und zielte damit auf Stalins Diktatur.

Somit brachte der 22. Juni 1941 das Fiasko der Stalinschen politischen und militärischen Strategie an den Tag. Die UdSSR stand zum Zeitpunkt der Aggression ohne Verbündete da, die Armee wurde überrumpelt. Die „Überraschung“ wurde in bedeutendem Maße durch die außerordentliche seelische Kraft des Volkes und der Armee neutralisiert. Trotz immer neuer Fehlkalkulationen der obersten Führung wurde dank des erbitterten Widerstands von Volk und Armee das Land gerettet. Eine besondere Rolle spielte in den Jahren 1941/1942 auch der geopolitische Faktor der UdSSR. In den folgenden Jahren gewannen zudem die Verbündeten immer mehr an Einfluß auf den Verlauf und Ausgang des Krieges. Der Führung unter Hitler mißlang es aufgrund ihrer Abenteuerpolitik, die außerordentlich günstigen Umstände für sich auszunutzen. Der Plan eines Blitzkrieges war vereitelt worden und damit auch die Hoffnungen des Aggressors.

Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion

Ein Beitrag zur deutsch-sowjetischen Beziehungsgeschichte

I. Vorbemerkung

Einem vielzitierten Satz von Hans Rothfels zufolge ist Zeitgeschichte die „Geschichte der lebenden Generationen“¹⁾ – sie wandert mit diesen durch die Zeit und ist zugleich Bestandteil der Gegenwart. Zeitgeschichte ist überdies jene Geschichte, die ihren eigenen Ausgang noch nicht kennt. In dieser Hinsicht ist sie gegenwartsabhängig und zwangsläufig auch geschichtspolitischen Kontroversen unterworfen. Sie spiegelt so nicht nur eine vergangene Wirklichkeit, sondern nicht selten auch Versuche, Entwicklungsmöglichkeiten jeweiliger Gegenwart im Spiegel der Geschichte zu bestimmen. Zeitgeschichte ist, so betrachtet, nicht allein eine Epoche, sondern eine historische Perspektive, die sich im Wandel der Zeit verändert.

Kriegsgefangenschaft als Thema der Sozial- und Zeitgeschichte scheint beide von Rothfels ange deuteten Aspekte miteinander zu verschränken. Sie ist unbestreitbar Teil der Erinnerung der älteren Generation, denn mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gerieten weit über acht Millionen deutsche Soldaten in Kriegsgefangenschaft. Innerhalb eines Jahres wurden bis 1946 allerdings mehr als fünf Millionen von ihnen entlassen. Dennoch ist unbezweifelbar, daß es sich bei der Kriegsgefangenschaft um ein „Massenschicksal“ handelte, das gemeinsam mit dem Krieg für die Mehrheit der betroffenen Altersgruppen zu einem kategorialen Ereignis im Sinne der Geschichte politischer Generationen wurde.

Dies galt in ähnlicher Weise auch für die Angehörigen der Armeen, die von der deutschen Wehrmacht besiegt worden waren. In großen Kesselschlachten wurden vor allem nach dem Überfall auf die Sowjetunion oftmals Hunderttausende Soldaten gefangenengenommen, in großen Lagern zusammengefaßt und vielfach nicht nur einem ungewissen Schicksal überlassen, sondern nicht selten auch bewußt und absichtlich dem Tod preisgege-

ben. Angehörige der Roten Armee galten vielfach nicht als „Kameraden“²⁾, sondern als über das Militärische weit hinausgehende „rassische Gegner“, als Werkzeuge oder Vertreter eines angeblich „jüdischen Bolschewismus“, die vernichtet werden sollten.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht schien sich diese Perspektive 1945 umzukehren. Manche der gefangenen deutschen Soldaten erinnerten sich an die berüchtigten Rheinwiesenerlager³⁾ und sperrten sich innerlich, die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, daß vor allem gegen sowjetische Kriegsgefangene Verbrechen verübt worden waren, die in den Zusammenhang der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und des Völkermords an den Juden gehören. Vor allem der Kommissarbefehl und der Gerichtsbarkeitserlaß⁴⁾ vom Sommer 1941 schufen die Grundlage für Erschießungen tatsächlicher und angeblicher Kommissare der Roten Armee, stellten die „Mörder in Uniform“ (Arzt) außerhalb einer rechtlichen Verfolgung und bereiteten den systematisch geplanten und fabrikmäßig betriebenen Völkermord an Juden, Roma und Sinti sowie allen denen vor, die von den Nationalsozialisten als „minderwertig“ bezeichnet worden waren.

An diese Zusammenhänge ist zu erinnern, ehe versucht wird, das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion nachzuzeichnen.

¹⁾ Hans Rothfels, *Zeitgeschichtliche Betrachtungen*, Göttingen 1959, S. 9.

²⁾ Vgl. Christian Streit, *Keine Kameraden: Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Stuttgart 1978.

³⁾ Vgl. Wilfried Becker, *Die Brücke und die Gefangenenlager von Remagen. Über die Interdependenz eines Massenschicksals im Jahre 1945*, in: ders. (Hrsg.), *Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland*, Köln–Wien 1987, S. 45 ff.

⁴⁾ Vgl. Alfred Streim, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“: Eine Dokumentation unter Berücksichtigung der Unterlagen deutscher Strafverfolgungsbehörden und der Materialien der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen*, Karlsruhe 1981.

Es kann, darf und soll dabei nicht darauf ankommen, Kriegsfolgen und -lasten gegen die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen aufzuwiegen, sondern im Mittelpunkt steht die Frage nach den Voraussetzungen und Folgen der Kriegsgefangenschaft für deutsche Soldaten, die vor allem seit dem Angriff auf die Sowjetunion und vollends seit

der Niederlage der 6. Armee bei Stalingrad in großer Zahl in sowjetischer Gefangenschaft, seit der deutschen Niederlage in Nordafrika im Mai 1943 und der Landung alliierter Verbände auf Sizilien und Italien im Juli 1943, später dann in Frankreich auch in amerikanische und britische Gefangenschaft geraten waren.

II. Zur Forschungslage

Es ist überraschend, daß die Kriegsgefangenschaft als ein „kategoriales Ereignis“ von generationsprägender Kraft bisher nur selten in die Gesamtdarstellung des Weltkrieges einbezogen worden ist. Diese Zurückhaltung überrascht umso mehr, als die Geschichte der Kriegsgefangenen das wohl umfangreichste zeitgeschichtliche Forschungsprojekt der Nachkriegszeit darstellt⁵⁾. Im Anschluß an die mehrbändige Dokumentation der Vertreibung von Deutschen aus den heute ehemaligen deutschen Ostgebieten und aus Osteuropa⁶⁾ sollte die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen in ganz ähnlicher Weise dokumentiert werden. Zu diesem Zweck stellte der Deutsche Bundestag im Jahre 1957 die Mittel für eine Wissenschaftliche Kommission bereit, die der Münchener Osteuropahistoriker Hans Koch leitete. Damit wurde auch eine langjährige Forderung des „Verbandes der Heimkehrer“ erfüllt, der bereits 1950 als Reaktion auf die zahlreichen Verurteilungen deutscher Kriegsgefangener durch sowjetische Gerichte⁷⁾, aber auch durch Gerichte der DDR (Waldheim-Prozesse⁸⁾) eine wissenschaftliche Dokumentation der Gefangenschaft deutscher Soldaten angeregt hatte. Auch die Gründung eines selbständigen Forschungsinstituts für Kriegsgefangenen-Dokumentation wurde erörtert, um die Aktivitäten der kirchlichen Gefangenenhilfsdienste und des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes zusammenzuführen und in ihren Ergebnissen für die Nachwelt und insbesondere auch für die zeitgeschichtliche Forschung zu sichern.

⁵⁾ Vgl. Erich Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte: Der Gang der Forschung, in: ders. (Hrsg.), Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges: Eine Zusammenfassung, München 1974, S. 1–37, mit einer Übersicht über das Gesamtwerk ebd., S. IXf.

⁶⁾ Vgl. Theodor Schieder (Hrsg.), Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, 8 Bände, München 1985 (Reprint); vgl. ferner Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Frankfurt/M. 1985.

⁷⁾ Vgl. Kurt Bährens, Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjetunion, 3 Bände, München 1965.

⁸⁾ Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR: Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1979, S. 205 ff.

In der Tat stand die Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland weitgehend im Schatten der Kriegsgefangenenfrage⁹⁾. Bis weit in die fünfziger Jahre fanden alljährlich Wochen der Kriegsgefangenen statt. Sie endeten mit einem „Tag der Treue“ und mit einem „Tag des Glaubens“ und wurden von vielen Gedenkreden, nicht selten auch von öffentlichen Gedenkminuten¹⁰⁾ begleitet. Auch die Wahlauseinandersetzungen, manche Bundestagsdebatten und Regierungserklärungen spiegeln die Bedeutung dieses Themas wider. In seiner ersten Regierungserklärung betonte Konrad Adenauer deshalb, erst die Gründung der Bundesrepublik Deutschland habe die Voraussetzungen dafür geschaffen, „sich der Frage der deutschen Kriegsgefangenen und Verschleppten mit größerer Stärke anzunehmen als bisher“¹¹⁾. Damit verband er die Kriegsgefangenenfrage mit der Glaubwürdigkeit der neuen westdeutschen Demokratie und provozierte ein heftiges Wortgeplänkel, das die ganze Verworrenheit und Unübersichtlichkeit dieses Themas deutlich machte. Die ersten Gesetzesmaßnahmen des Bundestags sollten der Soforthilfe zugunsten heimgekehrter Kriegsgefangener dienen: Das „Heimkehrergesetz“ des Jahres 1950 gilt als das erste Gesetz, das umfassend die „Entschädigung“ der Kriegsgefangenen erleichtern und der „Wiedergutmachung“ des an ihnen begangenen Unrechts – eine Folge der NS-Herrschaft und der Gefangenschaft – dienen sollte.

Es mag an der intensiven politischen Diskussion über die deutschen Kriegsgefangenen in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren, vielleicht aber auch an der politischen Erklärung der Sowjetunion im Mai 1950¹²⁾ und an der hohen

⁹⁾ Vgl. die erste Regierungserklärung von Konrad Adenauer, in: Klaus von Beyme (Hrsg.), Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, München 1979, S. 67.

¹⁰⁾ „Von 12.00 Uhr bis 12.02 wird im ganzen Bundesgebiet der Verkehr stillstehen“, in: DIE ZEIT, Nr. 34 vom 26. 10. 1950.

¹¹⁾ Vgl. Anm. 9.

¹²⁾ „Entsetzen über die Moskauer-Erklärung“, in: Süddeutsche Zeitung vom 6./7. 5. 1950.

politischen Bedeutung von Adenauers Moskauer Verhandlungserfolg¹³⁾ vor der Entlassung der letzten Kriegsgefangenen gelegen haben, daß die deutsche Öffentlichkeit nicht nur zu jener Zeit, sondern bis weit in die sechziger Jahre hinein das Ausmaß der Kriegsgefangenenzahlen zumindest in der Nachkriegszeit überschätzte¹⁴⁾. Dies wird allerdings gut verständlich vor dem Hintergrund der in den Jahren 1945 bis 1955 viele Familien bewegenden Frage nach dem Schicksal ihrer seit langem vermißten Familienangehörigen¹⁵⁾. Manche hofften, ihre als vermißt gemeldeten Ehemänner, Söhne und Väter hätten die Nachkriegsjahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft überlebt. Sie klammerten sich an jedes Gerücht, nicht zuletzt an Illustriertenmeldungen von geheimen Gefangenenlagern, den „Schweigelagern“. Insgesamt fühlten sich 40 Prozent der befragten Deutschen noch 1950 unmittelbar von der Kriegsgefangenenfrage berührt¹⁶⁾.

Um so erstaunlicher ist es, daß später die wissenschaftlich außerordentlich soliden Forschungsergebnisse der wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der deutschen Kriegsgefangenschaft so wenig zur Kenntnis genommen wurden, die seit den späten fünfziger Jahren dem angesehenen Heidelberger Sozialhistoriker Erich Maschke unterstand. Er war selber spät aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, bekannte sich aber niemals zu einer alleinigen oder auch nur vorrangigen Verpflichtung, Erinnerungen festzuhalten, sondern vertrat ganz dezidiert einen sozialgeschichtlichen Forschungsansatz¹⁷⁾. Maschke bemühte sich sogar um eine internationale Zusammenarbeit, um die Geschichte der Kriegsgefangenen auch in vergleichender Perspektive zu erforschen, zu gewichten und zu bewerten. Auf diese Weise gelang es ihm, schon im Keim Vermutungen entgegenzutreten, die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeits-

gruppe sollten einer Aufrechnung der deutschen Kriegsschuld dienen¹⁸⁾. Maschke wehrte aber auch den Druck von Verbänden und einzelnen Interessenvertretern auf die Forschergruppe ab. Ihm zufolge war „Sozialgeschichte“ eine Betrachtungsweise, die erlaubte, den „inneren Bau“ und die „Struktur“ der menschlichen Gesellschaft zu verstehen. In dieser Hinsicht deckte sich sein Interesse durchaus mit den modernen Ansätzen der Sozialgeschichte, die nach „sozialen Strukturen, Prozessen und Handlungen“ fragt und die Entwicklung von „Lebenschancen“ und menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt des Interesses rückt¹⁹⁾. Lebenschancen verweisen auf Arbeits- und Lebensverhältnisse, auf kollektive Mentalitäten und Mobilitäten, schließlich auf die Prägung von Generationen im Wandel der Zeit.

Das Forschungsergebnis der „Wissenschaftlichen Kommission“ liegt heute in insgesamt 22 Bänden vor, die mehr als eine nur zahlenmäßige Bilanz ziehen. Denn im Zuge der Forschungen wurden Hunderte von Gefangenenenerinnerungen angeregt, die Auskunft über die Begleiterscheinungen der Gefangennahme, das Überleben in der Kriegsgefangenschaft, das kulturelle Leben in den Lagern, die Zwangsarbeit und selbst über die bis heute noch nicht ausreichend erforschten Prozesse gegen sogenannte und vielfach nur angebliche Kriegsverbrecher gaben²⁰⁾. Die heute vorliegenden Arbeiten über die Kriegsgefangenen fußen auf neuen Befragungen²¹⁾ oder rücken das Problem der Repatriierung²²⁾ in den Blick. Die spektakuläre Arbeit von Bacque²³⁾ über das Schicksal deutscher Soldaten vor allem in amerikanischer Gefangenschaft²⁴⁾ ist von der zeitgeschichtlichen Forschung

13) Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer 1949–1957, Stuttgart–Wiesbaden 1981, S. 273 ff.

14) Dies wird besonders deutlich aus Befragungsergebnissen, die durchgängig im Allensbacher Jahrbuch der öffentlichen Meinung dokumentiert worden sind und hier nicht im einzelnen interpretiert oder nachgewiesen werden sollen.

15) Einer der größten Bucherfolge der fünfziger Jahre, der Roman von Josef Martin Bauer, Soweit die Füße tragen, München 1955, kam diesem Interesse entgegen. Die Fernsehverfilmung war einer der größten Erfolge der fünfziger Jahre.

16) Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, Allensbach 1956, S. 199.

17) Vgl. dazu Peter Steinbach, Zur Sozialgeschichte der deutschen Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg und in der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland: Ein Beitrag zum Problem historischer Kontinuität, in: Zeitgeschichte, 17 (1989) 1, S. 1–8.

18) Von diesem Bemühen nicht frei ist Heinz Nawratil, Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, München–Berlin 1986.

19) Vgl. Jürgen Kocka, Sozialgeschichte, Göttingen 1977.

20) Diese Berichte befinden sich heute im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg und stehen unter Beachtung der Grundsätze des Datenschutzes der zeitgeschichtlichen Forschung zur Verfügung. Vgl. jetzt auch Wolfgang Benz u. a. (Hrsg.), Kriegsgefangenschaft: Berichte über das Leben in Gefangenenlagern, München 1991.

21) Vgl. Albrecht Lehmann, Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, München 1986.

22) Vgl. Arthur L. Smith, Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, München 1985.

23) Vgl. James Bacque, Der geplante Tod: Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945–1946, Frankfurt–Berlin 1989.

24) Vgl. in diesem Zusammenhang als Gesamtdarstellung Arnold Krammer, Nazi Prisoners of War in America, New York 1979; Hans Werner Richter, Die Geschlagenen, München 1968.

scharfer Kritik unterzogen worden. Denn er setzte die als „Abgang“ registrierten geflohenen deutschen Soldaten mit angeblich Gestorbenen gleich und unterstellte der amerikanischen Führung Ausrottungsabsichten. Die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen in britischer Hand ist sowohl im Rahmen des Maschke-Projektes sehr gründlich untersucht²⁵⁾ als auch durch eine weitere Gesamtdarstellung erschlossen worden²⁶⁾.

Das Maschke-Projekt ist 1974 endgültig beendet worden, hat aber zu dieser Zeit aus politischen Gründen kaum die verdiente und gebotene Beachtung gefunden. Die Studien wurden zunächst nur einem kleinen Kreis der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dabei wirkte sich ganz entscheidend aus, daß die Studien über Hunger²⁷⁾ und Arbeit²⁸⁾ als Faktoren der Gefangenschaft, aber auch über die Straflager in den Um-

kreis der Diskussionen über die Ostverträge zu geraten drohten. Obwohl sich die Mitarbeiter Maschkes in beeindruckendem Maße um eine objektive Geschichtsschreibung bemüht hatten, fürchteten die Politiker in den frühen siebziger Jahren nicht selten die emotionalen Konsequenzen einer Sozialgeschichte, die nicht „Geschichte des Handelns, sondern des Leidens“ war. In diesem Sinne erklärte der damalige Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Moersch, die Kriterien für die Freigabe der Dokumentation könnten nur die Interessen der Bundesrepublik Deutschland an einer „Versöhnungspolitik in Europa“ sein²⁹⁾. Heute stehen die Untersuchungen der Maschke-Kommission der wissenschaftlichen Forschung ebenso wie das reichhaltige Befragungsmaterial zur Verfügung – insgesamt wohl 3000 Berichte, die zu einer zeitgeschichtlichen Quelle ersten Ranges geworden sind.

III. Überlebenschancen

Im folgenden sollen einige Aspekte der Kriegsgefangenengeschichte behandelt werden. Vollständigkeit der Darstellung kann dabei nicht beabsichtigt sein. Mir kommt es insbesondere im Zusammenhang mit der Erinnerung an den Überfall auf die Sowjetunion darauf an, das Gespür dafür zu wecken, daß damit auch eine neue Epoche der Gefangenen Geschichte begann. Bis zum Sommer 1941 waren nur wenige deutsche Soldaten in Gefangenschaft geraten und nach der Kapitulation Frankreichs oder der Balkanstaaten in der Regel wieder entlassen worden. Oft handelte es sich bei den deutschen Gefangenen um abgeschossene Flieger oder um gerettete Schiffbrüchige. Sie wurden vielfach in kanadischen Lagern zusammengefaßt, bis nach dem Kriegseintritt der USA auch Gefangenenlager in einzelnen amerikanischen Bundesstaaten eingerichtet wurden. Die deutschen

Gefangenen wurden im allgemeinen nicht nur recht gut versorgt, sondern auch nur selten politisch beeinflußt³⁰⁾. Insofern ist ihre Geschichte deutlich von dem Schicksal der Gefangenen zu unterscheiden, die seit dem Sommer 1941 in russische Gefangenschaft geraten oder nach dem Krieg in französische, jugoslawische oder polnische Lager überstellt worden waren³¹⁾.

Entscheidend für die Überlebenschancen der Kriegsgefangenen waren der Zeitpunkt ihrer Gefangennahme, die Intensität und die Dauer der ihrer Gefangennahme unmittelbar vorausgegangenen Kämpfe sowie die Umstände der Überführung der Gefangenen in Sammellager hinter der Front, von denen aus der anschließende Transport in die Gefangenenlager erfolgte. Die Summe dieser Situationen und Bedingungen markieren die Unterschiedlichkeit von Lebenschancen der Gefangenen, wenn sie nicht – wie die russischen Soldaten in deutscher Gefangenschaft – leichtfertig ihrer Unterversorgung preisgegeben oder gar Vernichtungsmaßnahmen der politischen Führung ausgeliefert worden waren. Die Überlebensbedingungen

²⁵⁾ Vgl. Helmut Wolff, Die deutschen Kriegsgefangenen in britischer Hand. Ein Überblick, München 1974; Henry Faulk, Die deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien: Reeducation, München 1970; Kurt W. Böhme, Geist und Kultur der deutschen Kriegsgefangenen im Westen, München 1968.

²⁶⁾ Vgl. Matthew Barry Sullivan, Auf der Schwelle zum Frieden. Deutsche Kriegsgefangene in Großbritannien 1944–1948, Wien–Hamburg 1981.

²⁷⁾ Vgl. Hedwig Fleischhacker, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: Der Faktor Hunger, München 1965.

²⁸⁾ Vgl. Werner Ratza, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: Der Faktor Arbeit, München 1973.

²⁹⁾ Detaillierte Hinweise auf die Äußerungen von Politikern bei E. Maschke (Anm. 5), S. 35.

³⁰⁾ Vgl. Hermann Jung, Die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand: USA, München 1972.

³¹⁾ Vgl. Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand, München 1971; Otto Böss, Die deutschen Kriegsgefangenen in Polen und der Tschechoslowakei, München 1974; Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1941–1949, München 1962; ders., Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1949–1953, München 1964.

waren allerdings niemals allein durch die Verhaltensweise der Angehörigen der „Gewahrsamsmächte“ bedingt, sondern ebenso durch die Fähigkeit der Gefangenen, kollektiv die Herausforderungen der Gefangenschaft zu bewältigen. Deshalb sind auch landsmannschaftliche, altersmäßige, nicht zuletzt auch weltanschauliche Verbindungen zwischen einzelnen Gefangenen oder Gefangenengruppen von Bedeutung.

Die Situation der „Frühgefangenen“, die unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion gefangengenommen wurden, läßt sich durch besonders schlechte Überlebenschancen bestimmen. Man geht heute davon aus, daß bis zum September 1942, also vor der Niederlage von Stalingrad, etwa 100 000 deutsche Soldaten gefangengenommen wurden. Diese Zahl ist gering im Verhältnis zur großen Zahl russischer Gefangener, die bis Ende 1942 in deutsche Hand gefallen waren. Bis Ende 1941 wurden etwa 2,5 Millionen sowjetische Gefangene gezählt. Bis Kriegsende wuchs diese Zahl bis auf etwa 5,7 Millionen sowjetische Soldaten an, von denen etwa 3,3 Millionen in deutscher Gefangenschaft ums Leben kamen³²). Deshalb wird heute das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in den Gesamtzusammenhang nationalsozialistischer Gewaltverbrechen gerückt.

Etwa eine Million russische Gefangene wurden den deutschen Verbänden als sogenannte Hilfswilige eingegliedert. Man nimmt an, daß etwa 500 000 russische Gefangene fliehen oder von russischen Verbänden befreit werden konnten. Sie gingen in der Regel einem sehr ungewissen und häufig sehr schweren Schicksal entgegen, denn ihre Befreiung aus der deutschen Kriegsgefangenschaft endete in der Regel in den stalinistischen Lagern³³). Auch dies kann die deutschen Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen nicht relativieren. Die meisten in deutsche Hand gefallenen russischen Gefangenen starben in den ersten beiden Jahren nach dem Überfall auf die Sowjetunion. Man schätzt heute die Zahl der bis Ende 1942 in deutschen Lagern umgekommenen sowjetischen Soldaten auf 2,2 Millionen.

Im Vergleich dazu mutet die Zahl von etwa 100 000 deutschen Soldaten gering an, die vor dem Fall von

³²) Vgl. Christian Streit. Die deutsche Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen, in: Reinhard Kühnl u.a. (Hrsg.), Hitlers Krieg? Zur Kontroverse um Ursache und Charakter des Zweiten Weltkrieges, Köln 1989, S. 126 ff.

³³) Darüber wird inzwischen auch in der sowjetischen Zeitgeschichtsforschung diskutiert, wie die Konferenz deutscher und sowjetischer Historiker über Aspekte vergleichender Widerstandsgeschichte in Moskau Mitte März 1991 gezeigt hat.

Stalingrad an anderen Frontabschnitten in sowjetische Gefangenschaft geraten waren. Nicht selten handelte es sich dabei auch um Überläufer, die nach 1933 verfolgt oder unterdrückt worden waren und durch ihre Desertion den verhaßten Nationalsozialisten entkommen wollten. Diese Situation änderte sich allerdings grundlegend mit der Kapitulation der 6. Armee bei Stalingrad im Januar und Februar 1943. Unter extremen Witterungsverhältnissen wurden nach langen und sehr schweren Kämpfen neben vermutlich 93 000 einfachen Soldaten erstmals in großer Zahl auch Offiziere in die Gefangenschaft geführt. Sie hatten bis zuletzt den wahnwitzigen Durchhaltebefehlen Hitlers gehorcht und sich so mitschuldig an der Tragödie von Stalingrad gemacht – nicht wenige von ihnen wider bessere Einsicht³⁴). Stalingrad wurde für einige der gefangenen Offiziere zur inneren Wende. Sie lösten sich innerlich von Hitler, auch von ihrem soldatischen Eid und legten – wie General von Seydlitz³⁵) – sogar öffentlich Zeugnis von ihrem Gesinnungswandel ab, indem sie sich im „Bund Deutscher Offiziere“ organisieren ließen, der sich wenige Stunden nach seiner Gründung allerdings bereits dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) anschloß. Dieses Komitee war unter maßgeblicher Beteiligung der sowjetischen Seite von Moskauer Emigranten und einzelnen kommunistisch gesonnenen Kriegsgefangenen gegründet worden³⁶), erhielt allerdings auch unübersehbaren Zulauf von politisch nicht im kommunistischen Sinn festgelegten Gefangenen und beeinflusste durch Rundfunksender, Flugblätter³⁷) und Zeitschriften auch die politischen Diskussionen in der außereuropäischen Emigration, nur wenig aber den inneren deutschen Widerstand.

Stalingrad bedeutet für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges aus deutscher Sicht eine entscheidende Wende. Von nun an befand sich die deutsche Wehrmacht in der Defensive. Immer wieder mußten Fronteinbrüche, die der Roten Armee gelungen waren, „begradigt“ werden; immer häufiger wurden deutsche Verbände eingekesselt. Zwar

³⁴) Vgl. Joachim Wieder, Stalingrad und die Verantwortung des Soldaten, München 1962².

³⁵) Vgl. Walther von Seydlitz, Stalingrad: Konflikt und Konsequenz, Oldenburg-Hamburg 1977².

³⁶) Vgl. Bodo Scheurig, Freies Deutschland: Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, Köln 1984; ders., Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, München 1965.

³⁷) Vgl. Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz (Hrsg.), Flugblätter des Nationalkomitees Freies Deutschland, bearb. v. Eva Bliembach, Berlin 1989.

konnten sie in der Regel ausbrechen; dennoch wurden immer wieder Tausende von Wehrmachts-soldaten, häufig nach schwersten Kämpfen, gefangenengenommen. Auch an den anderen Frontabschnitten, nicht zuletzt auf dem durch Partisanenkämpfe geprägten Balkan, wurden immer mehr Gefangene gemacht. Die meisten Deutschen gerieten jedoch in der Sowjetunion in Gefangenschaft³⁸).

Die deutschen Soldaten, die in den Jahren 1943 und 1944 in Gefangenschaft gerieten, werden als „Abwehrgefangene“ bezeichnet. Ihre Zahl stieg vor allem nach dem Durchbruch der Roten Armee in der Panzerschlacht bei Kursk sprunghaft an, die zuweilen als die eigentliche Kriegswende gilt, sowie nach der Kesselschlacht von Tscherkassy, bei der Räumung der Krim, im Sommer 1944 schließlich nach dem Einbruch der Roten Armee im Abschnitt der Heeresgruppe Mitte. Im Herbst 1944 drangen Einheiten der Roten Armee tief nach Rumänien ein. Diese „Rumäniengefangenen“ bildeten wenig später mit den „Ungarngefangenen“ eine deutlich von anderen Gefangenen abzugrenzende Gruppe. Erstmals befanden sich kurz nach dem Jahreswechsel 1945 eine Million deutscher Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Die Überlebenschancen dieser Gruppen deutscher gefangener Soldaten sind vergleichsweise gut bekannt: Von den Früh- und Stalingradgefangenen überlebten nicht mehr als zehn Prozent. Bei den Abwehrgefangenen der Jahre 1943/44 stieg die Überlebensquote auf etwa 35 Prozent, bei den Rumänien- und Ungarngefangenen schließlich auf etwa 70 Prozent. Die „Kapitulations-“ oder „Endkampfgefangenen“ wiesen eine diesen Zahlen gegenüber nur wenig verringerte Sterbequote von 25 Prozent auf.

Die meisten Todesfälle ereigneten sich kurz nach der Gefangennahme auf dem Weg in die Auffanglager unmittelbar hinter der Hauptkampflinie oder in die weiter im Hinterland liegenden Sammellager. Vielfach wurden die Gefangenen in langen Kolonnen zu Fuß in diese Lager geführt. Kranke und Sterbende, die zu Boden fielen und nicht versorgt werden konnten, wurden von Wachmannschaften erschossen. Vor allem im Winter wurden die Gefangenen oftmals im Kreis herumgeführt, um zu verhindern, daß sie im Schnee lagerten, denn dies bedeutete den sicheren Tod. Im Rückblick wurde dieses Verhalten der Wachmannschaf-

³⁸) Vgl. Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (Hrsg.), Zur Geschichte der Kriegsgefangenen im Osten, bearb. von Kurt W. Böhme, Manuskriptdruck, 3 Teile, München 1954–1959.

ten häufig als Willkür gedeutet. In einzelnen Fällen sind auch Scheinerschießungen³⁹) überliefert, die sich psychisch verständlicherweise besonders verhängnisvoll auswirkten.

Auch die Tage unmittelbar nach der Ankunft in den Lagern forderten oftmals unverhältnismäßig hohe Opfer. Dabei wirkte sich zweifellos die körperliche Erschöpfung, die psychische Anspannung der Gefangenen angesichts der ungewissen und stets gefürchteten Situation, oftmals auch die Witterung und nicht zuletzt die schlechte Versorgung der Gefangenen in den Sammellagern aus. Vielfach waren die Gefangenen verletzt, litten unter schweren Erfrierungen oder unter Mangelerscheinungen, unter Gefangenendepressionen, die sich zu Psychosen steigern konnten. Sie waren angesichts dieser extremen Lebenssituationen in jeder Hinsicht denkbar schlecht versorgt oder von den langen Kämpfen völlig geschwächt und derart entkräftet, daß sie ihre Umwelt gleichsam als eine Umwelt „ohne Zeit und Raum“⁴⁰) wahrnahmen. Erschwerend kam hinzu, daß sie von ihrer militärischen Führung nicht auf die Gefangenschaft vorbereitet worden waren und so nicht nur in der sicheren Erwartung ihres Todes lebten, sondern mit einer völlig neuen Situation fertigwerden mußten.

Die Gefangennahme und die anschließende Gefangenschaft wurden vor allem dann als Schock empfunden, wenn man in sowjetische Hand geraten war. Hingegen wurde die Gefangennahme durch westalliierte Truppen nicht selten innerlich begrüßt⁴¹), vor allem seit 1944. Allerdings hatten viele Angehörige des Afrikakorps große Schwierigkeiten, die Tatsache ihrer Niederlage zu verwinden oder den Nachrichten von der katastrophalen militärischen Lage der deutschen Wehrmacht überhaupt Glauben zu schenken⁴²). An der Ostfront wirkte sich hingegen die nationalsozialistische Propaganda aus, die immer hervorgehoben hatte, daß Gefangennahme nicht nur den sicheren, sondern auch einen besonders qualvollen, willkürlichen Tod bedeuten mußte. In der Regel wurde jeder Gedanke an Gefangennahme und die Notwendigkeit, in Lagern das Kriegsende zu erwarten, von der militärischen Führung unterdrückt. Die

³⁹) Vgl. Heinrich Graf von Einsiedel, Tagebuch der Versuchung 1942–1950, Frankfurt/M. 1985 (zuerst 1950), S. 26.

⁴⁰) Vgl. Peter Steinbach, Jenseits von Zeit und Raum: Kriegsgefangenschaft in der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Universitas, 45 (1990) 529, S. 637 ff.

⁴¹) Vgl. etwa Alfred Andersch, Die Kirschen der Freiheit. Ein Bericht, Zürich 1968, S. 57 ff.; ders., Flucht in Etrurien. Zwei Erzählungen und ein Bericht, Zürich 1983, S. 171 ff.

⁴²) Dies verarbeitet besonders eindringlich H. W. Richter (Anm. 24).

Gefühle der Bedrohung wurden weiterhin durch die verbreitete Furcht vor dem Bolschewismus verstärkt⁴³). Viele der seit 1942 gefangenen Soldaten hatten nach den heftigen Kämpfen, der schrecklichen Unterversorgung und den nicht selten lebensgefährlichen Witterungsverhältnissen kaum mehr die Kraft, ihre Gefangennahme bewußt zu verarbeiten. Sie verloren weitgehend ihr „Hintergrundgefühl“, wobei sich nicht zuletzt auswirkte, daß die NS-Führung kategorisch jeglichen Kontakt zwischen den in sowjetische Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten und ihren Angehörigen zu unterbinden suchte.

Die Situation der Gefangenen und ihr Wahrnehmungsvermögen in der ungewohnten und unerwarteten Situation zwischen Gefangennahme und Einlieferung in die Lager waren durch Furcht, Isolation, extreme Mangelerscheinungen und langfristige Unterversorgung geprägt. Hinzu kam bei manchen Soldaten – vor allem bei Luftwaffenangehörigen und Offizieren – eine psychische Krise, die Folge intensiver Vernehmungen durch russische Vernehmungsoffiziere war und nicht selten in eine moralische Krise des einzelnen mündete⁴⁴). Gezielt und nachdrücklich wurden Gefangene, die als ansprechbar galten, nach ihrer Rechtfertigung des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion gefragt, sie wurden mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen konfrontiert oder politisch-moralisch herausgefordert, indem man sie immer wieder nach ihrer individuellen Bereitschaft fragte, sich am Krieg zu beteiligen.

Nicht selten war das Ergebnis derartiger Vernehmungen eine politische Neuorientierung und die Beteiligung an „antifaschistischen“ Schulungen, schließlich an Versuchen, aus der Gefangenschaft heraus zum Sturz des Regimes aufzufordern. So kam es zur Zusammenarbeit einzelner Gefangener mit der sowjetischen „Gewahrsamsmacht“, mit deutschen kommunistischen Emigranten, die, wie Walter Ulbricht, in Moskau lebten, oder mit Kameraden, die sich unter dem Eindruck der deutschen Kriegsführung – vor allem nach Stalingrad –, Durchhaltebefehlen und der Strategie der „ver-

brannten Erde“ von der NS-Führung abgewandt hatten.

Über die Lebensverhältnisse in den Lagern der Jahre 1943 und 1944 sind wir bis heute vergleichsweise schlecht informiert, weil die Sterberate in den Auffang- und Stammlagern außerordentlich hoch war, kaum zeitgenössische Aufzeichnungen überliefert sind und die wenigen Überlebenden mit der Dauer ihrer Gefangenschaft zunehmend viele Orientierungs- und Erinnerungsmöglichkeiten verloren hatten. Sie hatten keinen Kontakt zur Heimat oder zu ihrer Umwelt außerhalb des Lagers und reduzierten ihre Anstrengungen im Gefangenalltag immer stärker auf die Sicherung ihrer eigenen Existenz. Dies galt für die überlebenden Früh- und Stalingradgefangenen ebenso wie für die späteren Abwehr-, die Rumänien- und Ungarergefangenen. Deshalb sind nur vergleichsweise wenige Berichte einfacher Soldaten über die Zeit ihrer Gefangenschaft erhalten. Ungleich zahlreicher sind hingegen die Berichte von Offizieren, vor allem, wenn sie in sogenannten „Prominentenlagern“ zusammengefaßt worden waren, die in Krasnogorsk, Lunowo und Susdal bestanden. Diese Erinnerungen machen deutlich, daß die Erfahrung des verlorenen Hintergrundgefühls für den Beginn der Kriegsgefangenschaft ganz charakteristisch war. Als weiteres Grunderlebnis müssen der Hunger und die schlechte Unterbringung bezeichnet werden.

Einige wenige Gefangene hatten aber auch die Energie, politische Auseinandersetzungen durchzustehen, wobei hier außer Betracht bleiben kann, ob man sich auf die Seite der NS-Führung oder der Kritiker der deutschen Kriegsführung stellte oder sich gar den kommunistischen Emigranten anschloß⁴⁵). Später wurden diese Auseinandersetzungen immer wieder in das Bewußtsein der Überlebenden gerückt, die sich nur selten in der Lage sahen, selber ein differenziertes und zugleich umfassendes Bild zu zeichnen⁴⁶).

Erst nach der Bewältigung der drängendsten, existenzbedrohenden Ernährungsprobleme bildeten sich Ansätze einer „Lagergesellschaft“⁴⁷) aus, die

⁴³) Vgl. Peter Steinbach, Nationalkomitee Freies Deutschland und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Politische Aspekte des Exils (= Exilforschung 8), München 1990, S. 62 ff.

⁴⁴) Besonders eindrucksvoll schildert dies H. Graf von Einsiedel (Anm. 39); vgl. allg. die unbestreitbar beste Monographie zu diesem Lehr- und Umkehrprozeß von Gert Robel, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: Antifa, München 1974. Eine andere Deutung bietet Karl-Heinz Frieser, Krieg hinter Stacheldraht. Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und das Nationalkomitee Freies Deutschland, Mainz 1981.

⁴⁵) Die Sicht der Antifa-Gegner präsentiert Peter Straßner, Verräter: Das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ – Keimzelle der sogenannten DDR, München 1960, ferner z. B. Assi Hahn, Ich spreche die Wahrheit, Esslingen 1951.

⁴⁶) Eine Ausnahme als sehr beeindruckendes Beispiel bietet Wolfgang Schwarz, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: Aus dem kulturellen Leben, München 1969.

⁴⁷) Hier sei nachdrücklich hingewiesen auf Diether Cartellieri, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: Die Lagergesellschaft. Eine Untersuchung der zwischenmenschlichen Beziehungen in den Kriegsgefangenenlagern, München 1967.

sich durch eine ganz spezifische Verteilung von Überlebenschancen unter den Gefangenen charakterisieren läßt. Offensichtlich differenzierten sich die Beziehungen zwischen den einzelnen Gefangenen, aber auch zwischen ihnen und der Lagerverwaltung, vergleichsweise rasch in ein Schichtungssystem, das nicht nur durch verschiedene – oft das Überleben ermöglichende – Funktionen, sondern auch durch spezifische Versorgungs- und Bildungsmöglichkeiten für die Häftlinge geprägt war. Die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen den Häftlingen konnten sich in diesem System grundlegend verändern, wenn einzelne Gefangene, die nicht selten von Mitgefangenen gewählt worden waren, für die Brotverteilung, den Arbeitseinsatz, die Krankmeldungen, die medizinische Versorgung oder die Postverteilung zuständig waren. Sehr häufig lösten sich in der „Lagergesellschaft“ die überkommenen kameradschaftlichen oder landsmannschaftlichen Bindungen auf. Lagergesellschaft – dies bedeutete geschichtete Lebenslagen und gestufte Lebenschancen, unterschiedliche Möglichkeiten für die Rückkehr in die Heimat oder die kulturelle Betreuung. Zur Lagergesellschaft gehörten auch die unterschiedliche Machtverteilung zwischen den Gefangenen und jeweils ganz besondere Durchsetzungschancen der einzelnen Lagerfunktionäre.

Im Bewußtsein der Betroffenen verloren sich später viele Erinnerungen an Kameradenwillkür, an Egoismus und Verzagtheit, nicht zuletzt auch an Kameradendiebstahl oder Bespitzelung. Wenn überhaupt, dann wurden diese Fragen nur im Zusammenhang der Versuche von Lagerverwaltungen und Gefangenengruppen erörtert, in der Gefangenschaft mit der politischen Umerziehung ihrer Kameraden zu beginnen. Versuche dieser Art lassen sich in den Lagern aller Alliierten, keineswegs also allein in der Sowjetunion, nachweisen. Manche dieser sogenannten Umerziehungslager, in denen sich die Gefangenen oft freiwillig einfanden, zuweilen auch von den Gewahrsamsmächten zum Schutz vor weiterhin nationalsozialistisch gesonnenen Kameraden zusammengeführt worden waren, haben bis heute einen sehr guten Klang. Das britische Umschulungslager Wilton Park ist sogar zum Synonym einer Annäherung der Deutschen an die Zielvorstellungen der westlich-liberalen Demokratie geworden. Auch das amerikanische „Antifaschistencamp“ Fort Devens gilt als ein Ort, an dem eine intensive Auseinandersetzung mit den Grundsätzen der freiheitlichen Demokratie stattfinden durfte⁴⁸⁾.

⁴⁸⁾ Bleibenden Ausdruck fanden die Anstrengungen in der Zeitschrift „Der Ruf“. Die einzelnen Exemplare der Gefan-

Im Bewußtsein der meisten Kriegsgefangenen blieben jedoch Hunger, Arbeit und Kälte neben der quälenden Isolation von den Familienangehörigen das Kennzeichen einer Gefangenschaft, die nur für die in britischen und amerikanischen Lagern lebenden Soldaten zunächst rasch endete. Denn nach der Kapitulation der Wehrmacht wurden die Soldaten zunehmend für Aufbau- und Wiedergutmachungsarbeiten herangezogen und zu diesem Zweck vielfach von den amerikanischen und britischen Behörden an andere Staaten, vor allem an Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien⁴⁹⁾, ausgeliefert. Die Versorgungsschwierigkeiten und nicht zuletzt die teilweise außerordentlich rigide Zwangsarbeit erklären die Erkrankungen der Gefangenen, ihre hohen Sterberaten, die je nach Witterungsverhältnissen, Lagerorganisation und Region die in den einzelnen Lagern anzutreffenden Verhältnisse widerspiegelten.

Ein festgefügtes „Lagersystem“ bildete sich im sowjetischen Einflußbereich erst nach der Kapitulation aus. Es war die Folge der politischen Entscheidung, die Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau der zerstörten Städte und Fabriken und zur Wiedergutmachung des von Deutschen begangenen Unrechts einzusetzen. Die erbrachten Arbeitsleistungen sollten erfaßt werden und ihre Berücksichtigung bei der Festsetzung von Reparationsleistungen finden, die in einem Friedensvertrag endgültig festgelegt werden sollten. Mit Kriegsende stand so bald fest, daß die in alliierter Hand befindlichen Gefangenen sich auch nach dem Ende der militärischen Auseinandersetzungen auf eine längere Dauer ihrer Kriegsgefangenschaft einstellen mußten.

Eine wichtige Voraussetzung dieser Entscheidung war nicht nur die Veränderung des Gefangenenstatus – nach der Genfer Konvention durften Mannschaftsdienstgrade nur innerhalb sehr eng definierter Grenzen in die Produktion, Offiziere gar nicht einbezogen werden –, sondern auch die Verständigung der Alliierten über die prinzipiellen Ziele der Kriegsgefangenschaft nach der bedingungslosen deutschen Kapitulation. Zunächst schienen die Gegensätze zwischen den Siegermächten in der Frage einer möglichen Behandlung der deutschen Wehrmachtsangehörigen nicht sehr groß zu sein, denn immer wieder wurden zwischen den Sieger-

genzeitung liegen als Reprint des Münchener Saur Verlags vor. Die Neuherausgabe anderer Gefangenenzeitschriften wäre sehr wünschenswert, denn zugänglich ist als Mikrofilm-Ausgabe nur die Zeitung des „Nationalkomitees“.

⁴⁹⁾ Vgl. dazu die bereits aufgeführten Untersuchungen zum Schicksal der einzelnen Kriegsgefangenen in den europäischen Staaten.

staaten große Gruppen von Gefangenen ausgetauscht, nicht nur zugunsten von Frankreich, das sehr entschieden auf einer Wiedergutmachung materieller Kriegsschäden bestand, sondern auch zugunsten der kleineren von Deutschen besetzten Staaten West- und Ostmitteleuropas, selbst Albaniens.

Das Schicksal der vielen hunderttausend deutschen Soldaten, die zu jahrelanger Zwangsarbeit verurteilt worden waren, kann jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß bis Ende 1947 der allergrößte Teil von ihnen nach Deutschland entlassen wurde. Denn weil die deutschen Kriegsgefangenen überwiegend in die Hände westallierter Verbände geraten waren – 3,3 Millionen Deutsche gerieten in sowjetische, weit über sieben Millionen hingegen in britische und amerikanische Gefangenschaft –, wurde der größte Teil von ihnen relativ rasch entlassen. Auch die sowjetische Seite begann bereits in den Jahren 1945/46 mit der Repatriierung deutscher Kriegsgefangener, zunächst allerdings fast ausschließlich von arbeitsunfähigen, schwerkranken und nicht selten sogar transportunfähigen Soldaten. Daneben wurden auch politisch zuverlässige Gefangene entlassen, soweit sie sich in der „antifaschistischen“ Arbeit hervorgetan hatten

oder die Sowjetische Militäradministration hoffte, sich ihrer beim Aufbau einer Zivilverwaltung in den Ländern ihrer Besatzungszone bedienen zu können.

Keineswegs wurden aber die ehemaligen Mitglieder des „Bundes deutscher Offiziere“ oder des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ wie privilegierte Gefangene behandelt und automatisch entlassen, sondern nur, insoweit sich die sowjetische Besatzungsmacht Unterstützung ihrer Herrschaftspläne versprach. Kritische Mitglieder dieser Gefangenenorganisationen wurden sogar besonderen Repressalien ausgesetzt, wenn sie ihre Distanzierung von den sowjetischen Zielen zu erkennen gaben⁵⁰). Prominentestes Opfer stalinistischer Willkür wurde General Walther von Seydlitz, der Vorsitzende des „Bundes deutscher Offiziere“, der als angeblicher Kriegsverbrecher zu einer fünfundzwanzigjährigen Haftstrafe verurteilt worden war und erst 1955 nach dem noch heute legendären Verhandlungserfolg des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer entlassen und sofort nach seiner Rückkehr heftig wegen seines ihm vorgeworfenen „Verrats“ von ehemaligen Soldaten angegriffen wurde. Erst in den sechziger Jahren fand er größeres Verständnis für seine Haltung.

IV. Lagergesellschaft

Mit dem Jahreswechsel 1945/46 und vollends dann seit dem Sommer 1946 entstand in der Sowjetunion ein klar gegliedertes Lagersystem mit einer festen Organisation und Struktur⁵¹). Die Lager unterstanden zwar der Politischen Hauptverwaltung der Armee, wurden aber zugleich durch Funktionen geprägt, die einzelne Häftlinge im Heer der zwangsarbeitenden Gefangenen übernahmen: Bäcker und Köche, Lagersekretäre, Pfleger auf den Krankenstationen, Essenausteiler und Brotverteiler; Verwalter der Lagerbibliothek oder Vertrauensleute für die Verteilung der Post und die Zuteilung von Briefpapier, um nur einige zu nennen. Hinzu kamen politische Funktionen, die nicht selten in enger Verbindung zur Kulturarbeit standen, zuweilen allerdings auch der Disziplinierung und der Auswertung von Spitzelberichten oder Denunziationen dienten.

⁵⁰) Dies wird deutlich in den Erinnerungen von Jesco von Puttkamer, Irrtum und Schuld, Neuwied-Berlin 1948.

⁵¹) Ich skizziere die „Lagergesellschaft“ vor allem auf der Grundlage der wichtigen Studie von D. Cartellieri (Anm. 47) und verzichte deshalb auf genaue Seitenbelege.

Mit der Etablierung eines festgefügteten Lagersystems bildete sich mithin in den einzelnen Lagern ein durch Rollen und Typen geprägtes Beziehungsgeflecht aus, das später im Rückblick mancher Gefangener politisiert worden ist. Man unterstellte, daß Vorteile innerhalb des Systems das Ergebnis politischer Korruption gewesen seien, übersah aber in der Regel, daß individuelle bzw. charakterliche Prädispositionen der einzelnen Gefangenen wesentlich wichtiger für das in einem Lager entstandene „Klima“ sein konnten als politische Auseinandersetzungen. Manche Kameraden bespitzelten Leidensgenossen, weil sie hofften, dafür eine zusätzliche Lebensmittelration oder ein Buch zu bekommen oder die ersehnte Gelegenheit, nach Hause zu schreiben. Später weckten manchen Lagerkommandanten, denen politische Kommissare zur Seite standen, auch Erwartungen auf eine vorzeitige Entlassung in die Heimat, wenn man erklärte, zu Spitzeldiensten bereit zu sein.

Die Gefangenenlager waren als Arbeitslager organisiert und ähnelten in ihrer Struktur einem Bataillon. Der Lagerälteste wurde als „kommandant“, also als

Bataillonskommandeur, bezeichnet. Die Lagerbelegschaft war in Kompanien, Züge und Brigaden gegliedert, denen jeweils besondere Funktionsposten entsprachen, die zumeist von Gefangenen übernommen wurden. Die arbeitenden Kriegsgefangenen wurden entsprechend ihrer Gesundheit und der dadurch bedingten Arbeitsfähigkeit in Gruppen eingeteilt. In der Regel wurden diese Gruppen gemeinsam entlohnt, was nicht selten zu Spannungen zwischen den Arbeitswilligen und denjenigen führte, die weniger leistungsfähig oder -willig waren.

Auch bei der Verteilung von Funktionsstellen wirkten sich charakterliche Unterschiede zwischen den Gefangenen aus. Einige verstanden sich als Vertrauensleute ihrer Kameraden, andere sahen in ihrer Aufgabe die Möglichkeit zur eigenen Bevorzugung oder sogar die Chance, sich innerhalb des Lagersystems eine noch bessere Position erobern oder zusätzliche Lebensmittel organisieren zu können. Nichts spricht aber dafür, daß derartige Vorteile immer die Folge politischer Anbiederung an die Lagerführung waren oder sie gleichsam zwangsläufig den Mitarbeitern der „antifaschistischen Kollektive“ und „politischen Aktive“ zufielen. Vielmehr deuten viele Erlebnisberichte der Gefangenen darauf hin, daß sie vor allem durch Hunger, Vereinsamung, Krankheit, nicht zuletzt auch durch unerwartete Verlegungen in andere Lager, die damit einhergehenden „Kontrollen“ ihrer ohnehin wenigen Habseligkeiten oder die immer wieder neue Anpassungs- und Gewöhnungszwänge verursachende und nur durch die Aussicht auf eine von den Lagerverwaltungen nicht kontrollierte Benachrichtigung der engsten Familienangehörigen gemilderte und begrüßte Entlassung ihrer Kameraden auf sich selbst zurückgeworfen wurden und dabei nicht selten, wie es einige empfanden, zum „Wolf“ werden mußten. Seine Mitgefangenen hätten nur noch aus Mund, Ohr und Nase bestanden, berichtete später ein Gefangener und deutete auf diese Weise den grundlegenden Prozeß der Dehumanisierung und Entsolidarisierung ehemaliger Kriegskameraden in der extremen Lebenssituation ihrer Gefangenschaft an⁵²).

Die Grundbefindlichkeit der Gefangenen war durch die völlige Zerstörung ihres „Hintergrundgefühls“ als Folge der Gefangennahme, der Isolation, der völligen Ungewißheit von Zukunftserwartungen und der erschwerten politischen Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Die Gefange-

nen waren überdies vielfach von der Verbindung zu den Entwicklungen in der Heimat abgeschnitten und erlebten deshalb nach ihrer ersehnten Entlassung häufig die ungewohnten, schon deutlich durch ihre Verwestlichung geprägten Lebensverhältnisse und -stile als eine Art Kulturschock. Nylonstrümpfe, Jazzmusik, kürzere Kleider und Mäntel, Jeans, modische Frisuren und Boxerhaarschnitt der Jungen, die sich für Boogie-Woogie und Rock'n'Roll begeisterten, verstärkten das Gefühl kultureller Entfremdung. Die vor der Kapitulation nachweisbaren politischen Kontroversen zwischen den Gefangenen machten so bald einer neuen Form der Auseinandersetzung Platz.

Hinzu kam eine immer größer werdende Entfremdung von den politischen Verhältnissen in den beiden Teilen Deutschlands. Weil nach der Befreiung vom Nationalsozialismus und insbesondere unter dem Eindruck des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses der verbrecherische Charakter des NS-Regimes immer offensichtlicher wurde, machte sich unter den Gefangenen vielfach ein Entsetzen breit, das in politische Apathie mündete. Damit entschärfte sich vielfach die politische Auseinandersetzung zwischen „Hitlertreuen“ und „Hitlergegnern“, die in vielen Lagern nicht nur zu Spannungen, sondern auch zu handfesten Konflikten geführt hatte. Mehrfach mußten die gegensätzlichen Gruppen sogar getrennt werden, und dies keineswegs nur in den sowjetischen Lagern, sondern auch in den USA und in Großbritannien.

Im Rückblick erschien manchen Beteiligten dieser Gegensatz geradezu als „Krieg hinter Stacheldraht“. Dabei wurde übersehen, daß keineswegs allein die auf etwa jeweils zehn Prozent der Kriegsgefangenen geschätzten und sich unversöhnlich gegenüberstehenden Gefangenen, sondern die breite Masse der Indifferenten – die etwa 80 Prozent der Gefangenen ausmachte – das Klima bestimmten. Die Lagerleitungen unterstützten zwar vielfach die Anhänger der oppositionellen Gruppen, die sich vom Nationalsozialismus lösten, übertrugen ihnen aber keineswegs in dem später von manchen der heimgekehrten Gefangenen behaupteten Maße leitende oder kontrollierende Funktionen innerhalb der Lagerselbstverwaltung.

Zumal im sowjetischen Bereich waren die Lagerleitungen schon aus sprachlichen Gründen auf die Mitarbeiter der „Lagerselbstverwaltungen“ angewiesen, um die innere Ordnung zu sichern und die im planwirtschaftlichen System von außen vorgegebenen Arbeits- und Produktionsziele erreichen zu können. Denn sehr früh wurden die kriegsgefangenen Mannschaften in das stalinistische Sy-

⁵²) Eine intensivere Auswertung von Erinnerungen unter diesem Aspekt findet sich in meinem Aufsatz: Zur Sozialgeschichte (Anm. 17).

stem der Zwangsarbeit eingebunden, vor allem, nachdem die erste schwere Versorgungskrise der in sowjetischer Hand befindlichen Gefangenen überstanden war, die weit über 40 Prozent aller Gefangenen – nach unseren bisherigen Schätzungen – das Leben gekostet hat. Diese Krise stand zweifellos in engstem Zusammenhang mit der allgemeinen Versorgungskrise der europäischen Gesellschaft nach dem Kriege, die allerdings besonders heftig die sowjetischen und osteuropäischen Lebensverhältnisse beeinflusste.

Erst die Bewältigung dieser Krise schuf die Voraussetzungen für die Stabilisierung der Lebensverhältnisse in den Lagern und die Herausbildung der bereits erwähnten zweiten Stufe der „Lagergesellschaft“, die nicht mehr allein durch die internen Beziehungen der Gefangenen, sondern auch durch die Bedeutung der Kriegsgefangenen für das sowjetische Wirtschaftssystem bestimmt war. Eines ihrer wesentlichen Kennzeichen war neben der bereits beschriebenen Zerstörung von sehr vielen kameradschaftlichen Verbindungen zwischen den einzelnen Gefangenen – eine historische Tatsache, die bis heute allerdings vielfach von den ehemaligen Gefangenen bestritten wird – die Entstehung neuer Verhaltensweisen, die auf das gemeinsame Überleben unter den nunmehr stärker wirtschaftlich geprägten Lagerstrukturen zielten. Sozialgeschichtliche Untersuchungen der Forschungsgruppe unter Erich Maschke bestätigen diese Beobachtung, weniger allerdings die vielfach von Gefangenen geäußerten Vermutungen, daß die „Kameradschaft“ zwischen den Gefangenen bewußt durch Einflüsse aus der Lagerverwaltung oder gar durch verantwortungslosen „Kameradenverrat“ zerstört wurde – vielmehr wird ganz deutlich gemacht, daß der Überlebenswille des Einzelnen kameradschaftliche Beziehungen zerstören konnte: Kriegsgefangenschaft bedeutete unter den Bedingungen der Jahre 1945/49, das nackte Leben in einer Extremsituation zu behaupten. Insofern gehört die Geschichte des hier ansatzweise beschriebenen Lagersystems auch in die Gesamtgeschichte menschlichen Leidens im 20. Jahrhundert, dem Zeitalter der Weltanschauungskriege, das wie ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg anmutet.

Erst etwa 1948/49 lassen sich dann stabilere, wieder auf den gemeinsamen Behauptungswillen der Gefangenen gerichtete Beziehungen nachweisen, die sich nach vorliegenden Zeugnissen sogar noch unter dem Eindruck der alle Gefangenen bedrohenden willkürlichen Verfahren gegen sogenannte Kriegsverbrecher zusätzlich festigten. Vor allem als sich die Ernährungslage der „Spät- und Spätst-

gefangenen“ verbessert hatte – nicht zuletzt auch im Vergleich mit der sowjetischen Bevölkerung –, schwächten sich die Gegensätze zwischen den Gefangenen ab. Dabei wirkte sich aus, daß die Arbeitsbeziehungen, die seit etwa 1947 entstanden waren, Häftlingen eine bessere Position gegenüber der Lagerverwaltung verschaffen konnten, die auf die Erfüllung der Zielvorgaben durch die Gefangenen angewiesen war. Damit verringerte sich zugleich die Gefahr, sich aus egoistischen Gründen Vorteile auf Kosten von Kameraden – auch und nicht zuletzt durch Denunziationen – zu verschaffen. Sonderrationen standen am Anfang eines Entlohnungssystems, das einzelnen Gefangenen schließlich sogar die Auszahlung von Rubeln eintragen konnte. Auch die Ernährungswerte wurden nun normiert und somit reglementiert. Die Voraussetzungen kultureller Betätigung wurden günstiger – vereinzelt konnten die Gefangenen Vortragsreihen organisieren, die nicht mehr von „antifaschistischen“ Agitationsversuchen dominiert waren.

Die in den fünfziger Jahren vielfach vertretene These von der Privilegierung der „Politischen“ entsprach somit keineswegs in dem behaupteten Maße der Wirklichkeit, denn begünstigt wurden von den Kameraden diejenigen, deren Fähigkeiten – etwa Erzähl- oder Zeichentalente⁵³) bzw. charakterliche Merkmale – Zuverlässigkeit und Gerechtigkeit – für den einzelnen Gefangenen oder seine Gruppe vorteilhaft waren.

Dennoch war das Spitzelwesen sehr weit verbreitet. Man hat vermutet, daß jeder dritte Gefangene irgendwann einmal eine Meldung über Äußerungen oder Tätigkeiten, Besitzgegenstände oder Schwächen seiner Kameraden an die Überwachungsoffiziere der Lagerverwaltung oder des Geheimdienstes NKWD weitergegeben hat. Spitzel wurden von den Mitgefangenen als „Holzauge“ bezeichnet⁵⁴). Diese Zahlen wären nicht überraschend, sondern entsprächen in etwa den Angaben, die wir über das Unwesen der Denunziation in totalitären Systemen oder Extremsituationen haben. Dennoch wird man erst zu genaueren Kenntnissen kommen können, wenn die in sowjetischen Archiven vorhandenen Unterlagen für die zeithistorische Forschung zur Verfügung stehen. Vermutlich drang das auf das eigene Überleben

⁵³) Dies arbeitet in beeindruckender Weise A. Lehmann (Anm. 21) heraus.

⁵⁴) Bis heute hat sich dieser Begriff erhalten in der Aufforderung: „Holzauge, sei wachsam!“ Das folgende reflektiert der Heidelberger Theologe Eduard Tödt in seinen unveröffentlichten Erinnerungen.

gerichtete Streben des einzelnen Gefangenen gar nicht bis zu dem Versuch vor, die mißbrauchte und schließlich durch verbrecherische Kriegsziele pervertierte Einbindung des Soldaten in den Rassen- und Weltanschauungskrieg politisch zu bewältigen. Erst die Entlastung von existentiellen Not- und Gefahrensituationen konnte die Voraussetzungen für neue und in die Zukunft weisende politische Gedanken schaffen. Dies galt ebenso für Bestrebungen einzelner, sich mit christlichen Vorstellungen oder philosophischen Problemen zu beschäftigen.

Ein bis heute nicht erhelltes Kapitel der Kriegsgefangenschaft ist die Geschichte der sogenannten Kriegsverbrecherprozesse⁵⁵⁾ im sowjetischen Machtbereich, die am Ende der vierziger Jahre vorbereitet wurden und vor allem in den Jahren 1949 und 1950 zur Verurteilung von mindestens 10 000 Gefangenen führten. Ihre Geschichte verband sich nun eng mit der verschleppter „Zivilinternierter“, über deren Schicksal wir bis heute ebenfalls nicht umfassend informiert sind und die vermutlich ebenso wie die Kriegsgefangenen, allerdings ohne in Lagern leben zu müssen, für

Wiederaufbauarbeiten eingesetzt wurden und gleichfalls ein schweres Schicksal trugen. Unter diesen Zivilinternierten, die aus den Ostgebieten verschleppt, aber auch aus der Sowjetischen Besatzungszone vielfach wegen ihres angeblichen Engagements für die unter Faschismusverdacht gestellten „bürgerlichen Parteien“ oder unter dem Verdacht ihrer Beteiligung an Kriegsverbrechen oder angeblicher Unterstützung der Nationalsozialisten in die Sowjetunion überführt worden waren, befanden sich vergleichsweise viele Frauen.

Bis heute wird nicht nur gefordert, die zum Teil nach nur wenigen Verhandlungsminuten und in der Regel schon vor den Sitzungen der Militärgerichte feststehenden Urteile zu überprüfen und aufzuheben, weil die Prozesse nicht den Normen rechtsstaatlicher Verfahren entsprachen, sondern auch angeregt, eine wissenschaftlich befriedigende Darstellung dieser Verurteilungen zu beginnen. Der Umbruch in Osteuropa könnte auch in dieser Hinsicht gute Voraussetzungen für zukünftige Forschungen schaffen, handelt es sich doch bei diesem Thema um einen der vielen „weißen Flecken“ (Hermann Weber) der Geschichte des Stalinismus.

V. Erinnerung, Überlieferung, Geschichte

Ein Charakteristikum der Kriegsgefangenschaft im Zeitalter der Nationalstaaten und Ideologien ist, daß sie nicht mit dem Ende der Kampfhandlungen aufhört. Dies war bereits nach dem Ersten Weltkrieg festzustellen, als die in der Sowjetunion festgehaltenen Gefangenen in die revolutionären Ereignisse eingebunden wurden und die in die Hand der Alliierten gefallen Soldaten vielfach als „Sicherheit“ für den raschen Rückzug der deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten und die Einhaltung der Waffenstillstandsbestimmungen gelten sollten. Ein weiteres Charakteristikum der Kriegsgefangenschaft im 20. Jahrhundert ist der Versuch, die Lebensbedingungen der Gefangenen völkerrechtlich zu regeln. So wurde durch die Genfer Konvention von 1929 untersagt, Gefangene in kriegswichtigen Produktionsbereichen, vor allem in Rüstungsbetrieben, einzusetzen. Eigentlich war es der Gewahrsamsmacht nur gestattet, Gefangene zur Sicherung ihrer eigenen Versorgung heranzuziehen, d. h. vor allem, sie in der Landwirtschaft

einzusetzen⁵⁶⁾. Auch die Verbindungen zwischen Gefangenen und Angehörigen wurden geregelt. Mit der Kriegsgefangenschaft schiedem dem Völkerrecht zufolge die Soldaten aus der militärischen Verfügungsgewalt der gegnerischen bewaffneten Macht aus – sie waren als mögliche Kombattanten keine Gefahr mehr für den Gegner und hatten so Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung auf der Grundlage völkerrechtlicher Normen.

Während des Zweiten Weltkrieges – der von den Nationalsozialisten als totaler Rassen- und Weltanschauungskrieg, von den Alliierten aber auch als eine Art Befreiungskrieg für die Demokratie geführt wurde⁵⁷⁾, als deren prinzipieller Gegner das durch Hegemonialbestrebungen in Europa und durch Prinzipien des Obrigkeitsstaates und der Untertanengesellschaft geprägte Deutsche Reich

⁵⁵⁾ Der Verband der Heimkehrer hat bis heute ohne erkennbaren Erfolg die Veröffentlichung von Untersuchungsergebnissen gefordert, die offensichtlich aus Gründen außenpolitischer Rücksichtnahme bisher selbst einer wissenschaftlichen Öffentlichkeit nicht zur Verfügung gestellt worden sind.

⁵⁶⁾ Vgl. dazu den Roman von Douglas Unger, *The Turkey War*, Toronto 1988. Lewis Carlson von der Western Michigan University Kalamazoo hat mit der Befragung von Amerikanern und in den USA lebenden ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen begonnen, um Licht in diesen „home-front war“ zu bringen.

⁵⁷⁾ Machtpolitische Bezüge arbeitet deutlich heraus Andreas Hillgruber, *Der Zweite Weltkrieg. Kriegsziele und Strategien der großen Mächte*, Stuttgart 1982.

galt – kam es immer wieder zu Verletzungen der in Genf festgelegten Konventionen. Abgesehen davon, daß einzelne Gefangene von Zivilisten unmittelbar nach ihrer Gefangennahme mißhandelt oder sogar gelyncht wurden, setzte man sie als „Fremdarbeiter“ nicht nur in kriegswichtigen Produktionsbereichen ein, sondern verweigerte ihnen auch die notwendige ärztliche Betreuung oder Versorgung mit Nahrungsmitteln. Immer wieder muß zugleich daran erinnert werden, daß die Mehrheit der sowjetischen Soldaten in deutscher Gefangenschaft bewußt dem Tod preisgegeben wurde.

Die deutsche Regierung erschwerte dabei ebenso wie die sowjetische Führung nahezu völlig die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen der gefangenen Soldaten. So hieß es in einer vertraulichen Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda Anfang Februar 1944, der „Verbleib deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion“ sei „in keiner Form zu behandeln“. Überlebende Gefangene konnten nur in sehr seltenen Fällen ihren Angehörigen ein Lebenszeichen geben und waren nicht zuletzt auch deshalb bereit, sowjetische Flugblätter zu unterschreiben oder sich in Rundfunksendungen namentlich zu erkennen zu geben. Nach dem Krieg wurden die deutschen Kriegsgefangenen überdies, wie bereits erwähnt, für Wiedergutmachungsarbeiten herangezogen und so als politisches Druckmittel mißbraucht.

Bis heute ist diese Gesamtgeschichte der Kriegsgefangenschaft seit dem 19. Jahrhundert noch nicht umfassend erforscht. Dies ist somit auch weiterhin eine Aufgabe der zeitgeschichtlichen Forschung, die dabei – wie bei kaum einem anderen Thema – auf den Zugang zu den Archiven verzichten muß und auch, wie die nicht abgeschlossene Untersuchung der sogenannten Kriegsverbrecherprozesse in der Sowjetunion um 1950 zeigt, von politischen Bedenken und Rücksichtnahmen abhängig bleibt.

Bis heute sind die wichtigsten Quellen für die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion die Berichte der Heimkehrer selbst. Während die Archivbestände der britischen, amerikanischen und französischen Gewahrmächte ungehindert eingesehen werden konnten, mußte das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in den ostmitteleuropäischen Lagern und in der Sowjetunion weitgehend aus den Erlebnisberichten der überlebenden Gefangenen rekonstruiert werden. Wichtige Vorarbeiten leistete dabei der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, der die Aufklärung des Schicksals von Verschollenen und Gefangenen zum Ziel hatte und sich dieser Aufgabe auch heute noch widmet.

Die vorliegenden Erinnerungen, aber auch die wenigen Tagebücher von Gefangenen zeigen, in welchem Maße es in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre gelang, eine festere Lagerorganisation zu etablieren und auf diese Weise dem individuellen und kollektiven Verhalten der Gefangenen eine stabilere Grundlage zu verschaffen. Mangelercheinungen, zumal eine nicht ausreichende ärztliche Versorgung, sind auch aus diesen Jahren überliefert. Sie widerspiegeln aber nach fast einhelliger Meinung der Betroffenen im wesentlichen die wirtschaftliche Gesamtsituation in der Sowjetunion. So widersprüchlich es in diesem Zusammenhang auch klingt: Die den Gefangenen auferlegte und vielfach aufgezwungene, nicht selten jedoch von ihnen in dem eintönigen und durch quälendes Warten belasteten Gefangenenalltag als Unterbrechung der Eintönigkeit begrüßte Arbeit war die Voraussetzung für eine bessere Ernährung und damit für die Minderung des Hungers und die Stärkung gegen Krankheiten, die oft lebensbedrohend werden konnten. Arbeit füllte so die für die Existenzweise der Gefangenen so typische Raum- und Zeitleere, so quälend auch die fehlenden oder stets durch Willkür gefährdeten Postverbindungen in die Heimat und die Ungewißheit über das Ende der Gefangenschaft war.

In den späten vierziger Jahren war die soziale Struktur der Kriegsgefangenen zunehmend durch die persönlichen Verbindungen zu anderen Blockbewohnern, durch die Arbeitsbeziehungen, aber auch durch gemeinsame Aktivitäten in der arbeitsfreien Zeit geprägt. An die Stelle der landsmannschaftlichen und soldatisch-kameradschaftlichen Verbindungen traten Interessengemeinschaften, die von den Gefangenen nicht selten als „Freß- und Organisationsgemeinschaften“ bezeichnet wurden. Die vor 1945 vergleichsweise stark beachteten Unterschiede zwischen Mannschaften und Offizieren wurden zunehmend geringer, nicht allein, weil auch die Offiziere nach 1945 zur Arbeit verpflichtet wurden, sondern weil die politischen Auseinandersetzungen zwischen den „Eidtreuen“, den Anhängern des NS-Regimes, und den „Antinazis“, wie sie sich selbst bezeichneten, zunehmend unwichtiger wurden. Manche der Gefangenen erkannten in der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen, daß sie mißbraucht worden waren. Andere hielten sich in ihrem Urteil zurück, weil sie Auseinandersetzungen oder politisch motivierte Benachteiligungen vermeiden wollten. Dritte paßten sich nach außen an die verbreitete Terminologie an, um möglichst bald entlassen zu werden.

Später wurde vielfach behauptet, die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Gefangenen hätten die Grundlagen der Kameradschaft in den Lagern weitgehend zerstört. In dieser Verallgemeinerung ist dieses Urteil nicht haltbar. Denn in den überlieferten Berichten einzelner Kriegsgefangener finden sich immer wieder Hinweise auf die zeitfüllenden und damit auch sinngebenden Tätigkeiten der im politischen und in dem damit eng zusammenhängenden kulturellen Bereich wirksamen „antifaschistischen Lageraktive“. Sie agitierten keineswegs durchgängig die Gefangenen im Sinn sowjetischer Ideologie, sondern organisierten auch Vorträge, gründeten in glücklichen Fällen sogar kleine „Lageruniversitäten“ und versuchten nicht selten, die Traditionen „deutscher Kultur“ und Geschichte vor allem geistesgeschichtlich zu erschließen. In der britischen und amerikanischen Gefangenschaft wurde überdies versucht, die Gefangenen mit den Prinzipien der westlichen liberalen Demokratie vertraut zu machen. Zunächst nahmen einzelne Gefangene, nachdem sie sich aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen innerlich von der nationalsozialistischen Führung gelöst hatten, Kontakte zu Gleichgesinnten oder sogar zu Emigranten auf. Sie baten um Vorträge und versuchten, durch Lagerzeitschriften einen Gesinnungswandel unter ihren Kameraden herbeizuführen. Aus einer dieser Lagerzeitungen ging nach dem Krieg die berühmte, von Alfred Andersch u. a. geprägte und schließlich wegen ihrer Unabhängigkeit sogar von den Besatzungsmächten verbotene Kulturzeitschrift „Der Ruf“ hervor.

Die in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entstandenen Zeitungen waren hingegen politisch belastet, denn sie zielten mehr als die in amerikanischen „Antifaschistencamps“ hergestellten Publikationen auf eine Darstellung sowjetischer und kommunistischer Positionen; dennoch finden wir auch hier zuweilen Artikel, die den Versuch einer politischen und geistigen Neuorientierung widerspiegeln. Die bereits erwähnten Nachrichten von politischen Auseinandersetzungen in den Lagern wurden nach 1945

zunehmend spärlicher. Statt dessen nahmen die Auseinandersetzungen mit Gefangenen zu, die die Notlage ihrer Kameraden auszunutzen suchten. Die spektakulären „Kameradenschinder“-Prozesse gegen Gefangene, die nach ihrer Heimkehr von Mitgefangenen angezeigt wurden, wurden nach 1950 aber ausnahmslos nicht wegen politischer Denunziation geführt, sondern richteten sich gegen kriminelle Vergehen und mafiaähnliche Methoden der Erpressung von Kameraden.

Im Rückblick wurden die Erinnerungen an die Gefangenschaft in der Sowjetunion zunehmend durch den Systemkonflikt überlagert, der als Kalter Krieg bezeichnet wird und den Gefangenen damals vielfach das Gefühl gab, die ersten Opfer in dieser Auseinandersetzung gewesen zu sein. Sie deuteten ihr Schicksal, zunehmend aber auch die politischen Auseinandersetzungen in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft aus der Perspektive der fünfziger Jahre, zumal in der DDR viele Mitglieder des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD) in der Nationalen Volksarmee eine neue militärische Karriere machten⁵⁸). In der DDR wurde zudem seit 1957 die Erinnerung an das NKFD und den Bund Deutscher Offiziere (BDO) als Gegengewicht zum Gedenken in der Bundesrepublik an den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 bewußt gepflegt und auch politisiert. Dies rief entsprechende Reaktionen und auch Widerstände unter den ehemaligen Gefangenen hervor, die nach 1956 vielfach in der Bundeswehr neue Aufgaben übernahmen und dort nicht selten auch ihre militärische Karriere fortsetzten.

In ihrer Auseinandersetzung mit geschichtslegitimatorischen Anstrengungen der DDR-Führung, die das NKFD geradezu als Zentrum eines wirkungsvollen Widerstands gegen das NS-Regime verklärte⁵⁹), wurde die sachbezogene und nicht zuletzt auch sozialgeschichtliche Erforschung der Gefangenschaft erschwert. Die geschichtspolitischen Auseinandersetzungen, die an anderer Stelle skizziert worden sind⁶⁰), sollen hier nicht nachgezeichnet werden, weil dies den Rahmen unserer Studie sprengen müßte.

VI. Ausblick

Wenn wir die Frage aufwerfen, welche Strukturen die Wirklichkeit der deutschen Kriegsgefangenen in den Lagern prägten, muß eine in zeitlicher

Hinsicht möglichst differenzierende Antwort gegeben werden, und dies immer in genauer Kenntnis der im Zeitverlauf schwankenden, von Lager zu

⁵⁸) Vgl. dazu P. Steinbach (Anm. 43), S. 69 ff.

⁵⁹) Dies drückt sich in Buchtiteln wie „An der Seite der Roten Armee“ u. a. aus; vgl. zum Gesamtzusammenhang P. Steinbach (Anm. 43), S. 67 ff.

⁶⁰) Vgl. Horst Zank, Das Nationalkomitee und der Widerstand, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 41 (1990) 5, S. 298 ff.; Peter Steinbach, Der Widerstand in seiner ganzen Breite und Vielfalt, in: ebd., S. 302 ff.

Lager und von Lagerregion zu Lagerregion jeweils unterschiedlichen Sterbequoten, die der wichtigste Indikator für die Beurteilung von Überlebenschancen und damit von Lebensverhältnissen der Kriegsgefangenen sind.

Ihre Leidenszeit blieb bis zum Jahre 1944 einerseits geprägt durch geringe Überlebenschancen der Gefangenen im Osten, andererseits durch heftige politische Auseinandersetzungen zwischen regimiekritischen und sich angeblich durch ihren Eid gebunden fühlenden „regimetreuen“ Gefangenen. Zwischen diesen beiden Gruppen erstreckte sich das breite Feld der Indifferenten, die sich in ihren Stimmungen und Entscheidungen weitgehend von ihrem Überlebenswillen, aber auch von den Nachrichten über den Kriegsverlauf bestimmen ließen und seit dem Jahresende 1944 zunehmend die bevorstehende militärische Niederlage der deutschen Wehrmacht als Tatsache akzeptierten.

Aber nicht nur die Ereignisse des Krieges prägten die Geschichte der Kriegsgefangenschaft. Ebenso entscheidend wurden funktionale Differenzierungen, die zugleich entscheidend für die individuellen Überlebenschancen werden sollten. Denn Funktionsstellen im Gefangenenlager ermöglichten nicht selten eine Privilegierung im Lageralltag – wie verringerte Arbeitsbelastungen oder ausreichende Lebensmittelrationen, vielleicht sogar begehrte Tauschartikel. Bevorzugt waren dabei aber nicht von vornherein die politisch Willfähigen, sondern Gefangene, die beispielsweise die Sprache der Gewahrsamsmächte beherrschten. In der Sowjetunion bedeutete dies für manche Volksdeutsche, daß sie sogar innerhalb der Lagerverwaltung wichtige Positionen erringen konnten.

Ein weiterer Faktor für die soziale Gliederung der Gefangenen waren schließlich charakterliche Besonderheiten einzelner Gefangener. Rücksichtslose oder gar Kriminelle konnten in der Lagerhierarchie aufsteigen, bisweilen hatten aber auch die besonders Zuverlässigen unter den Gefangenen eine Möglichkeit, Leitungsfunktionen innerhalb der Lagerorganisation übertragen zu bekommen. Hier wie in anderen Lagergemeinschaften galt jedoch im allgemeinen, daß robuste, rücksichtslose, gewalttätige, nicht selten sogar kriminelle Gefangene sich an die Spitze von Baracken und Brigaden boxten. Viele der Gefangenenberichte erinnern geradezu an die Beschreibung der Kriminellen in der eindrucksvollen Analyse von Eugen Kogon über die Lebensverhältnisse im Konzentrationslager, die unter dem Titel „Der SS-Staat“ wenige Monate nach Kriegsende erschien.

Im Vergleich zum Schicksal der russischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand ist hervorzuheben, daß es keinerlei Anzeichen für eine bewußte systematische Vernichtungspolitik der sowjetischen Gewahrsamsmacht gibt. Dies gilt trotz gegenteiliger Behauptungen eines einzelnen Autors, Bacque, auch für die USA. Ebenso wenig läßt sich nachweisen, daß Nationalsozialisten gezielt ermordet werden sollten oder aus weltanschaulichen Gründen ausgerottet wurden. Die Hintergründe der Verschleppungen von Zivilpersonen – darunter auch Frauen und selbst Kinder – sind bis heute allerdings ebensowenig aus sowjetischen Quellen darstellbar wie die Geschichte der „Kriegsverbrecherprozesse“ Anfang der fünfziger Jahre.

Abschließend kann ferner behauptet werden, daß Umerziehungsversuche und eine gezielte Bildung von Kadern wohl eine allgemeine Begleiterscheinung der Kriegsführung und auch der Gefangenschaft im Zeitalter der Weltanschauungskriege ausmachen. Antifaschistischer Indoktrination in sowjetischen Gefangenenlagern entsprachen ohne Zweifel die gezielten Umerziehungsversuche deutscher Gefangener in einigen Lagern der USA und Großbritanniens. So sollten 1946/47 nahezu 24 000 deutsche Kriegsgefangene in den USA im Zuge der Aktion „sunflower“ auf neue Aufgaben in der deutschen Kommunal- und Selbstverwaltung vorbereitet werden. Auch die britischen Lageruniversitäten dienten keineswegs allein der kulturellen Beschäftigung deutscher Kriegsgefangener, sondern ihrer politischen Umerziehung.

So gehört die Kriegsgefangenschaft einerseits in den Zusammenhang ganz unterschiedlicher und vielfältiger, häufig miteinander vergleichbarer und dennoch kaum zu vergleichender Leidensgeschichten unseres Jahrhunderts. Bedeutete nach dem Völkerrecht die Gefangennahme eines Kombattanten zumindest seine Sicherheit, so war im Zweiten Weltkrieg die Kriegsgefangenschaft nur eine neue Stufe des Leidens der Betroffenen, nicht allein der unmittelbar betroffenen Militärs, sondern vielfach auch der in der Unsicherheit des Schicksals ihrer Angehörigen lebenden Familienangehörigen. Und sie endete keineswegs mit den Kämpfen und mit der Kapitulation, sondern konnte noch Jahre, nicht selten Jahrzehnte währen. Gerade nach dem Krieg entstanden so vielfach neue Gerüchte, etwa von „Schweigelagern“, in denen Gefangene festgehalten würden, die auf ihre Art die Beobachtung illustrieren, daß neben der realen Geschichte auch der mentalitäts-, d. h. bewußtseinsgeschichtliche Niederschlag historischer Ereignisse berücksichtigt werden muß.

Dieser Aspekt kann hier nicht näher verfolgt werden, denn er gehört in den Zusammenhang einer Rezeptionsgeschichte der Kriegsgefangenschaft und der individuellen Bewältigung von Extremsi-

tuationen, die wohl alle entscheidend prägten, die sich in ihnen zu behaupten hatten und die nach der Entlassung aus der Gefangenschaft Fuß in neuem Leben fassen mußten.